

## Besprechungen

### A. Allgemeines

VIOLA BALZ: *Zwischen Wirkung und Erfahrung – eine Geschichte der Psychopharmaka. Neuroleptika in der Bundesrepublik Deutschland, 1950–1980* (Science Studies). transcript, Bielefeld 2010, 577 S., 36,80 €.

Die Entdeckung und internationale Etablierung der heute gemeinhin als „modern“ bezeichneten Psychopharmaka in den 1950er und 1960er Jahren wird in der zumindest im deutschen Sprachraum nach wie vor verbreiteten konventionellen Historiografie als medizinische Fortschrittsgeschichte dargestellt. Die Effekte, die den neuen Medikamenten im Rahmen dieser hegemonialen Erzählung zugeschrieben werden, beschränken sich nicht auf individualtherapeutische Wirkungen im engeren Sinn, sondern erstrecken sich auch auf die Humanisierung der psychiatrischen Institutionen insgesamt. Erst die pharmazeutisch-technischen Innovationen hätten die strukturelle Modernisierung des Anstaltssystems ermöglicht. Diese Sichtweise auf die Geschichte macht für die therapeutischen Veränderungen primär rational-wissenschaftliche und humanitäre Beweggründe geltend. Nun endlich liegt eine von der Berliner Wissenschaftshistorikerin Viola Balz verfasste Monografie über diesen zentralen Gründungsmythos der heutigen Psychiatrie vor, die spannend zu lesen, methodisch auf dem Stand der in den letzten Jahren so innovativen Wissenschaftsgeschichte ist – und mit dem Blick auf gesellschaftliche Prozesse, wie sie etwa in den Kapiteln über das Verhältnis zwischen Neuroleptika und Öffentlichkeit thematisiert werden, über diese hinausgeht.

Der Buchtitel wirkt zunächst etwas unglücklich gewählt. Im Haupttitel wird eine Geschichte der Psychopharmaka angekündigt, im Untertitel die Darstellung auf die einer Untergruppe, die der Neuroleptika, beschränkt. Diese Medikamente weisen neben zahlreichen unerwünschten Wirkungen einen antipsychotischen Effekt auf, d. h. sie wirken auf Symptome wie Halluzinationen und Wahn, wie sie v. a. im Rahmen von Erkrankungen aus dem schizophrenen Formenkreis auftreten. Auch wenn die Geschichte der Neuroleptika sicherlich nicht mit der Geschichte anderer Substanzen, etwa von Antidepressiva und Psychostimulanzien, gleichgesetzt werden kann, wird der Widerspruch zwischen Haupt- und Untertitel insofern aufgelöst, als dass das Buch wesentliche allgemeine Entwicklungen nachvollzieht und einen in vielen Aspekten vorbildhaften Fall, die (1953 international erfolgte) Einführung und Etablierung des Chlorpromazins, analysiert, das als das erste „moderne“ Psychopharmakon gilt.

Diese Feldstudie bildet den großen thematischen Schwerpunkt des Buchs. Die medikamentösen Effekte, insbesondere die Konstruktion der Wirksamkeit des Chlorpromazins, untersucht die Autorin anhand einer aufwändigen Analyse von Krankenakten der psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg aus den 1950er Jahren. Die Wirkungen eines Medikaments wurden bis in die 1970er Jahre hinein klinisch durch das Sammeln von Erfahrungswerten nachgewiesen und noch nicht durch kontrollierte Studien, die durch ihr methodisches Design subjektive Faktoren, beispielsweise suggestive Effekte, auszuschalten versuchen und sich, wie Balz treffend feststellt, an einem laborexperimentellen Leitbild orientieren. Angesichts der früher vorherrschenden kasuistischen Vorgehensweise, die die Autorin als das Prinzip der Zeugenschaft bezeichnet, erscheint die gewählte alltagsgeschichtlich orientierte Untersuchung besonders sinnvoll. Die Studie kann zeigen, dass die pharmakologische Wirksamkeit des neuen Medikaments keineswegs quasi wie von selbst zu dessen Etablierung in der medizinischen Praxis und zur raschen Verdrängung der älteren und weitaus brutaleren therapeutischen Verfahren geführt hat. Unter Beteiligung unterschiedlicher Akteure und mit Hilfe von Subjektivierungs- und Objektivierungstechniken musste die antipsychotische Wirksamkeit von Chlorpromazin und anderer Neuroleptika mühsam konstruiert und stabilisiert werden. Die heute so gern verwendete Revolutionsmetapher für die Beschreibung dieser Veränderungen scheint daher wenig angebracht.

UTE DANIEL U. A. (Hg.): *Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren* (Schriftenreihe der Stiftung Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 14). Oldenbourg, München 2010, 339 S. (ill. graph. Darst.), 39,80 €.

Politische Kulturgeschichte ist in. Das sagten sich auch die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes, der aus einer Tagung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg 2008 hervorgegangen ist. Autorinnen und Autoren stellten sich der Aufgabe herauszufinden, inwiefern die politische Kultur in den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkriegs durch eine verstärkte Medialisierung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche geprägt worden ist. Und sie blickten auch zurück auf die letzten Jahre des wilhelminischen Kaiserreichs, in denen bereits der Innen- und Außenpolitik eine Dynamik verliehen wurde, mit der die Medienmacher und die Konsumenten der Medien erst umzugehen lernen mussten. Die durch Medien beeinflusste Politik ließ sich nicht mehr aufhalten angesichts verbesserter und damit auch beschleunigter Verbreitungswege von Zeitungen und Pressebildern, des Films, der drahtlosen Telegraphie und des – seit Mitte der 1920er Jahre – sich rasant entwickelnden Rundfunks. Damit kündigte sich „das Ende der Hegemonie des gedruckten Wortes in der Aneignung von Welt an“ (S. 12).

Die elf Beiträge, gebündelt in drei Teile mit den Überschriften „Politisch-mediale Wechselwirkungen“, „Repräsentation von Gemeinschaft, Führertum und Gesellschaft“ sowie „Repräsentation von Gewalt, Tod und Demokratie“ können sich natürlich nur exemplarisch mit einzelnen Phänomenen befassen.

Herausgegriffen werden soll der Beitrag von Riccardo Bavaj, der dem Phänomen der Massenmobilisierung durch die Bildpublizistik nachgeht. Im Mittelpunkt seiner Darstellung steht die vom KPD-Funktionär und Reichstagsabgeordneten Willi Münzenberg herausgegebene „Arbeiter Illustrierte Zeitung“, allgemein unter dem Namen „AIZ“ bekannt. Zu den Autoren gehörte kein Geringerer als Kurt Tucholsky, der sich rühmte, zwar Erfolg, aber bedauerte, „keinerlei Wirkung“ zu haben. Deswegen sah er in der AIZ die Chance, jenseits des bildungsbürgerlichen Leserkreises der „Weltbühne“ auch für ihm nahestehende freundliche Leute zu schreiben.

Dem Führer, dem Kult um ihn, dessen Niederschlag in den politischen Auseinandersetzungen und in den literarischen Erzeugnissen, die am Ende der Weimarer Republik schließlich in einer Art Zweikampf zwischen Hitler, dem Frontkämpfer, und Hindenburg, dem Feldmarschall, kulminierte, gehen mehrere Beiträge nach. Ein anderer thematisiert die politische Gewalt in der Frühzeit der Weimarer Republik und welchen Niederschlag sie in der politischen Tagespresse gefunden hat.

Es geht aber nicht allein um Deutschland, sondern auch um die Vereinigten Staaten, in denen vieles von dem vorweggenommen wurde, was in den 1920er und 30er Jahren sich dann auch in Deutschland auf dem Gebiet des Verhältnisses von Massenmedien und Politik entwickeln sollte. So untersucht Thomas Welskopp am Beispiel der Prohibitionsfrage und deren Behandlung in den Massenmedien – „multimediales Spektakel“ (S. 136) mit Filmaufnahmen und Rundfunksendungen, die damit für amerikanische Ohren zu einer vertrauten Realität wurden –, wie diese einen Umschlag in der Öffentlichen Meinung und damit auch in den politischen Mehrheitsverhältnissen bewirkten. Es gibt aber auch einen Blick auf Polen, auf den Kult um Marschall Pilsudski von 1926, als er, durch einen Staatsstreich an die Macht gelangt, Ministerpräsident wurde, bis 1939 zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, vier Jahre nach seinem Tod. Italien und Deutschland im Vergleich stehen stellvertretend für Trauer und Gefallenekult nach 1918.

Abbildungen, Tabellen, Faksimiles und Grafiken lockern den Sammelband auf, der auf dem Gebiet des Wechselverhältnisses von Medien und Politik Anregungen für weitere Forschungen bietet.

Hochheim a. M.

ANSGAR DILLER

PATRICK MERZIGER U. A. (Hg.): *Geschichte, Öffentlichkeit, Kommunikation. Festschrift für Bernd Söseman zum 65. Geburtstag*. Steiner, Stuttgart 2010, XII u. 545 S., 74,00 €.

Bernd Söseman gehört zu denjenigen Historikern in Deutschland, die sich nicht leicht thematisch und methodisch festlegen lassen. Die vorliegende Festschrift reflektiert seine vielfältigen Schwerpunkte: eine detailgenaue, in der Auslegung aber weitreichende Neuinterpretation entscheidender Quellen des späten Kaiserreichs und des Nationalsozialismus, der Platz Preußens in der deutschen und europäischen Geschichte und eine genuin historisch verstandene Kommunikationswissenschaft. Diese Schwerpunkte mögen aus heutiger Sicht nicht mehr besonders umstritten erscheinen. Tatsächlich sind die einschlägigen Forschungen Sösemanns in ihrer jeweiligen Zeit oftmals gegen erhebliche Widerstände angegangen bzw. haben Neuland erschlossen.

Die versammelten 35 Aufsätze reflektieren dies mit einem deutlichen Schwergewicht auf der Kommunikationsgeschichte von der frühen Neuzeit bis ins 20. Jh. unter Einschluss methodisch-theoretischer Überlegungen. Weiterführend ist hier insbesondere die Betonung der *Longue durée* und der Vielgestaltigkeit, d. h. nicht nur technischen Aspekte, der Durchsetzung der Medien bzw. schließlich der Massenmedien (Esther-Beate Körber). Fallstudien betonen, wie Medien und deren Nutzung schon früh eine Machtressource wurden (Werner Arnold über die Entstehung der Bibliothek) und sich zu keinem Zeitpunkt von einer einseitigen Abhängigkeit der Medien von der Politik bzw. umgekehrt sprechen lässt. Lokalstudien, etwa zu Zeitungen in Hamburg im 17. Jh. (Holger Böning) oder Bamberg in der 1848er Revolution (Rudolf Stöber), bringen Erkenntnisgewinn in der notorisch schwierigen Einschätzung der Medienreichweite. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund derartiger Forschungen lotet Volker Depkat in einem instruktiven Beitrag die Chancen einer „kommunikationspragmatischen Erneuerung der Quellenkunde“ aus.

Der zweite Teil der Beiträge, wiewohl oftmals unter Einschluss kommunikationsgeschichtlicher Fragen, hat mehrheitlich einen politikgeschichtlichen Schwerpunkt. Das Spektrum reicht, wie oftmals in Festschriften, vom eher Anekdotischen zu stark spezialisierten Fallstudien und quellenbasierten Neubetrachtungen eines Themas. So untersucht Patrick Merziger sehr instruktiv die Langzeitveränderung des ‚Deutschen Humors‘ nach 1945. Erhard Schütz nimmt mit Adolf Stein (Rumpelstilzchen) einen kaum mehr bekannten, aber signifikanten konservativen Publizisten der Weimarer Republik in den Blick, der gegen alles, was er als Dekadenzäußerungen sah, ankämpfte, sich aber für einige Beispiele des Ausdruckstanzes ebenso erwärmen konnte wie für das Kino.

Eine ganze Reihe Beiträge widmet sich der preußischen Geschichte – etwa Ernst Opgenoorth zu Johan Gustav Droysens Geschichte der Preußischen Politik, Karl Heinrich Kaufhold zur preußischen Wirtschaft, Peter Baumgart zum Verhältnis von Staat und Kirche und Jürgen Kloosterhuis mit einem Porträt Moritz Levin Adolf von Winterfelds, jeweils zur Zeit Friedrichs des Großen. Michael Salewski untersucht den Wandel des Preußenbildes.

Mit Blick bis ins 20. Jh. analysieren die Beiträge von Ludwig Biewer zur deutschen Verfassungsentwicklung und von Wolfram Pyta zur Frage der Überlebenschancen der parlamentarischen Monarchie in Deutschland 1918 Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Geschichte. Pyta diskutiert insbesondere die kaum bekannten Pläne einer auf Preußen beschränkten Regentschaftslösung in der Endphase des Ersten Weltkrieges.

Es ist ein Problem fast aller Festschriften, dass eine starke inhaltliche Kohärenz sich kaum erzielen lässt, und die Herausgeber dieses Bandes geben dies auch gar nicht vor. Allerdings kann dieser Band mit einer ganzen Reihe quellenbasierter Forschungsbeiträge aufwarten und enthält zudem pointierte Essays, die – genereller als dies andernorts möglich ist – Probleme der Geschichtswissenschaft diskutieren. Die inhaltliche und methodische Offenheit Sösemanns spiegelt sich insofern auch im Positiven in den Beiträgen dieser Festschrift.

BERND SÖSEMANN (Hg.): *Propaganda. Medien und Öffentlichkeit in der NS-Diktatur*. 2 Bände (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte 25). Steiner, Stuttgart 2011, CXLVI u. 1.638 S., 196,00 €.

Den Anspruch seines Vorhabens unterstreicht Herausgeber Bernd Söseemann in den zwei umfassenden Untertiteln: „Eine Dokumentation und Edition von Gesetzen, Führerbefehlen und sonstigen Anordnungen sowie propagandistischen Bild- und Textüberlieferungen im kommunikationshistorischen Kontext und in der Wahrnehmung des Publikums“ sowie „Mit 57 Organigrammen, 100 Statistiken und Übersichten, 240 Abbildungen sowie einer Chronologie und Spezialbibliographie“.

Nach einem achtseitigen Vorwort folgt eine mehr als 100-seitige Einführung in die „Strukturen der Macht und öffentlichen Kommunikation im ‚völkischen Führerreich‘“. Deren kürzerer Teil befasst sich mit dem ideologischen, rechtlichen und kommunikationspolitischen Profil dieses Reiches, der längere bringt Erläuterungen zu den Dokumenten, ihrer Edition und Erschließung und bietet Inhaltsverzeichnisse z. B. der Texte und Organigramme sowie Übersichten zu den ausgewerteten gedruckten und ungedruckten Quellen und herangezogenen Archiven und Sammlungen. Der erste Hauptteil (732 S.) befasst sich zunächst mit den Grundlagen der öffentlichen Kommunikation, beginnend – nach Rückgriffen auf Kaiserreich und Weimarer Republik – mit den einzelnen Phasen des Dritten Reiches – von der Machtübergabe durch die konservativen Steigbügelhalter am Anfang bis zur totalen Mobilisierung und der Kapitulation der Wehrmacht am Schluss. Ihm folgen im zweiten Hauptteil (644 S.) Dokumente zu den Formen und Themen dieser Kommunikation, die vom Personenkult um Hitler und sein Buch „Mein Kampf“, über Terror und Gewalt zur Beherrschung der Volksgemeinschaft bis zu den einzelnen Medien, Schule und Wissenschaft reichen. Ein dritter Hauptteil (259 S.) listet Übersichten und Hilfsmittel auf – neben einem chronologischen Überblick mit Daten zur Kultur- und Kommunikationsgeschichte und mehreren Registern – sowie ein „Spezialbibliographie“ genanntes Quellen- und Literaturverzeichnis.

Schier erschlagen fühlt sich der Leser bei diesem Werk von nahezu 1.800 Seiten und 1.250 Dokumenten, das „einen detaillierten Überblick zu allen zentralen Bereichen propagandistischer Einflussnahme in der nationalsozialistischen Diktatur, den intendierten Wirkungen und Rezeptionsverhältnissen im öffentlichen Raum“ verspricht (S. V). Zu finden sind denn auch die Texte von Gesetzen, Verordnungen, Anordnungen, Erlassen, Bekanntmachungen und Satzungen bzw. Auszügen daraus, Richtlinien, Leitsätzen, Rundschreiben, Erläuterungen und Protokollen, Verboten und Anweisungen, Reden und gedruckten Beiträgen in der Tages- und Fachpresse. Eingestreut werden immer wieder Grafiken und Tabellen, um die teilweise verwirrenden Strukturen des Medienaufbaues und der Medienlenkung durchschaubar zu machen und zeitliche und geographisch unterschiedliche Entwicklungen in Zahlen und Prozentangaben zu verdeutlichen, sowie Faksimiles und (auch farbige) Fotos. Auch die Propaganda in Richtung Ausland ist mit einigen wenigen Aussagen und Abbildungen vertreten. Leider verzichtet Söseemann bei den einzelnen Dokumenten, deren Umfang zwischen gut drei Zeilen und zehn Seiten variiert, auf erläuternde und einordnende Hinweise und beschränkt sich darauf, nur die entsprechende Quelle und – falls ermittelbar – den Urheber bzw. Verfasser zu nennen. Mehr als 90 Prozent der Dokumente sind vorhandenen gedruckten Quellenwerken, beispielsweise den Akten der Reichskanzlei oder den Presseanweisungen der Vorkriegszeit, entnommen, rare Ausnahmen sind Erstpublikationen u. a. aus den Beständen von Reichsministerien im Bundesarchiv. Bedauerlicherweise hat auf die Präsentation audiovisueller Quellen auf einer CD aus urheberrechtlichen Gründen verzichtet werden müssen.

Die Essenz der Aufbereitung der Dokumente bietet der Herausgeber in seiner Einleitung, in der er den absoluten Führerwillen und die Stärkung der Exekutive herausarbeitet, die schließlich zu einer Auflösung des Staates als Regierungssystem geführt haben. Propagandaminister Joseph Goebbels, der sich als Alleinzuständiger mit seinem Ministerium und der Reichskulturkammer im Rücken für die Steuerung und Zensur der publizistischen Medien und vieler kultureller Einrichtungen sah, musste vielfache Rückschläge hinnehmen, scheiterte, wie bei seinem geplanten Pressegesetz, an „seinem“ über alles verehrten geliebten Führer und konnte sich deswegen nicht zum absoluten Herrn über die Medien aufschwingen. Dennoch bleibt an dem umfassenden Anspruch der Partei während der Zeit des Dritten Reiches festzuhalten, den Nachrichten- und Informationsfluss zur Kontrolle der öffentlichen Kommunikation zu steuern.

Bleibt nach der Relevanz der getroffenen Auswahl an Dokumenten zu fragen und danach, ob gravierende Lücken zu verzeichnen sind. Beispielsweise erschließt sich nicht die propagandistische Intention der von 1901 bis 1910 erlassenen Gesetze zum Urheberrecht (S. 8–19), des „Gesetzes über die Neubezeichnung von Blättern für öffentliche Bekanntmachungen“ vom 15. Juni 1933 (S. 124) oder das Beamtenengesetz vom 26. Januar 1937 (S. 450–455). Wünschenswert wären Dokumente zur Lenkung des Rundfunks gerade aus der Anfangszeit des Dritten Reiches gewesen, so das Goebbels-Rundschreiben vom 15. Mai 1933 über die Bevorzugung der Unterhaltung im Programm oder dasjenige vom 3. September des Jahres, in dem sich der Propagandaminister – kurz nach Ende des Reichsparteitags – gegen die Übertragung politischer Reden und Kundgebungen wandte. Es fehlt auch das Arbeitsabkommen zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium über die Auslandspropaganda vom 22. Oktober 1941 oder ein Organisationsplan der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amtes. Im Quellenverzeichnis ist u. a. die Dokumentation von Dussel/Lersch zur Programmgeschichte des Hörfunks und Fernsehens von 1999 zu vermissen.

Eine beeindruckende Dokumentation ist entstanden, die künftig vielen Fragestellungen als Fundgrube dienen kann. Sie zeigt erneut, dass auch die Propaganda des Dritten Reiches kein Monolith, sondern vielfältigen Interessen unterworfen war.

Hochheim am Main

ANSGAR DILLER

HELMUTH TRISCHLER/MARK WALKER (Hg.): *Physics and Politics. Research and Research Support in 20th Century Germany in International Perspective* (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 5). Steiner, Stuttgart 2010, 285 S., 44,00 €.

Der hier zu besprechende Sammelband vereinigt die Beiträge, die auf einer Tagung „Physics in Germany from 1920 to 1960“ im Berliner Harnack-Haus der MPG vorgetragen wurden. Sie verstehen sich als Teil des im Jahre 2000 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft aufgelegten Forschungsprogramms zur Geschichte der DFG. Die beiden Herausgeber gehören gewissermaßen zum Kernbestand der Wissenschafts- und Forschungsgeschichte, und sie konnten deshalb eine hochkarätige Gruppe von Referenten gewinnen. Diese Referenten lehren und arbeiten etwa zu gleichen Teilen in Deutschland und den USA; weitere zwei Referenten sind in der Ukraine tätig.

Der Band gliedert sich deutlich in zwei Teile. Während gut zwei Drittel des Umfangs der deutschen Entwicklung gewidmet sind, wie es ja auch dem Kerngedanken des erwähnten DFG-Projekts entspricht, thematisiert ein Drittel der Beiträge die außerdeutsche Entwicklung mit den Schwerpunkten Ukraine, China und Japan. Diese Auswahl wirkt eher zufällig als systematisch, zumal Vergleiche zwischen diesen Ländern und Deutschland kaum angestellt werden. Andererseits bilden diese drei Beiträge eine erfreuliche Ergänzung des germanozentrischen Ansatzes, der leider auch in der deutschen Wissenschafts- und wissenschaftspolitischen Geschichte überwiegt.

Helmuth Trischler hat dem Band eine kenntnisreiche Einführung vorangestellt. In ihren Mittelpunkt rückt er, dem Tagungsthema entsprechend, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Er stellt ferner die verschiedenen Modelle vor, die im Lauf der Zeit zur Erklärung dieses recht komplexen Wechselverhältnisses entwickelt wurden. Mark Walkers Beitrag über die Förderung der Physik in Deutschland während des 20. Jh.s ergänzt diesen Überblick nach der finanziellen Seite hin. Alexander v. Schwerin untersucht die Anfänge der Biophysik im ersten Drittel des 20. Jh.s, Gerhard Rammer die (nicht immer ganz erfolgreiche) Selbst-Entnazifizierung der deutschen Physiker nach dem Zweiten Weltkrieg. Die folgenden vier Beiträge von Beyler, Carson, Strickmann und Albrecht behandeln Teilaspekte der westdeutschen Physik bis in die 1960er Jahre. Strickmann bringt dabei erfreulicherweise einen komparativen Ansatz ins Spiel mit seinem Beitrag, der die sozio-politische Rolle deutscher und französischer Kernphysiker während dieses Zeitraums vergleicht. Dagegen fehlt leider durchweg ein vergleichender Blick auf die Ostzone bzw. die DDR. Dies ist umso bedauerlicher,

als das Feld der deutsch-deutschen Vergleiche auch auf dem Gebiet der Wissenschaftsgeschichte noch recht spärlich bestellt ist. Die letzten drei Beiträge thematisieren die Rolle der Physik in der Ukraine, China und Japan. Zwar verlieren diese Beiträge manchmal das Rahmenthema etwas aus dem Blick, doch bieten sie manches Interessante.

So ist insgesamt ein zwar nicht wirklich in sich geschlossener, aber doch recht lesenswerter Tagungsband entstanden.

Konstanz

LOTHAR BURCHARDT

PETER WATSON: *Der Deutsche Genius. Eine Geistes- und Kulturgeschichte von Bach bis Benedikt XVI.* Bertelsmann, München 2010, 1.022 S., 49,95 €.

In der Einleitung konstatiert Peter Watson, dass seine Untersuchung über den deutschen Genius, dessen Geburtsstunde und Blütezeit auch berücksichtigt, inwieweit er das Leben des Auslands prägte. Zudem will er die Frage beantworten, „wie dieser Genius von Hitler zerstört [werden konnte]“, gleichwohl „weiterlebte, oft unerkannt, und zwar in beiden Teilen Deutschlands der Nachkriegszeit, die beide nie wirklich die volle Anerkennung für ihre kulturellen, wirtschaftlichen, industriellen, kommerziellen und akademischen Leistungen bekamen“. Detailliert wird der Frage nachgegangen, „wie deutsches Denken das moderne Amerika und England [sowie] ‚deren‘ Kultur [prägte]“, um dann festzustellen: „In den Vereinigten Staaten und Großbritannien mag Englisch gesprochen werden, aber Amerikaner und Engländer ‚denken‘ in viel stärkeren Maßen deutsch, als sie es sich bewusst sind.“ (S. 53) Der Verfasser betrachtet seine Ausführungen von dem für ihn „typischen Merkmal“ der Deutschen, von ihrer „Innerlichkeit“ her, *das* deutsche Stereotyp, das den deutschen Geist dominierte und von Thomas Mann so definiert wurde: „Die vielleicht berühmteste Eigenschaft der Deutschen [ist] diejenige, die man mit dem schwer übersetzbaren Wort ‚Innerlichkeit‘ bezeichnet: Zartheit, der Tiefsinn des Herzens, unweltliche Versponnenheit, Naturfrömmigkeit, reinster Ernst des Gedankens und des Gewissens, kurz alle Wesenszüge hoher Lyrik mischen sich darin.“ (zit. S. 867) Die Wurzeln der Innerlichkeit liegen für Watson im Pietismus, der das Wesen der Religion im Gefühlserlebnis sah. Hauptplätze der pietistischen Bewegung waren neben Halle der württembergische Raum, niederrheinische Gebiete und Westfalen, außerdem die Herrnhuter Brüdergemeine, d. h. dass sie in erheblichen Teilen Deutschlands wirksam wurde.

Eingehend definiert und analysiert Watson den Begriff Bildung und dessen Relevanz im Rahmen des deutschen Geisteslebens. „Bildung“ schreibt er, „war die Kultur einer aufstrebenden Gruppe, die sich weniger als bürgerlich denn kultiviert, gelehrt und vor allem verantwortlich verstand‘ [...]. Wilhelm von Humboldt verstand ‚Bildung‘ [...] einerseits als eine biologische Kraft, als einen Aspekt der Natur ähnlich der Schwerkraft, andererseits als eine geistige Notwendigkeit. Und da dieser Begriff von Pietisten geprägt worden war, hatte er auch religiöse Untertöne. So, wie der Pietist die Schöpfung zu vervollkommen und durch tätige Nächstenliebe im Diesseits Gott näherzukommen trachtete, war Bildung ein innerer Prozess, durch den der Einzelne sein Selbstbewusstsein zu stärken und der Vollkommenheit näherzukommen trachtete.“ (S. 105 f.) Derart gesehen, war Bildung ein Prozess „geistiger Formen“ und der inneren Gestaltung, nicht zuletzt durch Selbsterziehung. Gebildetsein, das über Erzogensein hinausging, wurde als ein „eigenständiges Verhältnis zu den kulturellen Inhalten“ betrachtet. Gebildet sein ging über den Besitz von Kenntnissen und die Beherrschung von „Praktiken“ hinaus. Vielmehr dokumentierte sie sich in der Verfügung über Wissen und Können, in der Teilhabe am geistigen Leben, in der Erfassung des Wertvollen und dem Sinn für die Würde des Menschen, aber auch für Anstand, Ehrfurcht und Verständnis. Letztendlich ist für den Gebildeten das Streben nach Weisheit charakteristisch.

Watson gelangt zu dem Schluss: „Das historisch-künstlerisch-biologische Weltbild, das im Rahmen dieses Strebens nach Vollkommenheit entstand, sollte noch viele deutsche Denker prägen,

und nicht wenige von ihnen waren die Söhne pietistischer Pastoren.“ (S. 106) Es war jedoch nicht nur prägend für zahlreiche Denker, sondern auch für bildende Künstler, so den pietistischen Protestanten Caspar David Friedrich. Etwa zeitgleich mit Caspar David Friedrichs Leben (1774–1840) vollzog sich das „Zeitalter der organisierten Bildung“, zu dem, wie Watson feststellt, „Gelehrte aus fast allen europäischen Staaten bei[trugen]“, wobei jedoch die „beherrschende Rolle“ von deutschen Wissenschaftlern eingenommen wurde (S. 241). Dass dem so war, hängt zusammen mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel in Deutschland im 19. Jh. Er führte dazu, dass die deutschen Universitäten zu Institutionen wurden, in denen die reine und zweckfreie Wissenschaft in Lehre und Forschung betrieben wurde, während die Technischen Hochschulen bestrebt waren, die Wissenschaft mit den jeweiligen Bedürfnissen der Wirtschaft, der Technik, der Industrie und des Gewerbes zu verbinden. Die Konsequenz dieses Prozesses war, dass Deutschland um 1860 nicht nur zu einer Wirtschafts-, sondern infolge der Entwicklung seiner Universitäten und Technischen Hochschulen auch zu einer Wissenschaftsmacht allerersten Ranges geworden war. Watson widmet sich eingehend diesen Vorgängen. Versehen hat er die einschlägigen Abschnitte mit so aussagekräftigen Überschriften wie „Humboldts Geschenk: Die Erfindung der Forschung und der preußisch-protestantische Bildungsbegriff“ (S. 241–254); „Der deutsche Historismus: ‚Ein einzigartiges Ereignis in der Ideengeschichte‘“ (S. 278–288); „Das heroische Zeitalter der Biologie“ (S. 289–306); „‚Deutschlandfieber‘ in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten“ (S. 330–346); „Die Physik wird Königsdisziplin: Clausius, Helmholtz, Boltzmann, Riemann“ (S. 362–374); „Der Aufstieg des Labors: Siemens, Hoffmann, Bayer, Zeiss“ (S. 375–387); „Die Herren des Metalls: Krupp, Benz, Daimler, Diesel, Rathenau“ (S. 388–401); „Die Dynamiken von Seuchen und Krankheiten: Virchow, Koch, Mendel, Freud“ (S. 402–417). Watson schlussfolgert: „Der deutsche Genius lebt und ist wohlauf [...]. Ungeachtet der langen Nacht zwischen 1933 und dem Mauerfall im Jahre 1989 halten deutsche Künstler jeden Vergleich mit den Besten anderer Länder stand [...]. Deutschlands Komponisten und Choreographen erstrahlen im alten Glanz [...]. Die deutsche Naturwissenschaftlergemeinschaft ist längst wieder (nobel)preiswürdig, auch wenn sie noch nicht zu ihrer Vorherrschaft aus der Zeit vor 1933 zurückgefunden hat [...]. Die Liste der europäischen Patente führt Deutschland mit fast dreimal so vielen Anmeldungen wie der Zweitplatzierte Frankreich an.“ (S. 895 f.) Die nachgerade unverwüstliche Leistungsfähigkeit Deutschlands in der theoretischen und angewandten Forschung sei, so Watson, dem deutschen Bildungsbürgertum geschuldet bzw. „dessen aufregenden wissenschaftlichen Fortschritte[n] [...]. [D]ie gebildete deutsche Mittelschicht wies den Weg zu den bahnbrechenden wissenschaftlichen Errungenschaften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und verwandelte die deutsche Wirtschaft, auf der ein so großer Teil des modernen Wohlstands [...] beruht [...]. [Sie] war und blieb das wichtigste und innovativste Element Deutschlands in dem Jahrhundert, das von 1775 bis 1871 währte. Gegen Ende dieser Periode begann sich die Lage zu verändern und komplexer zu werden.“ (S. 880 f.) Wenngleich von Hitler „fast zerstört“, fand die gebildete Mittelschicht nach 1945 wieder die Kraft zu einem beeindruckenden intellektuellen Neustart, so das Fazit Peter Watsons.

Mainz

KONRAD FUCHS

### B. Allgemeine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

JÖRN ARFS/ULRICH MÜCKE (Hg.): *Händler, Pioniere, Wissenschaftler. Hamburger in Lateinamerika* (Hamburger Lateinamerikastudien 1). LIT, Berlin/Münster 2010, 128 S. (6 Abb.), 14,90 €.

Eine der Gemeinsamkeiten der Protagonisten dieses Bandes ist neben den Hamburger Wurzeln, dem Unternehmertum in Lateinamerika oder dem Engagement im transatlantischen Handel das leidenschaftliche Sammeln von naturwissenschaftlichen Daten, historischen Folianten, selbst Erlebtem in Tagebuchform oder archäologischen Fundstücken. Das schmale Büchlein vereint sechs Darstellungen

von persönlichen und Unternehmensgeschichten, die erstmals in einer Vortragsreihe der Universität Hamburg, der Handelskammer Hamburg und des Lateinamerika-Vereins e. V. 2008 vorgestellt wurden. Mit Laeisz oder Linga werden legendäre Gestalten und Institutionen der deutschen wirtschaftsgeschichtlichen und Lateinamerikaforschung behandelt. Ebenso vielfältig wie die Lebensläufe und wirtschaftlichen Aktivitäten der Protagonisten sind die Darstellungsformen der Einzelbeiträge: von Unternehmensgeschichten (Andrea Brinckmann, Christiane Berth) über stark biografisch ausgerichtete Texte mit teilweise engem Bezug zum quelleneditorischen Gebiet (Ulrich Mücke/Christa Wetzel, Bernd Schmelz) bis hin zu gemeinsamen Erzählungen von Lebensdaten und Entwicklungen der Kultur- bzw. Wissenschaftsgeschichte (Horst Pietschmann, Wiebke von Deylen).

Horst Pietschmann erinnert in seinem Beitrag an den Altonaer Drucker, Naturwissenschaftler und Ingenieur Heinrich Martin (1550/55–1632). Mit viel Detailwissen zur Geschichte des kolonialen Mexiko angereichert, schildert der Autor den Werdegang Martins in der Neuen Welt und erklärt manche, auf den ersten Blick überraschende Zuständigkeit des Kosmografen, etwa dass Martin das Großprojekt zur Entwässerung von Mexiko-Stadt ab 1607/08 leiten durfte. Das Ergebnis dieser Arbeiten bewunderte noch 1804 Alexander von Humboldt (S. 14).

Die Auswertungen von Humboldts Reise, die in die Phase der zweiten, wissenschaftlichen Entdeckung Lateinamerikas durch die Europäer fällt, bilden neben frühkolonialen wissenschaftlichen und religiösen Texten einen der Erwerbungs-schwerpunkte der Linga-Bibliothek (S. 93, 101, 105), deren Entstehung Wiebke von Deylen anhand der Lebensbeschreibung und Interessensgebiete ihres Gründers, Carlos Linga (1877–1963), schildert. Lingas Bibliothek bereichert den Wissenschaftsstandort Hamburg seit 1956, ihr Fortbestehen und die laufende Erweiterung wurden durch die Gründung einer Stiftung von Lingas Witwe gesichert. Die von Hans H. Brüning (1848–1928) in Peru zusammengetragenen und im Völkerkundemuseum Hamburg ausgestellten Bestände, etwa die berühmten Goldobjekte, lenken den Blick der Hamburger hingegen auf die materielle Kultur der Neuen Welt. Leider bindet der Autor, Bernd Schmelz, trotz mehrfacher Erwähnung der reichen Fotografiebestände keine Abbildungen in den Beitrag ein.

Andrea Brinckmann und Christiane Berth gehen auf das Ineinandergreifen des Profitstrebens der peruanischen Wirtschaftseliten bzw. deutscher Einwanderer wie der Gebrüder Nottebohm in der guatemaltekischen Kaffeeproduktion im 19. und 20. Jh. und in Hamburg ansässiger Reeder und Kaufmannschaften ein. Dabei schildert Brinckmann eindrucksvoll das strategisch immer wieder neu ausgerichtete Engagement des Familienunternehmens Laeisz und überzeugt durch die eingebrachten Daten, wie z. B. den gewandelten jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von Bananen im Deutschen Reich in 1914 (4 Stück) im Vergleich zum Verbrauch in der BRD in den 1960ern, der mit zehn Kilo der weltweit höchste war (S. 63–65).

Auf einer besonderen Quelle zur Geschichte Lateinamerikas beruht der Beitrag von Ulrich Mücke und Christa Wetzel: dem in seinem Umfang einmaligen Tagebuch des Kaufmanns Heinrich Witt (1799–1892). In englischer Sprache hielt Witt für seine Nachwelt geschäftliche wie persönliche Erfahrungen fest (S. 26 f.), vom globalen Wirtschaftsleben bis hinein in intime Beobachtungen des Familienlebens. Die Darstellung der Forschungsarbeit an diesem Text bietet, wie der gesamte Band, einen tiefgehenden Einblick in die historiografische Arbeit am Beispiel der Integration Hamburger Bürger in das globale Wirtschaftsleben seit dem 16. Jh.

Köln

KATHRIN REINERT

MICHEL-PIERRE CHÉLINI/PIERRE TILLY (Hg.): *Travail et entreprises en Europe du Nord-Ouest, XVIII<sup>e</sup>-XIX<sup>e</sup> siècles. La dimension sociale au cœur de l'efficacité entrepreneuriale*. Presses universitaires Septentrion, Lille 2011, 280 S., 25,00 €.

Completing a collective research program linking universities from north-western Europe, the book intends to ponder how far a better management of workforce and human resources could bolster the



economic performance of companies. We are not fully convinced that such a dispersion of analytic approaches meets those expectations, because of the fragmentation of the texts along broadly diversified researches without overall comparisons, besides the excellent introduction, trying to shape a global overview of the project. We would also have located the statistical issues in the first part – in order to precise, detail, constitute the socio-professional categories to be assessed by the social studies –, pending the two other issues, human resources management and industrial relations.

Anyway, the intellectual enterprise reached an actual success. Assessing and defining the socio-professional components of industries and firms in comparative perspective leads to a better understanding of the evolution of the qualifications and cohorts of workers in different countries (Belgium, France, Germany) and periods. Each country entertained different means of classifying the workforce and the arguments of the authors enrich the methodological tool box in socio-economic history.

Core of the book are the chapters which deal with the management of workers by following the evolution of production from proto-industrialisation (two texts) to the first (textile at Guise) and second (iron mines in Lorraine) industrial revolution. By analysing the investments in the evolution of the professional statutes of the workers, through their promotion and extension of their skills, into internal training to respond to the technical progress and to the risks, the studies try to outline the building of industrial and social cultures. One key issue underlined in the four texts might be the quest for “promotion” and apprenticeship on one side, and the answer of the companies on the other side, as a way of stimulating commitment and faithfulness, thus stability. “Paternalism” was therefore at stake, as the evolution of firms questioned ancient forms of patronage to leave room to “professionalised” methods of social management.

The third part of the book might seem more classical as syndicalism and industrial relations have been deeply researched beforehand. The common issue lies within the recognition of the very legitimization of the *modus operandi* of capitalism and firms by the trade unions, the trend towards “reformist” positions versus revolutionary stances – all the more because the Europeanisation process urged the workforce and labour leaders to take into account the background of competition. The text opposes once more utopias and realistic considerations and tackles the debate with precision and with numerous references to the actors of economic change and social struggle. Sharing power or opening doors to social dialogues among the stakeholders of big companies marked the last decades of the second industrial revolution, when industries were facing mere intra-western European competition, just before the crisis of restructuration burst out at the turn of the 1980s.

All in all, the book contributes to a better understanding of the social groups and social relations, perhaps thus opening doors to designing research about class struggles in the considered countries and industries. But the range of the latter might seem somewhat narrow, hindering the book to pave the way to a comprehensive reconstruction of such socio-economic and technical evolution. And the main issue – that is establishing possible connections between the quality of social classifications, training as well as industrial relations and a better economic performance of the firms might have slipped to the conclusions of many authors. “The human capital” and the enrichment of its portfolio of skills have even been connected to the technological changes and economic growth.

Entrepreneurial efficiency was at stake, and we hope that further comparative inquiries will fuel consolidated results about such balance between “pressure” on workers for the sake of productive and financial returns and consideration for individual and collective expectations about social promotion and consideration within corporations. No “model” emerged from the book, which could be used a complementary basis of data and analysis to previous basic synthesis.

Bordeaux

HUBERT BONIN

PETER COLLIN U. A. (Hg.): *Selbstregulierung im 19. Jahrhundert – zwischen Autonomie und staatlichen Steuerungsansprüchen* (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 259/Moderne Regulierungsregime 1). Klostermann, Frankfurt a. M. 2011, 340 S., 79,00 €.

Der Sammelband enthält 14 Aufsätze, die in vier Gruppen gegliedert sind: (1) Einführung/Schlüsselbegriffe und Schlüsseldiskurse, (2) europäische Perspektiven, (3) Referenzgebiete des Rechts und (4) Praxisfelder. Die einführenden Aufsätze beschäftigen sich mit Definitionen, mit den Begriffen des ‚Gemeinsinns‘ und der ‚Privat-Autonomie‘. Unter der europäischen Perspektive werden die munizipale Verwaltung in Frankreich, selbstregulierende Ansätze in Großbritannien und der Zusammenhang von Selbstregulierung und entstehendem Nationalstaat in Italien behandelt. Bei den Referenzgebieten geht es um das Aktien-, Patent-, Handels- und Arbeitsrecht. Auf den Praxisfeldern wird auf die preußischen Handelskammern, die preußischen Hilfs- und Unterstützungskassen, die Vereins- und Verwaltungstätigkeit als Form kommunaler Selbstverwaltung und auf die protestantischen Kirchen eingegangen. Die meisten Aufsätze konzentrieren sich auf die erste Hälfte des 19. Jh.s.

Der Schlüsselbegriff des Bandes lautet: regulierte Selbstregulierung. Sie wird verstanden als „für öffentliche Zwecke in Anspruch genommene gesellschaftliche Selbstorganisation“. Gemeinsam ist allen Varianten einer solchen Selbstregulierung „eine Kombination aus einem staatlichen Steuerungsanteil, der in Form von rechtlichen Rahmenregelungen, Aufsichtsrechten, Finanzierungsvorbehalten und dergleichen daherkommt, und einem Eigenregulierungsanteil der gesellschaftlichen Akteure“ (Vorwort). Tätigkeitsfelder sind u. a. Normierung, Kontrolle, Rechtsschutzgewährung und Konfliktregelung. Das Metaziel ist die – im Vergleich zum zentralstaatlich-hierarchischen Verfahren – effizientere und effektivere Bewältigung gesellschaftlicher Entscheidungen. Zu den organisatorischen Formen werden Vereine ebenso gezählt wie Zwangskorporationen (Kommunen, Kammern, Genossenschaften, Innungen) und ‚Inkorporationen in der staatlichen Verwaltung‘ (Deputationen, Kommissionen, Beiräte etc.).

Es stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, den Begriff der Regulierung so umfassend zu definieren und auf ein so weites Feld der gesellschaftlichen Organisation und Steuerung anzuwenden. Wenn noch die private Gestaltung von Rechtsverhältnissen in Form von Verträgen dazu gezählt wird, droht endgültig der Verlust an Präzision und Schärfe, dann nämlich scheidet auch noch der ‚öffentliche Zweck‘ als eingrenzendes Kriterium aus. Bei einer solchen Definition ist eben alles, was nicht unmittelbar staatlich verantwortet wird, Selbstregulierung. Insofern umschreibt der Begriff nicht selten nur das, was früher mit Begriffen wie Selbstverwaltung, Selbstorganisation, Vereinswesen oder Korporatismus erfasst wurde. Die Abgrenzung zu neueren steuerungstheoretischen Ansätzen aus der Governance-Forschung wird nicht gerade erleichtert. Auch die Subsumtion der kommunalen Selbstverwaltung unter Selbstregulierung macht nur dann Sinn, wenn man Kommunen nicht als Teil des ‚Staates‘ ansieht.

Generell ist Vorsicht geboten, damit man nicht in die „liberale Falle“ der postulierten Dichotomie von Staat und Gesellschaft tappt. Immerhin machen die Aufsätze deutlich, wie durchlässig die Grenzen zwischen staatlicher und gesellschaftlicher „Sphäre“ in der ersten Hälfte des 19. Jh.s waren, wie eng beide miteinander verklammert waren. Dies ist vermutlich auch ein Grund dafür, dass das Thema seit einigen Jahren wieder in Mode ist. Mit dem ‚moderierenden‘, ‚aktivierenden‘, ‚gewährleistenden‘ oder ‚kooperierenden‘ Staat scheinen die Grenzen zwischen beiden Sphären erneut durchlässiger zu werden, scheint das imperativ-hierarchische Koordinationsprinzip an Bedeutung zu verlieren und das konsensuale in den Netzwerken und Assoziationen des Dritten Sektors an Bedeutung zu gewinnen.

Die Artikel sind durchweg interessant und gut geschrieben. Es ist zwar nicht alles neu, was behandelt wird, lesenswert sind sie aber in jedem Fall. Der Sammelband ist der erste von drei Bänden zum gleichen Thema, aber zu anderen Zeitabschnitten, die in den nächsten Jahren erscheinen werden.

Siegen

GEROLD AMBROSIUS

RODERICK FLOUD U. A.: *The Changing Body. Health, Nutrition, and Human Development in the Western World since 1700* (New Approaches to Economic and Social History). Cambridge U. P., Cambridge u. a. 2011, XXVI u. 431 S. (60 Abb., 76 Tab.), 15,99 £.

Bei den Autoren Roderick Floud, Robert W. Fogel, Bernard Harris und Sok Chul Hong handelt es sich um einige profilierte Vertreter der „Cliometrie“, einer geschichtswissenschaftlichen Fachrichtung, die sich auf statistische Methoden und auf Theorien vor allem aus den Wirtschaftswissenschaften stützt. Floud hat eine Reihe von – auch methodologischen – Standardwerken zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte vorgelegt, Fogel zusammen mit Douglass C. North 1993 sogar den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen bekommen. Auch Harris hat ausgiebig zur Geschichte von Gesundheit und Wohlfahrtsstaat veröffentlicht. Die Buchreihe ist ambitioniert und versucht, sozial- und wirtschaftsgeschichtliches Grundlagenwissen durch anerkannte wissenschaftliche Kapazitäten für ein breiteres Publikum aufzuarbeiten. Dies ist besonders für cliometrische Studien ein wichtiges Unterfangen.

Was aber ist die wissenschaftliche Substanz der Veröffentlichung? Floud u. a. geben in einem ersten Schritt eine bereits weit verbreitete Erkenntnis der gesundheitshistorischen Forschung wieder: In Westeuropa und Nordamerika sind die Menschen in den letzten 300 Jahren allmählich größer, schwerer und langlebiger geworden – eine Folge ebenfalls gut erforschter Faktoren, so besserer Ernährung, Umwelt, medizinischer Versorgung und Hygiene. Dieses historische Grundwissen verbinden die Autoren in einem zweiten Schritt mit einem, wie sie meinen, neuartigen Modell einer technophysischen Evolution – besser einer Ko-Evolution von Technik und Körperlichkeit – des Menschen. Die Wechselwirkungen von Technikoptimierung und höherem Gesundheitsstand in der historischen Abfolge von Alterskohorten werden in einem dritten Schritt von den Autoren ausgiebig dargestellt – im Vergleich zwischen Westeuropa und den USA und beinahe ausschließlich gestützt auf quantitativ erhobene Daten. Körpermaße, Durchschnittsgewichte, BMIs, Lebenserwartungen und durchschnittliche Nahrungsaufnahme (Kalorien) sind die zentralen Indikatoren für diese, sicher nicht grundsätzlich falsche These, nach der sich bessere Technologien und höherer Lebensstandard gegenseitig beeinflussen.

Die Studie zeigt, wie schwierig es ist, standardisierte Massendaten über längere Zeiträume – hier drei Jahrhunderte – international vergleichend zu erheben und aus diesen dann noch aussagekräftige Forschungsergebnisse zu gewinnen. Bei der Lektüre wünscht man sich daher mitunter, über die im Grunde doch bekannten Messdaten von Größenwachstum, Gewichtszunahme und verlängerten Lebenserwartungen hinaus, Genaueres über den damit verbundenen gesellschaftlichen Wandel zu erfahren. Vor allem aber: Die Evolutionstheorie Darwins, eine der erfolgreichsten wissenschaftlichen Ideen überhaupt, mit Thesen über die gesellschaftliche Entwicklung zu verbinden, ist keineswegs so neuartig, wie dies die Autoren für sich selbst in Anspruch nehmen. Zumal die Reihung von Messdaten allein noch kein wirklich innovatives Vorgehen garantiert, mit dem neue interdisziplinäre Forschungsfelder zwischen Kultur- und Naturwissenschaften geschaffen werden könnten. Schon die Mimetik Richard Dawkins war da wesentlich weiter, gar nicht zu reden von der heutigen Epigenetik, die vielleicht einmal wirklich die Weitergabe erworbener körperlicher und geistiger Eigenschaften von Generation zu Generation erklären können. Sie wird jedoch – bei allem innovativen Anspruch – bei Floud u. a. nicht einmal ausgiebiger erwähnt.

Gießen

DETLEF BRIESEN

WALTER HOCHREITER: *Pioniere der Landwirtschaft. Das Markgräfler Hof- und Weingut Marget 1700–1925*. Regionalkultur, Heidelberg u. a. 2011, 168 S. (66 Abb., 1 Tab.), 24,80 €.

Häufig kommen Betriebsgeschichten über die interne Entwicklung des Unternehmens nicht hinaus. Die Geschichte des südlich von Freiburg im Breisgau gelegenen Hof- und Weinguts Marget gehört

dazu nicht. Am Beispiel eines Familienbetriebes und seines Wachstums zwischen 1800 und 1925 entfaltet Hochreiter das ganze agrarwirtschaftliche und -soziale Spektrum, so dass man weit mehr über die Geschichte der südwestdeutschen, insbesondere badischen Landwirtschaft in vorindustrieller Zeit und während der Industrialisierungsperiode des Landes erfährt, als vom Titel des Buches zu erwarten war. Marget ist insofern ein Glücksfall für die recht seltene Hofgeschichtsforschung, weil ein umfangreicher Quellenbestand im Staatsarchiv Basel-Stadt und im Privatarchiv von Reiner Marget vorhanden ist.

Nach einer kurzen Vorgeschichte über die Herkunft der Besitzerfamilie und die Gründung des Hofguts zwischen 1600 und 1800 (S. 8–19) geht es im zweiten Kapitel um die Entwicklung des Hofes bis 1828 (S. 20–29). Heimatkundlich und baugeschichtlich zugleich ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass Hofbesitzer Johann Jacob I. „mit dem Bau der neuen Scheuer 1821 [...] sich [...] ein Denkmal [geschaffen hat]“ (S. 28). Spannend geht es weiter im folgenden Kapitel mit der Hofentwicklung unter Johann Jacob II. und Elisabetha (1828–1875) (S. 30–78). Es war die Zeit des ersten technischen Umbruchs agrarischer Produktion und Vermarktung. Von hohem Informationswert ist die Darstellung der „Landwirtschaftlichen Arbeitsfelder“ vom Getreideanbau bis zur Arbeit im häuslichen Garten (S. 38–55). Darüber hinaus beschreibt Hochreiter den „wirtschaftlichen Austausch mit Handwerkern“ wie Metzger, Bäcker, Sattler, um nur einige aus dem großen wirtschaftlich-sozialen Beziehungsgefüge zu nennen (S. 54–57), und leitet dann über auf die Gebiete „Weinhandel“, „Weinkundschaft“ und „Weinanbau“ (S. 57–66). Ein kurzer Überblick über „das Leben am Hof und im Dorf“ und die wirtschaftliche Verfassung des Besitzes 1875 bilden den letzten Teil des ausführlichsten Kapitels dieser gelungenen Darstellung. In einer abschließenden Würdigung erscheinen der Hofbesitzer und seine Frau als wagemutige Unternehmer, die auch in Zeiten konjunktureller Flaute und widersprüchlicher Entwicklungstendenzen ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Hofangestellten gerecht wurden.

Emil Friedrich und Adele Marget führten den Hof zwischen 1875 und 1925, also in einer von Krisen und Krieg geprägten Zeit. Hochreiter versucht überzeugend, ein vollständiges Bild von der wirtschaftlichen Modernisierung des Besitzes zu entwerfen, und reizt das überlieferte Material mit großem Geschick aus, so dass man mit erheblichem Informationsgewinn die Lektüre beendet (S. 79–156). Der Abschnitt über den Weinanbau in Südbaden und in anderen Anbaugebieten bietet neben der Tätigkeit des Hofguts auf diesem Gebiet Einblicke in eine Gesamtentwicklung. Hochreiter, der sich bei Oliver Wackernagel (Basel) und Peter Moser (Bern) für die wissenschaftliche Betreuung bedankt, hebt nie die Hofgeschichte aus den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhängen der behandelten Perioden heraus, sondern er sieht das Hof- und Weingut Marget stets als Teil einer Gesamtentwicklung. Häufig wird das Nachwort in wissenschaftlichen Publikationen nach umfassender Lektüre nicht wahrgenommen. Hochreiters Nachwort bereitet in seinen gedankenreichen Überlegungen noch ein zusätzliches Vergnügen, insbesondere an den Stellen, wo es um die Frage geht: „Welche Landwirtschaft wollen wir?“ (S. 166). „Jeder Weg offenbart Vor- und Nachteile“, lautet seine überzeugende Antwort. Allein schon deshalb sollte seine ausgezeichnete Studie mit ihren beeindruckenden Abbildungen und ihrem sorgfältigen Anmerkungsapparat auf den Arbeitstisch jedes Agrarpolitikers unserer Zeit gehören.

Buchenbach-Wagensteig

ULRICH KLUGE

DOMINIK HÜNNIGER: *Die Viehseuche von 1744–52. Deutungen und Herrschaftspraxis in Krisenzeiten* (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 48). Wachholtz, Neumünster 2011, 248 S., 20,00 €.

Seuchengeschichtliche Fragen sind in den letzten Jahrzehnten mit in den Mittelpunkt sozialgeschichtlicher Forschungen gerückt. Eine Sonderstellung nehmen dabei Viehseuchen ein, die unmittelbar für

den Menschen keine Gefahr darstellten, doch ungewohnte Probleme für die Gesellschaft implizierten. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie man der Bedrohung des Viehs (und damit der Fleischversorgung der Bevölkerung) organisatorisch wie wissenschaftlich begegnen sollte. Das 18. Jh. zeigte sich hier, rund hundert Jahre vor dem Beginn des „bakteriologischen Zeitalters“, erstaunlich ratlos. Die Göttinger Dissertation von Dominik Hünninger unterstreicht dies in eindrucksvoller Weise.

Viehseuchen wurden – wie solche, die Menschen befielen – in der Frühen Neuzeit nicht nur von der Landbevölkerung in der Regel als göttliche Strafen gedeutet. Dies galt auch für protestantische Gebiete wie die Herzogtümer Schleswig-Holsteins. Wetterkatastrophen, Kometen oder seltene astrologische Konstellationen wurden als Prodigien interpretiert. Hilfe wurde logischerweise vor allem von Gebeten erwartet. Gott, der Seuchen schicken konnte, war, dessen war man sich sicher, auch in der Lage, sie zurückzunehmen. Predigten der Landgeistlichen thematisierten die Viehseuchen deshalb mit Nachdruck. 1745 wurde ein eigener Bußtag mit der Pflicht zum Kirchenbesuch festgelegt. Wie schon zur Zeit des Schwarzen Todes wurde sogar die göttliche Gerechtigkeit hinterfragt. Manche Geistliche versuchten die Tatsache, dass eine sichtbare Schuld der betroffenen Bauern oder Gutsbesitzer häufig nicht nachzuweisen war, mit einer göttlichen Pädagogik oder Prüfung zu rechtfertigen. Auch magische Techniken spielten, ging es um die Beseitigung der Seuche, die Höfe und die Existenz ganzer Dörfer bedrohte, eine wichtige Rolle.

Die Universitätsmedizin war im Grunde, wie auch bei menschenpathogenen Seuchen, immer noch ratlos und unsicher. Eifrig wurde im 18. Jh. diskutiert, ob Tiere medizinische Betreuung verdienten und Tierkrankheiten einer Erforschung würdig waren. Medizinhistorisch bedeutende Koryphäen wie Fracastoro, der sich im 16. Jh. mit Erkrankungen von Hunden beschäftigt hatte, wurden zu Kronzeugen! Selbst antike Autoritäten wie Columella wurden mangels jüngerer oder zeitgenössischer Autoren als Ratgeber geschätzt. Allerdings führte man zunehmend Tierobduktionen durch. Ob es sich bei den von der zeitgenössischen Literatur – Hünninger zitiert hier Lehrbücher und Dissertationen – beschriebenen Symptomen immer um dieselbe Krankheit handelte, muss offen bleiben. Dasselbe gilt für die Obduktionsergebnisse. Wurmerkrankungen, „Fäulnis“, Entzündungsprozesse, „stinkende Materie“ und „viel Galle“ waren sehr unspezifische Befunde. Der Autor schließt nicht aus, dass hier eine „Generierung von Wissen“ um jeden Preis intendiert wurde (kein Wunder in einer Krisenzeit, wo die Öffentlichkeit auf „logische“ Erklärungen wartete). Auch von den meisten Ärzten wurde das Moment der „Strafe Gottes“ in den Vordergrund gestellt. Daneben wurden medizinische bzw. „veterinärpolizeyliche“ Maßnahmen durchgesetzt wie die Sperrung bestimmter Höfe, Dörfer oder Gebiete. Man ging davon aus, dass Menschen zwar nicht an der Seuche erkranken, doch sie übertragen konnten. Der Kontakt mit Personen, die in befallenen Gebieten wohnten, wurde untersagt, Zuwiderhandlungen hart verfolgt. Immer wieder wurden uralte, bei der Pestbekämpfung entwickelte Maßnahmen umgesetzt – die Theorie der Miasmen und Contagia bildete dabei das theoretische Fundament.

Die flüssig geschriebene, auch stilistisch überzeugende Arbeit ermöglicht einen interessanten Einblick in die bäuerlich-ländliche Alltagswelt norddeutscher Kleinstaaten im 18. Jh.

Köln

KLAUS BERGDOLT

MAXIMILIAN KALUS: *Pfeffer – Kupfer – Nachrichten. Kaufmannsnetzwerke und Handelsstrukturen im europäisch-asiatischen Handel am Ende des 16. Jahrhunderts* (Materialien zur Geschichte der Fugger 6). Wißner, Augsburg 2010, XII u. 271 S. (54 Abb., 4 Karten), 22,80 €.

Hier handelt es sich um ein in zweierlei Hinsicht cleveres Werk. Zum einen zeichnet sich diese unlängst erstellte Dissertation des Verfassers (Universität Jena) durch eine grundsätzliche Argumentation und eine durchwegs saubere und gewissenhafte Handwerkskunst aus. Zum anderen handelt es sich um geschickt lancierte Werbung in eigener Sache. Denn es geht hier um ein Produkt, welches der

Autor – seines Zeichens Historiker und Informatiker – selber entwickelt hat: das Datenbanksystem *historic crossroads*. Dies ist eine online verfügbare Ressource, die es erlaubt „generische Konzepte untereinander semantisch zu verbinden“ und „netzwerkartige Strukturen zu modellieren, welche beispielsweise Personen, Orte und andere Elemente zueinander in Relation bringen“ (S. 27).

Kalus wendet sein Produkt auf den Pfefferkontrakt der portugiesischen Krone um 1590 an. Hier war eine bunte Schar oberdeutscher, italienischer und portugiesischer Kaufleute beteiligt. Dabei folgt auf eine thematische Einleitung (S. 1–26) die methodische Einleitung oder ‚Gebrauchsanweisung‘ für das Produkt *histcross* (S. 27–54). Sodann seziert Kalus gewissenhaft die internen Arbeitsabläufe und Wirkungsmechanismen der von der portugiesischen Krone als Monopol verwalteten Pfefferkontrakte an der Wende zum 17. Jh. (Kap. 3, S. 55–81). Hier gab es Ausrüstungs-, Beschaffungs- und Verkaufskontrakte, deren Preis- und Kostenstruktur jeweils von der portugiesischen Krone diktiert wurde (Monopolrente). Die Abnehmer des Pfeffers (die hier behandelten Kaufleute) erzeugten ihre Gewinne über einen wiederum großzügigen *Mark-up* beim Weiterverkauf des Pfeffers an Grossisten und Detailhändler – eine Situation, welche bereits im Umfeld der Reichstagsdebatten der 1520er Jahre zu großem Unmut über „Wucher“ und „Monopolgewinne“ der „Kaufmannsgesellschaften“ geführt hatte. Kapitel 4 (S. 81–112) durchleuchtet die Gruppe der an diesem Monopolgeschäft beteiligten Akteure (Deutsche, Italiener und Neuchristen) unter der populären Metapher des ‚Netzwerks‘. Anders als viele Studien auf diesem Gebiet – auszunehmen die methodisch hochreflektierten Pionierstudien wie Hancocks „Citizens of the World“ oder für den deutschsprachigen Raum Häberleins „Brüder, Freunde und Betrüger“ – entsagt sich Kalus der Versuchung, alles was auch nur entfernt auf Beziehungen mit Glaubensgenossen, Verwandten und Freunden hindeutet, gleich mit dem Totschlaglabel „Netzwerk“ zu belegen. Er bietet im Gegenzug eine methodisch innovative Strategie der Operationalisierung des Netzwerkkonzepts an, welche, so ist zu hoffen, breite Anerkennung finden wird.

Mit dem Pfeffer waren mindestens der Textilwaren- und Kupferhandel sowohl logistisch als auch betriebswirtschaftlich eng verknüpft. Je nach Geschäftsbranche ergaben sich dadurch leicht divergente Akteursmatrizen, welche Kalus akribisch aus den betreffenden Dokumenten rekonstruiert. Ein entsprechender Appendix (S. 205–239) bietet eine sehr sauber erarbeitete Prosopographie der an diesen Pfefferkontrakten beteiligten deutschen, italienischen und portugiesischen Akteure um 1590, welche zukünftigen Forschern zweifelsohne den Zugang zu diesem Themenkomplex erheblich erleichtern wird. Es folgt mit Kapitel 5 „Die Georg Fuggerischen Erben und ihr Netzwerk“ das Herzstück der Arbeit (S. 113–161). Es schließt ein Ausblick auf weitere Forschungsfragen und den ‚globalen‘ Kontext der Zeit an (S. 161–192), abgerundet von einem Fazit (S. 193–203).

Die Arbeit ist durchwegs sehr gründlich, wohlüberlegt und fundiert. Sie zeichnet sich durch eine ruhig-abwägende und nüchterne Argumentation aus. Vorbildlich erstellt sind auch die Tabellen und Graphiken. Ein einziger Satz stimmt skeptisch – aber dies ist nicht einmal des Autors Schuld: Wenn Kalus schreibt: „Nur mit Hilfe von Verflechtungsstrukturen kann der Handel insgesamt erklärt werden und zwar unabhängig von der Ebene der Betrachtung“ (S. 201), so begibt er sich gewissermaßen in eine vom Mainstream aufgestellte epistemologische Falle. Das Netzwerkkonzept darf zwar als eines der originellsten Neu-Interpretamente des organisatorischen *wie* des internationalen Warenaustausches gelten. Als Erklärung für das *warum*, also die volkswirtschaftlichen Aspekte, bieten sich dann doch besser die Modelle von Adam Smith, David Ricardo, Eli Heckscher, Bertil Ohlin und Paul Krugman an. Dies ändert freilich nichts an der Integrität der hier vorliegenden vorzüglichen Studie.

Leipzig

PHILIPP ROBINSON RÖSSNER

MARTIN KRAUSS/ULRICH NIESS (Hg.): *Stadt, Land, Heimat. Beiträge zur Geschichte der Metropolregion Rhein-Neckar im Industriezeitalter*. Regionalkultur, Ubstadt-Weiher u. a. 2011, 408 S. (147 Abb.), 34,80 €.

Der Sammelband vereinigt 21 sehr unterschiedliche Beiträge vorwiegend von Historikern, Archivaren und Mitarbeitern von Museen aus der Metropolregion Rhein-Neckar über die Geschichte dieses Ballungsraumes mit seinen städtischen Agglomerationen und ländlichen Gebieten seit den 1870er Jahren. In den Aufsätzen werden – mit zeitlich und räumlich ungleicher Reichweite – die wirtschaftliche und demographische Entwicklung, Industrie und Arbeiterverhältnisse, Kirche und Universität, Kommunikation und Interaktion, Politik und Bildung sowie vor allem die regionale Verkehrsentwicklung thematisch angeschnitten. Ziel des bei der Herausgabe federführenden Arbeitskreises Archive in der Metropolregion ist laut Vorwort die „Entwicklung eines Regionalbewusstseins durch die aktive Förderung der historischen Forschung zum Rhein-Neckar-Raum“.

In seinem Einführungsbeitrag über „Wachstum und Verflechtung“ sieht Martin Krauß, einer der beiden Herausgeber, im einstigen „altpfälzischen Oberrheingebiet“, im Kerngebiet der ehemaligen Kurpfalz, einen historischen Vorläufer der heutigen Rhein-Neckar-Region. Die zu Beginn des 19. Jh.s neu gezogenen, diesen Raum durchschneidenden Grenzen zwischen der bayerischen Pfalz, Hessen-Darmstadt und Baden hätten zwar die Mobilität der Menschen und des Warenverkehrs nicht eingeschränkt, seien aber in weiten Kreisen als „unnatürlich“ und für die ökonomische Entwicklung des Raums als hinderlich empfunden worden.

In der Phase der Hochindustrialisierung von 1871 bis 1910 stieg die Einwohnerzahl der Rhein-Neckar-Region von ca. 710.000 auf über 1.150.000. Ludwigshafen avancierte zum Zentrum der chemischen Industrie in Deutschland, Mannheim wandelte sich von der Handels- zur Industriestadt. Bis 1939 verlangsamte sich das Bevölkerungswachstum infolge der sinkenden Geburtenraten, die sich durch die politischen und wirtschaftlichen Krisen verstärkten. Durch die Zuweisung von Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg rückten bis 1950 die ländlichen Abwanderungsgebiete an die Spitze des Bevölkerungswachstums, während – anders als das unzerstörte Heidelberg – Mannheim und Ludwigshafen starke Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten.

In der nachfolgenden Periode bis 1961 glichen die kriegszerstörten Städte ihre Bevölkerungsverluste durch überdurchschnittliches Wachstum wieder aus: In der Region stieg die Einwohnerzahl von über 1.600.000 auf nahezu rund 1.890.000. Bis 1970 war die Bevölkerungsentwicklung durch eine außergewöhnliche Zunahme der Kommunen im „Speckgürtel“ der großen Städte – u. a. bedingt durch die staatliche Subventionierung des Eigenheimbaus – gekennzeichnet. In Mannheim und Ludwigshafen wurde der Rückgang der deutschen Bevölkerung durch die Zuwanderung von Ausländern ausgeglichen. 1970 lebten etwa 2.090.000 Menschen in der Region, heute sind es rund 2,3 Millionen.

Erst in der Nachkriegszeit wurde der Weg frei für eine länderübergreifende Planung und Gestaltung der Region. Vorläufer der 1951 begründeten privatrechtlichen „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar“ war die in den 1920er Jahren begonnene kommunale Zusammenarbeit der beiden Städte Ludwigshafen (damals Bayern) und Mannheim (Baden). 1970 wurde der „Raumordnungsverband Rhein-Neckar“ auf Grund eines Staatsvertrages zwischen den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz errichtet. Ein neuer Staatsvertrag ermöglicht seit 2005 eine Regionalentwicklung „aus einer Hand“, zugleich wurde der Rhein-Neckar-Raum zur Europäischen Metropolregion erhoben.

Die thematisch weit gefächerte Publikation stellt die Metropolregion in ihrer historisch-politischen Vielfalt vor, viele Beiträge befassen sich mit kleineren Räumen. Ob die vorliegende Publikation allerdings im Sinne der eingangs erwähnten Zielsetzung des Arbeitskreises der Archive zur „Entwicklung eines Regionalbewusstseins“ beiträgt, bleibt fraglich, da erfahrungsgemäß kleinere überschaubare Gebiete emotional stärker binden als große, staatlich und überstaatlich verordnete Planungsregionen.

TOBY MATTHIESEN: *Die Bleiche der Zeit. Ein Züricher Oberländer Textilareal im Wandel*. Chronos, Zürich 2010, 144 S. (zahlr. ein- u. mehrfarb. Abb., Tab. u. Statistiken), 27,50 €.

Die Ausführungen sind befasst mit der Wirtschaftsgeschichte des Dorfes Wald im Zürcher Oberland, das zu den Zentren der Schweizer Textilindustrie gehörte und wegen seiner Bedeutung „Manchester der Schweizer“ genannt wurde. Im Wesentlichen behandelt die Untersuchung Werden, Wachsen und Ende der Firma Honegger über einen Zeitraum von 130 Jahren hinweg (1853/57–1988), die „mit der Fabrik ‚Bleiche‘“ zur „grösste[n] Weberei der Schweiz“ avancierte. Über die Firmengeschichte hinaus wird auch die Familiengeschichte der Honeggers und das soziale Milieu des Industrieorts Wald detailliert erörtert. Zur Entwicklung der Firma heißt es, dass sie aus kleinsten Anfängen entstand und bis 1870 lediglich 16–20 Arbeiter beschäftigte. Zum Aufstieg der Firma trug wesentlich die Erschließung Walds durch die Eisenbahn 1874 bei. Und durch den Eisenbahnbau in Norditalien eröffnete sich die Chance, in Albino bei Bergamo Fuß zu fassen. Minutiös wird herausgearbeitet, inwieweit Familiennetzwerke zum Auf- und Ausbau der Firma Honegger beitrugen. Darüber hinaus wird dem Selbstverständnis der Unternehmerfamilie Honegger beträchtlicher Raum gewidmet. Hierzu heißt es: „Die Fabrikunternehmer des späten 19. Jahrhunderts suchten als arrivierte Gesellschaftsgruppe nach äusserer Darstellung ihrer Position in Wirtschaft und Gesellschaft. Das Wohnhaus hatte nicht nur die Funktion der Unterkunft zu erfüllen, sondern war sichtbares Zeichen der gesellschaftlichen Stellung des Besitzers. [...] Der Hausherr hielt sich einen Kutscher für seine Dienstreisen, und ein Gärtner besorgte den Park und das Gewächshaus. Im herrschaftlichen Haushalt wurden Dienstmädchen, Köchinnen und Waschfrauen benötigt. Bei grösseren Abendanlässen musste noch Unterstützung aus dem Dorf beibezogen werden. Diesem umfangreichen Haushalt stand die Gattin des Fabrikanten vor.“ (S. 34) Das Zitat lässt, sieht man von dem darin zum Ausdruck gebrachten Selbstverständnis einmal ab, auch auf einen gediegenen Wohlstand schließen, den man den Gewinnen verdankte, die das Unternehmen abwarf. Er ermöglichte auch, den in der Regel kinderreichen Familien der Honeggers eine solide Ausbildung angedeihen zu lassen, für die Töchter in Pensionaten, da es die Gymnasial- und Universitätsausbildung für Mädchen im 19. Jh. noch nicht gab. Zu den Selbstverständlichkeiten gehörten auch Erholungsurlaube, d. h. zu einer Zeit, als für die Arbeiterschaft Urlaub noch ein Fremdwort war. Erwähnt sei dazu der folgende Hinweis, zeitlich vermutlich auf das Ende des 19. Jh.s bezogen: „Adele stand in engem Kontakt mit ihrem Bruder und fuhr auch ab und zu mit ihm und seiner Frau Ina in die Ferien: ‚Wenn es morgen schön ist, fahren wir mit dem Motorboot nach Bellaggio. Conrad mietet es für den ganzen Tag [...]. Es sind fast lauter Engländer hier u. eine Familie Fleischmann v. Zürich, mit denen aber Ina nicht verkehren will, sie sind ihr nicht fein genug.“ (S. 39) Das „bürgerliche Selbstverständnis“ eines „auf Repräsentation bedachte[n] Fabrikantenstand[es]“ (S. 38) ist in Vergleich zu setzen zur Situation der seinerzeitigen Arbeiterschaft. „1877 wurde das erste Eidgenössische Fabrikgesetz von den Stimmbürgern angenommen. Laut diesem Gesetz war Kindern unter 14 Jahren Arbeit generell verboten. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug fortan 65 Stunden mit einer maximalen Arbeitszeit von 11 Stunden pro Tag. [...] Dieses Gesetz verbesserte den Arbeitstag vieler Arbeiter, doch wurde es nicht in allen Betrieben gleich umgesetzt.“ (S. 50) 28 Jahre später, 1905, wurde für das Unternehmen Honegger eine neue Fabrikordnung erlassen, die sich von der des Jahres 1877, jedenfalls soweit sie die Arbeitszeit betraf, nicht unterschied; denn der 1905er Fabrikordnung zufolge „wurde von morgens 6 bis mittags 11.30 und von nachmittags 1 Uhr bis abends 6.30 Uhr gearbeitet. Dies entspricht der 65-Stunden-Woche, da am Samstag normalerweise ebenfalls 10 Stunden gearbeitet wurde.“ (ebd.) Der „Tageslohn“ lag „in den 1880er Jahren“ bei „über 4 Franken“ (S. 20). Wie skrupellos mit der Arbeiterschaft verfahren wurde, zeigte sich, als 1907 bei Honegger für höhere Löhne gestreikt wurde: „Als das Gros der zahlreichen Arbeiter in die Fabrik treten wollte, wurden sie von Organisierten unter Drohungen daran verhindert und als dann die hinzukommende Prinzipalschaft sah, dass ein geordneter Betrieb nicht möglich war, wurden die beiden Webereien kurzer Hand geschlossen zum grossen Bedauern der in grosser Mehrheit befindlichen Arbeitswilligen.“ Nachdem zwischen den „Prinzipalen“ und Vertretern der Arbeiterschaft eine „Vereinbarung“ erreicht worden war, sollte die Arbeit „heute Montag früh 6 Uhr [...] wieder aufgenommen werden“, allerdings unter einer Bedingung: „Wer zur genannten Zeit ohne



Entschuldigung nicht erscheint, von dem wird angenommen, dass er zu kündigen wünsche“ und, dass gegebenenfalls „mit der Kündigung der Arbeit die Kündigung der (Werks)Wohnung verbunden sei“ (S. 67). Die Ausführungen einschließlich des Anschauungsmaterials vermitteln einen plastischen Eindruck von einer Gesellschaft, zu deren prägenden Charakteristika Standesdenken und Standesdünkel gehörten.

Mainz

KONRAD FUCHS

FERDINAND OPLL: *Zwang und Willkür. Leben unter städtischer Herrschaft in der Lombardei der frühen Stauferzeit*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2010, 274 S. (24 Abb.), 35,00 €.

In der Erforschung der Sozial- und Politikgeschichte des europäischen Mittelalters wurde erst in jüngerer Zeit die Auffassung von vermeintlich statischen, als hierarchische Einbahnstraßen strukturierten Verfasstheiten durch solche Fragestellungen und Ergebnisse relativiert, welche die durchaus auch wechselseitige Dynamik in den Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten im Mittelalter aufzeigen können. Zugleich wird nun wieder verstärkt betont, dass Städte mitnichten herrschaftsfreie Räume bildeten, sondern dass neben dem intramuralen Ratsregiment eben oft auch eine feudale Herrschaft von Stadtbürgern oder kommunalen Institutionen über Gebiete im Umland ausgeübt wurde. Im Überschneidungsbereich dieser beiden Aspekte ist das Werk Ferdinand Oppls angesiedelt, das – wie er es selbst betont – in vielerlei Hinsicht seine jahrzehntelangen Forschungen zur Städtegeschichte und zur frühstauferischen Reichsgeschichte bündelt. Untersucht wird ein lange schwelender, nie ganz beigelegter Streit um die Zugehörigkeit von fünf (damals) am Südufer des Po gelegenen Orten zum Pavese oder zum Piacentiner contado. Zur Klärung wurden im November 1184 insgesamt 80 Zeugen aus den Ortschaften Mondonico, Monticelli (Pavese), Olmo, Parpanese und S. Marzano vor einem in Pavia zusammengetretenen, jedoch von beiden Seiten beschickten Schiedsgericht in 14 Verhörungen zu ihren Ansichten und Erinnerungen über Herrschaftsverhältnisse, Zugehörigkeiten und anderem mehr befragt. Die überlieferten Verhörprotokolle können wegen ihrer frühen Entstehungszeit und der Auskunftsfreude der Zeugen zurecht als ganz exzeptioneller Quellenbestand gelten. Sie bieten in Oppls Aufbereitung und Darstellung hochinteressante Einblicke in die lombardischen Verhältnisse des 12. Jh.s, „wobei die städtische Herrschaft über den Contado die eine, das Leben der Leute des Contado unter dieser Herrschaft die andere Perspektive bildet und beide Aspekte von den ‚großen‘ politischen Entwicklungen der frühstauferischen Reichsherrschaft gleichsam überwölbt“ (S. 10 f.) werden.

Opll stellt zunächst die bereits 1909 von Luigi Cesare Bollea edierte Überlieferung vor und prüft die Zuverlässigkeit der mitnichten nur ‚einfachen‘ Gewährsleute anhand der „chronologisch verwertbaren Angaben in den Zeugenaussagen“ (S. 49). Dabei kommt einmal mehr heraus, dass die Jahreszählung nach Christi Geburt noch kaum eine Rolle spielte, eher Zeitspannen im eigenen Erleben und zu besonders erinnerten Ereignissen sowie Bezüge zu den Dienstzeiten bedeutender Amtsträger in den Städten, vor allem Konsuln und Podestà. Er kann überdies belegen, dass der von Johannes Fried und anderen ausgemachte ‚Schleier der Erinnerung‘ nicht grundsätzlich zu unzuverlässigen Auskünften führt(e), denn die chronologischen Angaben der Befragten weisen eine erstaunlich hohe Deckungsdichte auf. In den nächsten beiden Kapiteln folgen eine wirtschafts-, sozial- und herrschaftstopographische Vorstellung der fünf umstrittenen Orte und die Analyse der sich in den Zeugenaussagen spiegelnden Lebensformen sowie einiger individueller Schicksale. Opll versteht es, ein faszinierendes Bild von einem sehr differenzierten und volatilen Geflecht aus Dorfbewohnern, (vormaligen) Herren, Städten und ihren Amtsträgern (und Parteiungen) sowie der Reichsherrschaft mit Königtum und lokalen Vertretern zu zeichnen. Dabei ist – wie so oft und vielerorts – zu konstatieren, dass in allen Orten sowohl Menschen lebten, die sich eher Pavia zugehörig fühlten, als auch solche, die es eher mit Piacenza hielten, überhaupt „dass gemischte Herrschaft und durchaus berech-

tigte Ansprüche beider Streitparteien gegeben waren“ (S. 43). Leider kann hier nicht annähernd die Vielfalt der Ergebnisse zu den herrschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten und ihrer enormen Dynamik im Oltrepò Pavese, das auch heute noch an der administrativen Grenze der Provinzen liegt, und zu den Konjunkturen der friderizianischen Herrschaft in der Region vermittelt werden. Hervorgehoben sei als Einzelbeobachtung, dass in der Erinnerung mehrerer Zeugen ein politisch-militärisch schwer angeschlagener Kaiser im September 1167 persönlich an Zerstörungszügen gegen Piacentiner Besitzungen teilgenommen habe, die auch die *quinque loci* in Mitleidenschaft zogen.

Ferdinand Opll ist eine beeindruckende Studie gelungen, die seinem eigenen Monitum zum Schluss voll gerecht wird: „Die ebenso differenzierende wie detaillierte Analyse von Überlieferungen bleibt unabdingbare Voraussetzung und Entscheidungsgrundlage für deren Bewertung!“ (S. 217). Dazu tragen auch die hilfreichen und aussagekräftigen Anhänge bei (Regesten der Quellen, Auflistung und soziale Verortung der Zeugen und der erwähnten Konsuln der beiden Kommunen sowie eine thematisch gegliederte Sammlung von Auszügen aus den Zeugenaussagen). Es bleiben nur zwei fragende Anmerkungen des Lesers: Ob sich die städtische Herrschaft über das Land anders gerierte als die (land)adlige wird allenfalls implizit angesprochen. Und vielleicht hätte eine noch intensivere Betrachtung einiger ausgewählter Zeugenaussagen als kommunikative (Einzel-)Situationen den Befund hinsichtlich individueller Wahrnehmung noch erweitert. Das meisterliche Gesamtbild des Buches schmälert dies freilich nicht.

Kiel

GABRIEL ZEILINGER

KARLHEINZ SCHALLER: *Fabrikarbeit in der NS-Zeit. Arbeiter und Zwangsarbeiter in Chemnitz 1933–1945* (Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft 4). Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2011, 175 S. (49 Abb.), 14,90 €.

Vor zehn Jahren nahm die Verwaltungsstelle Chemnitz der IG Metall eine Publikationsreihe zur Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft seit dem Ende des 18. Jh.s auf. Die nun, wie die anderen Bände, von Karlheinz Schaller vorgelegte Studie über die NS-Zeit bildet den vierten Band. Im Zentrum der Arbeit, die sich vor allem an ein lokalgeschichtlich interessiertes Publikum wendet, stehen die Belegschaften in den Betrieben der dort traditionell beheimateten Branchen, des Maschinenbaus, der Metall- und Textilindustrie.

Die Darstellung gliedert sich in zwei Hauptteile: Der erste Teil (Kap. 1–3) für die Zeit von 1933 bis 1939 befasst sich zunächst mit der Zerschlagung der Gewerkschaften in Chemnitz, das wie Sachsen eine frühe Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung war. Im Anschluss zeichnet Schaller die Reglementierung des Arbeitsmarkts nach, wobei er z. B. den Einsatz von Erwerbslosen beim Autobahnbau 1933/34 als „verdeckte Zwangsarbeit“ (S. 23) einstuft. Zudem wird auf den von Branche zu Branche unterschiedlichen Beginn des Arbeitskräftemangels hingewiesen, was noch 1938 zu höchst unbeliebten „Verschickungen“ (S. 26) von Chemnitzern führte. Am Beispiel der Auto Union AG zeigt Schaller auf, dass die geplante, rasche Durchsetzung nationalsozialistischer Normen auf betrieblicher Ebene, wie die Ablösung der Betriebs- durch regimetreue Vertrauensräte, nicht widerstandslos hingenommen wurde. Um das von einer „Betriebsgemeinschaft“ weit entfernte Klima zu verbessern, wurden auch in Chemnitz Prämien gezahlt und „Kameradschaftsabende“ veranstaltet – insgesamt eine „Politik von Zuckerbrot und Peitsche“ (S. 87).

In seinem zweiten Hauptteil (Kap. 4–6) wendet sich Schaller den Arbeitsverhältnissen nach Kriegsbeginn zu. Besonders hervorzuheben sind seine Ausführungen über das Chemnitzer Arbeitsamt: Diese Einrichtung lenkte, wie sämtliche (Landes-)Arbeitsämter, die Rekrutierung von Zwangsarbeitern und sandte Mitarbeiter in die besetzten Ostgebiete, die mit „nonchalante[r] Selbstverständlichkeit“ (S. 110) und Stolz über ihr rücksichtsloses Vorgehen in die Heimat berichteten. Wie die

einzelnen Ausländergruppen in den betrieblichen Prozess der Chemnitzer Unternehmen integriert wurden, wird anschließend ebenso ausführlich untersucht wie der Fabrikalltag im Krieg. Hier widmet sich Schaller nicht nur dem Klima aus „Denunziation, Verrat und Solidarität“ (S. 146–152), das auch das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern prägte. Er macht auch einen „Verfall der Arbeitsdisziplin“ (S. 152–165) aus, der u. a. aus Kräfteverschleiß sowie der Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende resultierte.

Die Einordnung der für Chemnitz erzielten Befunde in einen breiteren, regionalen Kontext hätte Schallers Untersuchung sicherlich wichtige Zugewinne eingebracht. Sachsen und der gesamte mitteleuropäische Raum entwickelten sich zu Zentren der NS-Rüstungswirtschaft, mit entsprechenden Folgen für den Betriebsalltag der deutschen und ausländischen Arbeiter. Zudem wären für den Leser mit Blick auf den Wandel der Belegschaftsstruktur in den Kriegsjahren (Kap. 5) tabellarische Übersichten, nach Werken bzw. nach Nationalität und Geschlecht differenziert, hilfreich gewesen. In der knappen Bibliografie fällt schließlich auf, dass dort ein 2008 erschienener Beitrag zur Zwangsarbeit in Chemnitz, nicht aber ein Sammelband zu „Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939–1945“ berücksichtigt wird. Dieser Band, der auf eine Chemnitzer Tagung im Frühjahr 2002 zurückgeht, enthält einen Beitrag zur Zwangsarbeit beim Werkzeugmaschinenbauer Deutsche Niles-Werke AG, die auch Schaller untersucht hat.

Schallers Studie bestätigt die Ergebnisse der Forschung (Hachtmann, Mason, Schneider), wonach sich die in verschiedene Gruppen zersplitterte Arbeiterschaft während der NS-Diktatur in einem Spannungsfeld zwischen Anpassung, Resistenz und Widerstand bewegte. Insgesamt hat Schaller eine verdienstvolle, überzeugend gegliederte und lesenswerte Arbeit vorgelegt, zu deren Vorzügen nicht nur die präsentierten, auf einer reichen Überlieferung basierenden Quellenfunde gehören. Vor allem auch Schallers Einbeziehung der Chemnitzer Arbeitsverwaltung liefert wichtige, über die Stadt und Region hinausgehende Erkenntnisse.

Witten/Ruhr

THOMAS URBAN

CLAUDIUS TORP: *Konsum und Politik in der Weimarer Republik* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 196). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2011, 384 S. (5 Abb., 7 Tab.), 57,95 €.

In Claudius Torps Bielefelder Dissertation geht es, wie der Titel bereits deutlich macht, weniger um die Konsumgesellschaft in der Weimarer Republik als vielmehr um ihre „Einbettung in politische Zusammenhänge“ (S. 11), womit zugleich weiterreichende Charakterisierungen der Weimarer Republik (Paradigma des Scheiterns, Paradigma „Experimentierfeld der Moderne“) angesprochen sind. Torp möchte am Beispiel der Konsumpolitik zeigen, dass das Bild einer fragmentierten, auf unversöhnlichen Gegensätzen beruhenden Gesellschaft nicht der Wirklichkeit entspricht, sondern dass die Weimarer Republik auf diesem Gebiet durch Kompromiss und Konsens geprägt war. Dies belegt er vor allem in den beiden zentralen Kapiteln drei und vier, die die Konsumpolitik der Weimarer Republik im Spannungsfeld demokratischer Rechte und paternalistischer Pflichten verorten.

In den ersten beiden Kapiteln geht es zunächst um die Darstellung der sozialstrukturellen und mentalitätshistorischen Grundlagen der Konsumgesellschaft „zwischen Mangelersahrung und Wohlstandserwartung“ (S. 97) sowie um die Bedeutung der Konsumvereine und Konsumgenossenschaften und ihrer Rolle bei der Herstellung eines politischen Verbraucherbewusstseins und einer Verbrauchererziehung, die zu Beginn der Weimarer Republik dann allerdings nicht in eine politisch starke Verbraucherbewegung mündete. Überzeugend ist hier vor allem die Darstellung von Interessendivergenzen und Weichenstellungen in der Übergangsphase vom Ersten Weltkrieg zur Weimarer Republik, in der sich das Modell einer schlagkräftigen Verbraucherorganisation nicht durchsetzen konnte. Torp stützt sich gerade in diesen ersten beiden Kapiteln auf zeitgenössische und aktuelle Forschungen zur Konsumgeschichte und zur Konsumvereinsbewegung (u. a. R. Wilbrandt, T. O. Cas-

sau, R. Spree, A. Triebel), um diese dann durch eigene, quellengestützte Untersuchungen zu erweitern. Dieses Muster durchzieht auch die zentralen Kapitel drei und vier, in denen einerseits auf bekannte Phänomene der Konsumpolitik (kommunale Daseinsvorsorge, sozialer Wohnungsbau, Zolltarife und Kartellpolitik, Temperenzbewegung, Massenkultur, Zensurpolitik) verwiesen wird, darüber hinaus das Augenmerk andererseits auf bislang wenig berücksichtigte Phänomene der Konsumpolitik (Verbraucherschutzdiskussion nach 1918, Ratenzahlung, „Wertreklame“) auf der Basis gedruckter und ungedruckter Quellen gelenkt wird. Damit schließt Torp nicht nur eine Lücke in der Konsumgeschichtsforschung zwischen Kaiserreich, Nationalsozialismus und der Zeit nach 1945, sondern er revidiert auch im oben genannten Sinne das Bild der Weimarer Republik mit Blick auf Aspekte der politischen und der Konsumkultur. Staatliche Kontrollen und gesellschaftliche Disziplinierung im Kampf gegen Alkoholmissbrauch und „Schmutz- und Schund“-Filme und -Literatur stießen auf breite Zustimmung bei Parteien und Interessengruppen. Doch war diese Kompromissfähigkeit der Konsumpolitik möglicherweise doch eher Ausdruck einzelner Konsumfelder in Zeiten steigender Wohlstandserwartung, wie Torp selbst zeigt. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise verschärfte sich nämlich die „Kluft innerhalb der Verbraucherschaft“ (S. 244) wieder. Als Gegenbild zur fragmentierten Weimarer Gesellschaft taugt die Darstellung einer konsensualen Konsumpolitik dann doch nur bedingt. Torp spricht deshalb auch eher von einer „Kompromissfähigkeit des politischen Systems“ (S. 323). Und während in der vorliegenden Dissertation die Konsensorientierung der Weimarer Konsumpolitik hervorgehoben wird, hat der Autor an anderer Stelle stärker das „Janusgesicht“ und die „Konflikte um eine ‚bescheidene‘ Konsumgesellschaft“ (Haupt/Torp [Hg.]: *Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990: ein Handbuch*. Frankfurt a. M. 2009) betont.

Abschließend und mit Blick auf die im internationalen Vergleich intensiven Interventionen der Weimarer Regierungen auf diesem Gebiet macht Torp darin zudem eine „Besonderheit der Weimarer Konsumpolitik“ (S. 335) aus. Doch fehlen hier noch weitergehende vergleichende Studien. Für die Konsumpolitik der Weimarer Republik hat Claudius Torp jedenfalls mit seiner Dissertation eine Lücke der deutschen Konsumgeschichte bzw. der Geschichte der Konsumpolitik geschlossen.

Marburg

CHRISTIAN KLEINSCHMIDT

INGEBORG WALTER: *Die Strozzi. Eine Familie im Florenz der Renaissance*. Beck, München 2011, 240 S. (33 Abb.), 22,95 €.

Er galt dem Dichter François Rabelais als der „reichste Kaufmann der Christenheit nach den Fuggern von Augsburg in Deutschland“ (S. 190): Filippo Strozzi (1489–1538), unter dem das weithin berühmte Florentiner Handels- und Bankhaus den Höhepunkt seiner Entwicklung erlangte. Diese außergewöhnliche Familie und ihre wirtschaftlichen wie politischen Unternehmungen bilden den Dreh- und Angelpunkt der breit angelegten und großartig geschriebenen Monographie von Ingeborg Walter, die nicht nur durch eine hervorragende Materialfülle und -kenntnis, sondern auch durch 33 gut in den Text integrierte Abbildungen besticht. Im sogenannten „Zeitalter der Fugger“ – ein Begriff, der auch aus der deutschsprachigen Perspektive inzwischen fragwürdig geworden ist – waren die Strozzi neben den Medici und einigen weiteren eine der mächtigsten und reichsten Familien von Florenz, wovon ihr Palast noch heute ein besonderes architektonisches Zeugnis ablegt. Sie waren aber auch – als Konkurrenten der Medici – mit harten Schicksalsschlägen behaftet, mit Exilen, Morden, Selbstmorden und vielem mehr, was das Leben (und Sterben) in der Renaissance den Nachgeborenen so facettenreich und bunt erscheinen ließ.

Der Band behandelt den Aufstieg der Strozzi im Florenz des 15. Jh.s, ihre Tätigkeit als Kaufleute und dann als Bankiers, die Bankgeschäfte in Barcelona und Valencia (1441), Brügge und Neapel (1446/47) sowie in Rom (um 1454) gründeten und somit in wichtigen Finanzzentren des westlichen Mittelmeerraums und Nordwesteuropas ein Netz von Geschäftsbeziehungen aufbauten, das

sie für großangelegte Handelstransaktionen, bargeldlose Zahlungsverkehrsoperationen und schließlich weitgespannte Finanzgeschäfte mit der Kurie gleichermaßen zu nutzen verstanden. Die Rivalität zu den Medici brachte dem Familienverband zahlreiche ökonomische wie politische Rückschläge ein, doch unter dem genannten Filippo Strozzi gelang in der ersten Hälfte des 16. Jh.s eine Art Ausgleich mit den – langfristig mächtigeren und erfolgreichereren – Konkurrenten, ein Ausgleich, der freilich durch enorme Darlehen an die Medici-Päpste Leo X. und Clemens VII. teuer erkaufte war. Filippo Strozzi gelang es als Depositär der päpstlichen Kammer zwar auch, sich große Verdienstmöglichkeiten zu erschließen – was nicht wenig zu seinem oben zitierten Ruf beigetragen haben mag –, doch nutzte ihm sein Vermögen in den politischen Auseinandersetzungen um die Umwandlung der Florentiner Republik in ein Herzogtum der Medici und die folgenden dynastischen Querelen nichts mehr: Der in seinem Prozess drohenden Tortur entzog er sich durch Freitod; danach spielte die Familie in Florenz weder politisch noch ökonomisch eine größere Rolle. Den Aufstieg, aber auch den Fall der Strozzi in den Rankünen der Florentiner Renaissance stellt die Verfasserin gekonnt und durchaus mit schwungvoller Feder dar, gleitet aber nie ins Populärwissenschaftliche ab.

Umso bedauerlicher ist es, dass der Band auf Einzelnachweise und ausführliche Belegstellen verzichtet. Stattdessen werden auf gerade einmal 15 Seiten „Bibliographische Hinweise“, gegliedert nach den einzelnen Kapiteln, präsentiert, die freilich in keiner Weise einen umfangreichen Anmerkungsapparat ersetzen können. Dieses Manko wiegt schwer, denn das Buch stellt einen sehr gewichtigen Beitrag zu der derzeitigen Diskussion um Familienunternehmen in vorindustrieller Zeit, ihre Geschäfts-, Vererbungs- und Konfliktlösungsstrategien dar, und es wäre für weiterführende Forschungen eine wertvolle Dienstleistung gewesen, wenn man die der Verfasserin sicherlich wohlbekannten Quellen detailliert nachvollziehbar in einem Anmerkungsapparat wiedergefunden hätte. Diese Chance wurde leider vertan. Nichtsdestoweniger hat Ingeborg Walter eine bemerkenswerte Familienbiographie vorgelegt, die für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmenshistoriker gleichermaßen von Interesse ist und an der künftige Arbeiten zu Kaufmannsbankiers der Renaissance-Zeit nicht vorbeigehen können.

Leipzig/Bozen

MARKUS A. DENZEL

ROLF WALTER (Hg.): *Globalisierung in der Geschichte. Erträge der 23. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 18. bis 21. März 2009* (VVSWG, Beiheft 214). Steiner, Stuttgart 2011, 273 S., 52,00 €.

Einer langen Tradition folgend, hat die Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GSWG) auch die Beiträge ihrer 23. Arbeitstagung 2009 in Kiel als Beiheft zur Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht. Entgegen einer Tendenz der letzten Jahre, öfters Konferenzen thematisch stärker zu fokussieren, enge Verbindungen zwischen den Beiträgen anzustreben und in der Veröffentlichung durch einen umfassenden, synergetischen Einleitungs- oder Schlussteil des oder der Herausgeber zusammenzubinden, versteht sich die alle zwei Jahre stattfindende Arbeitstagung der GSWG ganz klassisch als kleiner Kongress, auf dem mit Bezug zu einem weit gefassten Leitthema die ganze Bandbreite der einschlägigen Forschung im Fach Wirtschafts- und Sozialgeschichte ausgestellt werden soll. Die „Erträge“, so der traditionelle Untertitel des Tagungsbands, haben hierbei vor allem protokollarische Funktion, indem sie die Manuskripte der Vorträge und der meisten Korreferate versammeln. Im vorliegenden Band wurden zudem die in die Tagung einführenden Worte von Rolf Walter wörtlich abgedruckt, was nicht zuletzt angesichts der abschließenden Ankündigung der *Keynote speech* von Rolf Langhammer auffällt, die im Druck fehlt. Letzteres gilt im Übrigen auch für die drei Kurzbeiträge des neu geschaffenen ‚Offenen Forums‘.

Auf die intensivierete wirtschaftshistorische Forschung zu Globalisierungsprozessen hatte die GSWG im Jahr 2007 reagiert und „Globalisierung“ zum Rahmenthema der Tagung 2009 erhoben.

Diese Begrifflichkeit wird in den einleitenden Worten des Bandes kurz problematisiert, für Tagung und Sammelband letztlich aber im weitest möglichen Sinn als Auftreten bzw. Zunahme weiträumigen grenzüberschreitenden Wirtschaftens verstanden. Mit großer Selbstverständlichkeit beginnt die weitestgehend chronologische Reihung der Beiträge daher mit Ausführungen zur Ausdehnung des wikingerzeitlichen Handelsraums (Hendrik Mäkelar, Uppsala) und der Abwägung, wieweit die Aktivitäten der Hanse Wirtschaftsräume miteinander verknüpften und wieweit gegeneinander abschotteten (Rolf Hammel-Kiesow, Lübeck). Die Rekonstruktion kaufmännischer Netzwerke im europäisch-asiatischen Handel des späten 16. Jh.s. (Maximilian Kalus, Jena) und die Illustration materiellen Kulturtransfers am Beispiel der Wohnkultur im dänischen Handelsstützpunkt Tranquebar (Martin Krieger, Kiel) leiten in den Bereich der frühneuzeitlichen Europäischen Expansion über. Ulrich Pfister (Münster) erweitert das methodologische Spektrum durch einen ökonomischen Ansatz, in dem er sich – in Anknüpfung an die „Great Divergence“-Debatte – mit der trotz verstärkten Welt Handels ausbleibenden Konvergenz europäischer und asiatischer Preise und Einkommen in der Frühen Neuzeit auseinandersetzt. Andreas Exenberger (Innsbruck) fügt dem Band mit einer sozialwissenschaftlich reflektierten Diskussion des Globalisierungsbegriffs und einer zeitlich und räumlich ausgreifenden Skizzierung des Hungers als Thema globalgeschichtlicher Forschung eine theorieorientierte und programmatische Facette hinzu. Zwei weitere ökonomische Beiträge, beide wiederum aus Münster, rücken Probleme des internationalen europäischen Handels im 19. Jh. in den Blick – Martin Uebele zeigt mittels Comovement-Analyse eine zunehmende nationale und internationale Integration deutscher Weizenmärkte in der ersten Jahrhunderthälfte auf, Markus Lampe studiert in sehr differenzierter Weise die Wirkungen des Netzwerks bilateraler Handelsverträge im freihändlerischen dritten Viertel des Jahrhunderts mittels eines Gravitationsmodells. Die sogenannte ‚erste Globalisierungswelle‘ ab den 1880er Jahren wird im Band nur von ihrem vermeintlichen Ende im frühen 20. Jh. her thematisiert – Peter Fäßler (Paderborn) widerspricht letztlich einer zu vereinfachenden Vorstellung von Deglobalisierung in der Zwischenkriegszeit; am massiven Auftreten internationaler Kartelle zeige sich vielmehr eine qualitative Veränderung des im Prinzip ungebrochenen grenzüberschreitenden Wirtschaftens. Abschließend schlägt Hartmut Kiehling (München) einen Bogen zwischen den Weltfinanzkrisen 1929 und 2008, was wegen des geringen Abstands zur im Grunde immer noch nicht überwundenen jüngsten Krise weniger als abgeschlossene, distanzierte Analyse zu lesen ist, sondern vielmehr als tagesaktueller Beitrag, der die Relevanz der Wirtschaftsgeschichte für das Verständnis der Gegenwart betont.

Die Aufsätze sind von unterschiedlicher Qualität, wobei eine Bewertung aber nicht zuletzt vom Standpunkt im Fach abhängt – versammelt der Band doch Beiträge verschiedenster Thematik, aus verschiedensten Epochen, mit verschiedenster Methodologie und Agenda. Es ist kaum möglich, aber offenkundig auch nicht beabsichtigt, die Beiträge kohärent auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (und streng genommen ist nicht einmal ‚Globalisierung‘ ein solcher Nenner; zu unterschiedlich wird das Konzept verstanden). Im Vordergrund steht eher, die Bandbreite der wirtschaftshistorischen Globalisierungsforschung zu verdeutlichen, und so zeigt sich in mancher Hinsicht eine geradezu erstaunliche Weite von Konzepten und Zugängen. Andererseits bleibt es etwas unbefriedigend, dass die allermeisten Beiträge unumwunden eurozentrisch sind. Dies ist für jeden einzelnen Beitrag durchaus ein legitimer Ansatz. Ohne die Gesellschaft einiger Aufsätze, die diese Perspektive verlassen oder bewusst durchbrechen, bleibt jedoch ein einseitiger Eindruck. Noch bedauerlicher erscheint, dass die Entstehung der modernen Weltwirtschaft um 1900 und die Zeit nach 1945, samt Anlauf der heutigen zweiten Globalisierungswelle im Grunde gar nicht direkt in den Blick genommen werden.

Nun ist es selbstverständlich, dass ein Tagungsband nicht bis ins letzte ausgewogen ausfallen und einen thematisch und methodisch perfekten Proporz wahren kann. Die angesprochenen Lücken sind schmerzlich, gleichwohl sollte man nicht Herausgeber und Tagungsorganisatoren vorwurfsvoll, sondern eher die wirtschaftshistorische Forschung im deutschsprachigen Raum erwartungsvoll anblicken: Untersuchungen der beiden modernen Globalisierungswellen dürfen gern deutlich präsenter sein, als sie es auf der Kieler Tagung gewesen sind.

## C. Sozialgeschichte

ASTRI ANDRESEN/JOSEP L. BARONA/STEVEN CHERRY (Hg.): *Making a New Countryside. Health Policies and Practices in European History ca. 1860–1950*. Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2010, 209 S., 42,80 €.

Bei der historischen Analyse von Gesundheit und Gesundheitspolitik ist eine Differenzierung nach Stadt und Land ein klassisches Unterscheidungsmerkmal. Dabei galten die Städte traditionell als ungesund mit einer überhöhten Sterblichkeit, während die Situation auf dem Land als natürlich, sauber und damit als gesund idealisiert wurde. Mit zunehmender Industrialisierung und einem damit verbundenen Ausbau der Öffentlichen Gesundheit – man denke etwa an die vielfältigen sanitären Reformen oder die intensive Säuglingsfürsorge – änderte sich dies. Die Städte wurden gesünder und gleichzeitig galten ländliche Regionen zunehmend als rückständig, unzivilisiert und ungesund. Hier setzt die Fragestellung des vorliegenden Sammelbandes ein, der auf eine Tagung in Valencia 2008 zurückgeht. Diese beschäftigte sich mit der politischen Geschichte von Gesundheit auf dem Land in Europa unter den Aspekten „Health and Living Conditions“, „Health Care Organisations“, „Child Health Policy“ und „Epidemiology and Sanitary Campaigns“. Diese systematische Gliederung wurde für die Publikation aufgegeben, reflektiert aber gleichwohl das Themenspektrum, welches die vorliegenden zehn empirischen Studien als Einzelbeiträge insgesamt abdecken, um der Frage nachzugehen, wie und warum sich der ländliche Raum als medizinpolitisches Problem herauskristallisierte und wie man dem in verschiedenen Teilen Europas durch hygienische Intervention auf politischer, sozialer und technischer Ebene zu begegnen suchte. So reicht die Spannbreite der Beiträge von Erkrankungen am Trachom auf Sardinien über die medizinische Versorgung und sanitäre Reformen im ländlichen Spanien bis hin zur Krankenhausversorgung in peripheren Gebieten Norwegens. Schnell wird deutlich, dass sich viele Maßnahmen der Öffentlichen Gesundheitsfürsorge von der Stadt aus auf das Land verbreiteten und so nur durch die Einbeziehung beider Untersuchungsebenen ein aussagekräftiges Gesamtbild entstehen kann. Wohl deshalb konzipieren einige Beiträge ihr Thema entlang einer Stadt-Land Dichotomie, etwa wenn es um die Säuglings- und Kindergesundheitsfürsorge in Frankreich oder um epidemiologische Trends, soziale und wissenschaftliche Antworten bezüglich der Poliomyelitis in Spanien geht. Insgesamt wird das wichtige Anliegen des Sammelbandes an zahlreichen nationalen Einzelbeispielen erfolgreich demonstriert und darüber hinaus eröffnet, wie stark der politische und kulturelle Einfluss ländlicher Regionen in bestimmten europäischen Staaten war. Allerdings muss einschränkend erwähnt werden, dass der geographische Schwerpunkt mit fünf Beiträgen klar auf Spanien liegt. Zwar sind mit England und Schottland, Frankreich, Italien und Spanien sowie Norwegen West-, Süd- und Nordeuropa einigermaßen repräsentiert, allerdings fehlen Studien zu Mittel- und Osteuropa komplett, was angesichts des Themas Gesundheit im ländlichen Raum und des Zusammenspiels von Gesundheitspolitik auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene doch sehr bedauerlich ist. Das Problem scheint den Herausgebern wohl bewusst gewesen zu sein, da in der ausgewählten Literaturliste im Anhang versucht wird, einige dieser Länder (Deutschland und Russland) zumindest bibliographisch einzubeziehen.

Düsseldorf

JÖRG VÖGELE

HENRIK BISPINCK: *Bildungsbürger in Demokratie und Diktatur. Lehrer an höheren Schulen in Mecklenburg 1918 bis 1961* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 79). Oldenbourg, München 2011, 358 S. (7 Abb.), 44,80 €.

Die in leicht überarbeiteter Fassung präsentierte Dissertationsschrift von Henrik Bispinck zeugt von gründlicher Arbeit. Immerhin begleiten den Text fast 1.000 Anmerkungen. Sie verweisen nahezu Seite für Seite auf teils erstmals genutzte Quellen, die in insgesamt zehn Archiven aufgefunden

wurden. Nicht weniger tragfähig ist die Literaturliste, auf der sich der Verfasser des Forschungsstandes vergewissert. So gewinnt das Verzeichnis genutzter Periodika, der gedruckten Quellen und der Literatur eine Qualität, die es zu einer Auswahlbibliographie zur mecklenburgischen und deutschen Bildungsgeschichte des 20. Jh.s werden lässt.

Seine Kollektivbiographie von Studienräten, die in der DDR als Oberschullehrer unterrichteten, ordnet Bispinck der Frage nach Kontinuitäten und Wandlungen des Bildungsbürgertums im 20. Jh. zu. Schwerpunkt der Untersuchung ist dabei die Entwicklung in der SBZ/DDR, exemplifiziert und minutiös recherchiert anhand der Lehrerschaft des Gymnasiums Fridericianum (ab 1949 Goethe-Oberschule) in Schwerin und der Großen Stadtschule in Rostock. Zwar waren humanistische Gymnasien wie diese im nationalsozialistischen Deutschland als „Sonderform“, dann in der SBZ/DDR als Schulen mit altsprachlichem „C-Zweig“ keineswegs repräsentativ für die Lehrerschaft der höheren Schule, doch der Verfasser weiß, es sind diese Schulen mit ihrem Lehrpersonal – vor allem die Vertreter der klassischen Philologie und die Direktoren –, anhand derer sich sein Gegenstand am ertragreichsten behandeln lässt.

Vom verfügbaren Quellenmaterial her hätte die Darstellung leicht zur Geschichte zweier höherer Schulen in Mecklenburg werden können. Dagegen sichert sich der Verfasser durch ein professionsgeschichtliches Analyseraster ebenso wie durch den Wechsel seiner Darstellungsebenen ab. So behält er nicht nur Persönlichkeiten, Lehrerkollegien, Schulbehörden, sondern auch die Stadt, die Region, die Profession und ihr Interessenverband, schließlich den Wechsel politischer Systeme in seiner jeweils für Mecklenburg spezifischen Ausformung im Blick. Auf diese Weise kann im Kapitel über die Gymnasiallehrer in der Weimarer Republik (S. 21–76) auch gezeigt werden, welche Eigenheiten das Gymnasialschulwesen in Mecklenburg aufwies und welche Schulpolitiken das Land in dieser Zeit erlebte.

Wie in diesem, so befasst sich Bispinck auch im folgenden Kapitel („Gleichschaltung, Anpassung und Resistenz: Die Gymnasiallehrer im Dritten Reich“, S. 77–135) eingehend mit der Organisation der Mecklenburgischen Philologen. Dieser Abschnitt (S. 90–113), dicht und präzise geschrieben, macht für die regionale Ebene bislang kaum untersuchte Vorgänge der Gleichschaltung des Philologenverbandes deutlich. Mit Belegen zum Unterrichtsalltag und zum politischen Verhalten von Direktoren und Lehrpersonen verfolgt die Darstellung zugleich das Geschehen an den beiden Gymnasien in Schwerin und Rostock weiter. Auf Frauen, auf Lehrerinnen, trifft man am humanistischen Gymnasium übrigens nicht, am wenigsten in Mecklenburg.

Das „Maß an Beharrungskraft“ (S. 9), das die bildungsbürgerlich-pädagogische Berufsgruppe in für sie politisch schwierigen Zeiten besaß, war nicht zuletzt von der Haltung der Schüler und Elternschaft an der Schule abhängig. Vornehmlich im ausgreifenden Kapitel IV („Radikaler Wandel? Die Oberschullehrer in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR“, S. 136–315) hätte ein – wenn möglich – stärkeres Eingehen auf den für beide Schulen auch in SBZ und DDR noch immer gegebenen sozialen und mentalen Zusammenhang mit bildungsbürgerlichen Gruppen den Forschungsertrag erweitern können.

Als Staatsdiener waren Gymnasiallehrer, Lehrer überhaupt, zu keiner Zeit für politische Opposition und Widerstand gemacht. Und wenn man dem Verfasser folgt, dann hing ihre „Zufriedenheit mit und die Loyalität zum jeweiligen System [...] weniger vom Grad der Konvergenz der politischen Einstellung zwischen Herrschern und Beherrschten“ ab, als vielmehr davon, ob und inwieweit sich ihr soziales und berufliches Selbstverständnis „in den jeweiligen Systemen ausprägen“ konnte (S. 324). Auch in der DDR sei es ihnen insgesamt „weniger um genuin politische Fragen als um ihre materielle und ideelle Anerkennung“ gegangen (S. 325).

Nach Aktenlage und mit gewissen Einschränkungen kann das wohl gesagt werden. Was aber, wenn das System es nicht hergab, dass bestimmte politische Fragen, gar die Systemfrage, öffentlich und erst recht nicht von Staatsbeamten oder Staatsfunktionären gestellt wurden? Etwas älter geworden, muss der Rezensent einräumen, dass er es nicht wirklich weiß.



FALK BRETSCHNEIDER/MARTIN SCHEUTZ/ALFRED STEFAN WEISS (Hg.): *Personal und Insassen von „Totalen Institutionen“ – zwischen Konfrontation und Verflechtung* (Geschlossene Häuser 3). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011, 398 S., 39,00 €.

Wer sich mit der Geschichte von „geschlossenen“ Anstalten (Spitälern, Waisen-, Zucht- und Arbeitshäusern, Klöstern etc.) befasst, ist meist mit dem Begriff der „Totalen Institution“ vertraut. Geprägt wurde dieser in den 1960er Jahren von dem amerikanischen Sozialwissenschaftler Erving Goffman (1922–1982). Gemeint waren damit zunächst psychiatrische Anstalten. Aber Goffman hatte bei der Begriffsbildung durchaus auch verwandte Institutionen (z. B. Gefängnisse, Internate, Kasernen) im Blick. Eines der Merkmale dieser „Totalen Institutionen“ ist – so Goffman – die Kontrolle, die vom Personal über die Insassen ausgeübt wird. Dahinter steckt die Vorstellung, dass beide Gruppen zwar miteinander in einem von der Außenwelt weitgehend abgeschirmten Raum agieren, aber ihr Verhältnis zueinander doch durch eine fast unüberbrückbare Distanz geprägt ist: „Das Personal hält die Insassen häufig für verbittert, verschlossen, wenig vertrauenswürdig, während die Insassen den Stab oft als herablassend, hochmütig und niederträchtig ansehen.“ (Goffman, Asyle, S. 18) Diese stereotypische Betrachtungsweise ist in den letzten Jahren nicht nur von der sozialwissenschaftlichen, sondern auch von der historischen Forschung immer mehr in Frage gestellt und korrigiert worden. Doch handelt es sich dabei meist um Einzelstudien. Insofern ist es verdienstvoll, dass in einer neuen Publikationsreihe ein Aufsatzband erschienen ist, der auf eine Tagung am Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien im Jahre 2009 zurückgeht. Auf diesem Treffen stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich in der Neuzeit die Beziehung zwischen Aufsichtspersonal und Insassen an Orten der Verwahrung gestaltete.

Einleitend werden von den Herausgebern und von Carlos Watzka, einem Soziologen und Historiker, die historiographischen Tendenzen bzw. die theoretischen Grundlagen des Konzepts der „Totalen Institution“ aufgezeigt. Es folgen dann Fallstudien zu vier verschiedenen Typen von Orten der Verwahrung: Klöster, Hospitäler, Zuchthäuser und Strafanstalten sowie Lager. Die Verfasser waren gehalten, dabei unterschiedliche Fragen an ihr Untersuchungsobjekt zu richten. Erstens sollte das soziale Milieu untersucht werden, aus dem sich Personal und Insassen rekrutierten. Zweitens galt es, das Miteinander im Alltag stärker zu fokussieren. Drittens sollten auch die räumlichen Strukturen der jeweiligen Anstalt berücksichtigt werden. Und viertens waren die Beiträger gebeten worden, nach Abhängigkeiten und Verflechtungen zwischen den beiden Gruppen Ausschau zu halten.

Die Aufsätze, die sich mit den Klöstern und Hospitälern befassen (Günter Katzler, Christine Schneider, Ute Ströbele, Martin Scheutz) machen deutlich, dass sich Goffmans Konzept der „Totalen Institutionen“ durchaus auf diese Einrichtungen anwenden lässt, dass sich aber ein anderes sozialwissenschaftliches Konzept, nämlich das der „kasernierten Vergesellschaftung“ (Heinrich Opitz) eher eignet, um den Alltag in diesen beiden Typen von Orten der Verwahrung zu beschreiben. Gerade für die Spitäler lässt sich zeigen, wie die Grenzen zwischen Personal und Insassen immer mehr verschwanden, nicht zuletzt auch durch das Pfründnerwesen bedingt. Die beiden Aufsätze, die sich mit der Geschichte der Zuchthäuser und Strafanstalten in der Neuzeit befassen (Falk Bretschneider, Gerhard Sälter), arbeiten die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Personal und Insassen heraus. Auch wird deutlich, dass es oft „weiche“ Herrschaftstechniken waren, die den Alltag in diesen Institutionen prägten. Einen interessanten Exkurs stellen die Beiträge über die Anstaltsgeistlichen in Spitälern und Gefängnissen dar (Alfred Stefan Weiß, Désirée Schaub, Maria Heidegger, Gerhard Ammerer). Diese Personengruppe hatte eine Art Mittlerstellung zwischen Personal und Insassen inne, was aber durchaus zu einem Spannungsverhältnis führen konnte; denn sie waren einerseits Vertrauenspersonen, andererseits aber auch in den Kontrollapparat eingebunden. Welche Verflechtungen zwischen Personal und Inhaftierten in den Konzentrationslagern der NS-Zeit bestanden, machen die vier letzten Beiträge deutlich (Claudia Nickel, Kiran Klaus Patel, Elissa Mailänder Koslov, Veronika Springmann). Dabei geht es um die spezifischen und perfiden Herrschaftstechniken der Lagerwelt, die auch Handlungsspielräume unter extremen Bedingungen ermöglichten.

EBERHARD DEMM/JAROSŁAW SUCHOPLES (Hg.): *Akademische Lebenswelten. Habitus und Sozialprofil von Gelehrten im 19. und 20. Jahrhundert*. Lang, Frankfurt a. M. u. a. 2011, 260 S. (zahlr. Abb. u. Tab.), 49,80 €.

Die in dem anzuzeigenden Band versammelten Aufsätze sind in drei Abschnitte gegliedert: „Macht und Habitus der Gelehrten“ (S. 19–152); „Die Macht in Gefahr? Das Aufbegehren gegen die Mandarine“ (S. 153–198); „Generation, Raum und Migration – neue Wege in der Gelehrtenforschung“ (S. 199–271). Abschnitt I umfasst sechs Aufsätze: „Macht und soziale Rolle im akademischen Milieu des 18. Jahrhunderts: Das Beispiel von Christian Gottlieb Kratzenstein (1723–1795)“; „Akademischer Habitus und Sozialpolitik der protestantischen Universitätstheologen im Vormärz (1850–1870)“; „Lujo Brentano (1844–1931): Macht, Verdienst und Glanz“; „Marianne Weber (1870–1954) und ihr Traum von der gelehrten Welt“; „Alfred Weber (1868–1958): Machtkapital, Netzwerke und Lebensstil“; „Die dunkle Seite der Macht. Leiden an der Wissenschaft in Texten der deutschen Gegenwartsprosa“. Die Abschnitte II und III umfassen jeweils drei Aufsätze: „Zweite‘ Frauenbewegung: Aufstieg in der Wissenschaft?“, „Als junger Historiker an der Universität Heidelberg in der Zeit der Studentenbewegung“, „Gelehrtenendämmerung: Werner Conzes Abschied von der Universität“ (II); „Lebens- und Karrierewege deutscher Universitätshistoriker des Jahrgangs 1943“, „Karrieren, soziale Herkunft und räumliche Mobilität der Heidelberger Professoren 1803–1932“, „Polish Scholars and Students in the Academic World of Berlin (1820–2010)“ (III). Die Titel der Beiträge lassen ihre Heterogenität deutlich werden; orientiert sind sie maßgeblich an Heidelberg. Mit den Begriffen „Macht“, „Habitus“ und „Mandarine“ wird eine alle Beiträge mehr denn weniger prägende Konstante benannt. Wenngleich der Typus des Mandarinentums auf sämtliche gebildeten Schichten angewandt werden kann, so scheint er zumal für die Universitätsprofessoren charakteristisch zu sein, da sie sich als die maßgebenden Repräsentanten der Gesellschaft empfanden und empfunden wurden. „Der Gesamtkomplex institutioneller, gesellschaftlicher und kultureller Verhaltensmuster und Anlagen, die den Einfluss des Mandarinentums absicherten, hatte sein Zentrum in den Universitäten. Niemand konnte mit größerer Autorität für die Elite in ihrer Gesamtheit sprechen als die Männer der Wissenschaft, die ‚Intellektuellen des Mandarinentums‘. Ihre Ansichten über zeitgenössische, kulturelle und politische Fragen bezogen die meisten gebildeten Deutschen selbstverständlich von den Professoren, insbesondere der Sozial- und Geisteswissenschaften.“ Daher erscheint es angebracht, „die universitären Meinungen in Deutschland als ‚Ideologie des Mandarinentums‘ und das kulturelle Erbe in Deutschland generell als dessen Tradition zu sehen“ (F. K. Ringer: *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine, 1890–1933*. Stuttgart 1983, S. 78). Als geradezu prototypische Verkörperung des Mandarins darf der Volkswirtschaftler, Soziologe und Kulturphilosoph Alfred Weber betrachtet werden, jedenfalls wenn man den Ausführungen E. Demms folgt, der feststellt, dass Weber sich „als eine der ca. zwölf Zelebritäten an der Universität Heidelberg“ betrachtet habe (S. 128). Dementsprechend „ließ er sich als ‚Herr Geheimrat‘ ansprechen, obwohl er vom badischen Großherzog nur den reinen Ehrentitel eines ‚Geheimen Hofrats‘ erhalten hatte“ (S. 128 f.). Den Ausführungen R. Bräus zufolge kam auch Lujo Brentano dem Typ des Mandarins sehr nahe, denn zu ihm konstatiert er: „Mit welcher Vehemenz [Brentano] für seine Macht und seine Interessen als Ordinarius eintrat, zeigte seine Kontroverse mit Franz Eulenburg. Dieser hatte 1908 ein Buch über die prekäre Lage der deutschen Privatdozenten veröffentlicht, in dem er die Abschaffung aller Privilegien und ihre Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung forderte [...]. Brentano griff ihn daraufhin scharf an, warf ihm vor, die Wissenschaft den jungen Dozenten ausliefern zu wollen und behauptete, dass eine aristokratisch strukturierte Universität unverzichtbar sei.“ (S. 73) Von zahlreichen bemerkenswerten Ausführungen und Hinweisen abgesehen, auf die nicht eingegangen werden kann, sei auf den Aufsatz von Ingrid Hudabiunigg, befasst mit der „Zweite[n]‘ Frauenbewegung: Aufstieg in der Wissenschaft“, hingewiesen, in dem resümierend festgestellt wird, dass es Frauen heute zunehmend gelingt, „sich den Weg durch das Dickicht der deutschen Universität zu bahnen, ein ganzes Stück selbstbestimmt und frei von traditionellen und einengenden Konventionen zu leben und ihren Habitus als Frau eigenständig auszuformen“ (S. 172).

DOMINIQUE MARCEL FANKHAUSER: *Die Arbeitersportbewegung in der Schweiz 1874–1947. Beiträge und Kontroversen zur Sozialen Frage im Sport* (Sportgeschichte 1). LIT, Wien u. a. 2010, 415 S., 34,90 €.

Das aus einer Göttinger Dissertation hervorgegangene Buch zeichnet erstmals die Entwicklung der institutionell heterogenen Schweizer Arbeitersportbewegung von ihren Anfängen bis zum einsetzenden Niedergang nach. Dem Verfasser geht es dabei insbesondere darum, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Arbeitersportorganisationen herauszuarbeiten und sie in den allgemeinen Kontext der sozialen Frage zu stellen. Er unterscheidet dabei vier Entwicklungsphasen:

In der langen Pionierphase bis zum Ersten Weltkrieg entstanden zunächst Turn- und Schießvereine unter dem Dach des Grütlivereins, der sich in der zweiten Jahrhunderthälfte von einer linksliberal-patriotischen Handwerkervereinigung zu einer Arbeiterorganisation wandelte und schließlich 1901 mit der Sozialdemokratischen Partei fusionierte. Bereits 1874 entstand ein Dachverband der Grütli Turnvereine und 1889 folgten die Grütli Schützen. Die vor allem in der deutschen Schweiz starken Dachverbände blieben der Grütlibewegung eng verbunden und folgten ihr auf dem Weg nach links. Ebenso wie im Grütliverein sorgte auch bei den Grütli Turnern und -schützen die engere Anlehnung an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften für Probleme, indem in manchen Sektionen die Grütlianer gegenüber den Mitgliedern anderer Arbeiterorganisationen privilegiert blieben und auch einige Arbeiterturnvereine außerhalb des Grütli Turnverbandes entstanden. Als es im Ersten Weltkrieg zur Trennung zwischen dem Grütliverein und der stärker nach links rückenden Sozialdemokratie kam, schlugen sich die Sportler indessen mehrheitlich auf die Seite der Letzteren. Als Resultat entstanden der (bis heute existierende) Schweizerische Arbeiter-Turn- und Sportverband (SATUS) und der Schweizerische Arbeiterschützenbund nebst den separat organisierten Arbeiter radfahrern, Naturfreunden und Arbeiterschachspielern.

In den zwanziger Jahren verzeichneten diese Arbeitersportorganisationen markante Mitgliederzuwächse, ohne jedoch die Position der „bürgerlichen“ Parallelverbände ernsthaft gefährden zu können. 1929 schlossen sie sich mit anderen Arbeiterkulturorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die allerdings die ihr zugeordnete Rolle, neben Partei und Gewerkschaften die dritte Säule der Arbeiterbewegung zu bilden, nie richtig zu spielen imstande war. Zudem beteiligten sich die Schweizer Arbeitersportorganisationen auch an den respektiven internationalen Dachverbänden. Die Versuche, das spezifisch Sozialistische ihrer sportlichen Betätigungen hervorzuheben, entfachten in den Organisationen lebhaft Debatten, ohne aber zu einem überzeugenden Konzept zu führen.

Ende der zwanziger Jahre eskalierten zudem die parteipolitischen Kontroversen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Waren die Arbeitersportorganisationen bis anhin offiziell „neutral“ gewesen, so drängte nun die im Zeichen der „Sozialfaschismus“-Theorie verstärkte kommunistische Agitation zu einer Entscheidung. Während bei den anderen Arbeitersportorganisationen die Verbandseinheit gewahrt blieb und die Kommunisten nach hartnäckigen Auseinandersetzungen in die Schranken gewiesen wurden, griff der SATUS 1929/30 zum Mittel des Ausschlusses, das zur Entstehung einer der Komintern-nahen Roten Sportinternationale angehörigen „Kampfeinheit für Rote Sporteinheit“ (KGS) führte. Diese präsentierte sich als Vorkämpferin der proletarischen Einheit gegen die „reformistischen Spalter“, vermochte aber nie die erhofften Erfolge zu erzielen und schloss sich 1936 unter gewandelten politischen Vorzeichen wieder dem SATUS an. Zugleich litt der Schweizer Arbeitersport in den frühen dreißiger Jahren unter verstärkten Anfeindungen von rechts, und der SATUS musste den politisch motivierten Verlust staatlicher Subventionen verkraften.

In einer vierten Phase ab den späten dreißiger Jahren integrierte sich der Schweizer Arbeitersport, zusammen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, in den Basiskompromiss der „Geistigen Landesverteidigung“ und normalisierte die Beziehungen zu den „bürgerlichen“ Sportverbänden. Damit ging ein wesentlicher Identitätsverlust einher, der nach 1945 in einem schleichenden Niedergang der zunehmend entideologisierten Arbeitersportverbände resultierte.

Fankhausers Buch ist insgesamt eine auf einer breiten Quellenbasis (insbesondere Verbandszeitungen) abgestützte Organisationsstudie, die die teilweise komplexen Entwicklungen anschaulich

darstellt und sie kontextualisiert. Hauptsächlich der prekären Quellenlage geschuldet, bleiben dagegen die lebensweltlichen und milieubezogenen Aspekte des Themas eher ausgespart und werden pauschal anhand von Arbeiten zu ausländischen Parallelphänomenen diskutiert. Bedauerlich ist schließlich die zeitliche Eingrenzung, hätte doch gerade die Darstellung und Kontextualisierung der Entwicklung nach 1947 auch manches zum Verständnis der vorangehenden Periode beitragen können. Dies vermag aber das Verdienst der Arbeit nicht zu schmälern, eine wichtige Lücke in der Historiographie zur schweizerischen Arbeiterbewegung und zugleich der internationalen Arbeitersportbewegung geschlossen zu haben.

Bangor (Wales)

CHRISTIAN KOLLER

MARK HÄBERLEIN/HANS-JÖRG KÜNAST/IRMGARD SCHWANKE (Hg.): *Die Korrespondenz der Augsburger Patrizierfamilie Endorfer 1620–1627. Briefe aus Italien und Frankreich im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges* (Documenta Augustana 21). Wißner, Augsburg 2010, 428 S., 26,00 €.

Einem Kriminalfall ist es zu verdanken, dass die hier edierte Korrespondenz über nahezu vier Jahrhunderte erhalten blieb: Am 16. September 1628 wurde der Augsburger Patrizier Friedrich Endorfer d. Ä. (1566/67–1628) unter dem Verdacht verhaftet, als einer der städtischen Steuerherrscher jahrelang in großem Umfang Steuereinnahmen unterschlagen zu haben. Neben seinem Besitz wurden auch seine schriftlichen Unterlagen beschlagnahmt. Sie gelangten zunächst in die Stadtkanzlei, dann in das Stadtarchiv, wo sie im Laufe der Zeit auf verschiedene Bestände verteilt wurden und ihr Zusammenhang verloren ging.

Mark Häberlein, durch seine Veröffentlichungen als Kenner der Augsburger Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 16. Jh.s ausgewiesen, und seine Mitherausgeber haben diesen Zusammenhang rekonstruiert und daraus im vorliegenden Band 73 private Briefe aus den Jahren 1620–1627 ediert. Davon stammen insgesamt 49 Briefe von den beiden Söhnen Friedrich d. J. (1604–1668) und Hans Endorfer (1610–1661) an ihren Vater, die in jener Zeit zu Bildungs- und Ausbildungszwecken in Lucca bzw. Lyon weilten, zehn weitere von Daniel Herwart, dem gebürtigen Augsburger und Gründer einer bedeutenden Bank in Lyon, bei dem Friedrich d. J. seine Ausbildung fortsetzte. Bei den restlichen Schreiben handelt es sich um fünf Briefe von Hans Heinrich Grueber, dem Lehrherrn von Hans Endorfer in Lyon, sowie einige Briefentwürfe von Friedrich Endorfer d. Ä.

In seiner ausführlichen Einleitung (S. 9–62) untersucht Häberlein zunächst das personale Netzwerk und das soziale Umfeld der Familie Endorfer und zieht dazu auch weitere Teile des seinerzeit konfiszierten Schrifttums (Rechnungen, „Schreibkalender“ mit tagebuchähnlichen Eintragungen) heran. Aus den Beständen des Augsburger Stadtarchivs (Steuerbücher, Ratsprotokolle, Gerichtsakten etc.) ergaben sich weitere Ergänzungen. Dabei zeigt sich die bekannte Verbindung zwischen alter Elite und neuem Reichtum, zwischen Patriziat und Großkaufleuten. Endorfer selbst arbeitete nur eine relativ kurze Zeit in der Firma seines Schwiegervaters Hieronymus Buroner. Auch seine Tätigkeit für die Nürnberger Imhof-Firma als Kommissionär für Warensendungen aus Venedig war wohl nur eine Nebentätigkeit. Stattdessen widmete er sich seit seiner ersten Heirat (1598) städtischen Ämtern (Zeugherr 1602–1628, Steuerherr 1611–1628) und gehörte dem Kleinen Rat an.

Friedrich Endorfer d. Ä. war nicht arm. Sein Immobilienbesitz innerhalb und außerhalb der Stadt brachte ihm regelmäßig wiederkehrende Zinsen sowie Miet- und Pachteinnahmen ein. Ferner verfügte er über ein beträchtliches Amtseinkommen. Trotzdem überstiegen in den Jahren 1611–1628 mit Ausnahme von nur zwei Jahren seine Ausgaben die Einnahmen erheblich, reichten demnach für eine als standesgemäß erachtete Lebensführung nicht aus. Hinzu kamen Aufwendungen für die Hochzeit seiner Tochter und Ausgaben für die Bildung und Ausbildung der beiden Söhne. Allein der Aufenthalt von Friedrich Endorfer d. J. in Italien 1620–1623 kostete 2.400 fl., weitere 6.000 fl. gab er in den Jahren 1623–1627 in Lyon aus.

Die hier mit Akribie und Sachverstand edierten Briefe lassen Formen, Inhalte und Ziele einer Ausbildung erkennen, die in jener Zeit wohl charakteristisch für die reichsstädtische Oberschicht war und sich teilweise an der adeligen „Kavalierstour“ orientierte. Friedrich Endorfer d. J. sollte die italienische und französische Sprache in Wort und Schrift sowie Buchhaltung und kaufmännisches Rechnen erlernen, aber auch Land und Leute und deren Lebensformen kennenlernen und erhielt in Lucca sogar Unterricht im Lautenspiel. Von dort aus unternahm er Reisen nach Rom und Neapel, Livorno und Florenz und besuchte Venedig. Später reiste er von Lyon durch Frankreich bis nach England. Einige dieser Reisen unternahm er gemeinsam mit Söhnen anderer Augsburger Kaufmannsfamilien, die zur gleichen Zeit in Lucca bzw. Lyon zur Ausbildung weilten. Diese Kombination von Ausbildung und Bildung förderte einen Kulturtransfer, dessen Spuren noch heute gerade in Augsburg sichtbar sind, die aber bisher nur in Einzelaspekten untersucht wurden.

Neben der Bildungsgeschichte enthalten die hier edierten Briefe auch vielfältige Informationen zur Kommunikations- und Verkehrsgeschichte. Die von Friedrich Endorfer d. Ä. sorgsam notierten Eingangsvermerke lassen Laufzeit und Laufwege der Briefe lückenlos nachvollziehen. Die Nachrichten über die Reisen durch Italien und Westeuropa enthalten außerdem aufschlussreiche Informationen zu den damaligen Verkehrsverbindungen und Verkehrsformen samt Reisekosten.

So bietet diese mustergültige Edition zahlreiche Quellen für künftige Forschungen zu unterschiedlichen Bereichen der frühneuzeitlichen Sozial- und Bildungsgeschichte und lässt zugleich das Fehlen einer modernen Kultur- und Sozialgeschichte des Augsburger Patriziats als ein Desiderat der Forschung spürbar werden. Nicht zuletzt gebührt dem „Institut für europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg“ das Verdienst, in seiner Schriftenreihe „Documenta Augustana“ den vorliegenden Band veröffentlicht zu haben.

Aachen

REINHARD HILDEBRANDT

ELIZABETH HARDING: *Landtag und Adligkeit. Ständische Repräsentationspraxis der Ritterschaften von Osnabrück, Münster und Ravensberg 1650 bis 1800* (Westfalen in der Vormoderne 10). Aschendorff, Münster 2011, 327 S. (16 Abb., 1 Tab.), 44,00 €.

In ihrer Münsteraner Dissertationsschrift, die am Sonderforschungsbereich 496 „Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution“ an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster entstanden ist, analysiert Elizabeth Harding die kommunikative Dimension des adligen Privilegs, auf Landtagen an der Regierungsgewalt mitzuwirken. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht dabei „die Rolle des Landtags als Ort der Generierung und Durchsetzung ritteradliger Geltungsansprüche“, es wird untersucht, wie „der ritterschaftliche Adel in der Landtagspraxis Adligkeit repräsentierte und fortschrieb“ (S. 22). Harding bedient sich dabei des Instrumentariums und der Methoden der Neueren Kulturgeschichte. Ihre detailreiche Studie gliedert sich in drei Hauptabschnitte, denen die Autorin drei korporative Handlungsrahmen zuordnet, die sie als Organisation, Autorität und Repräsentation bezeichnet. In der ausführlichen Einleitung werden auch die untersuchten Territorien und, etwas knapp, die genannten Leitbegriffe vorgestellt und erläutert. Im ersten Kapitel, das der „Organisation“ gewidmet ist, einer „besonders entwickelten Form von Institution, die normierter und hinsichtlich Kommunikationsmuster institutionalisierter [ist], als andere Verhaltensweisen“ (S. 23), widmet sich Harding den „feinen“ Unterschieden im Niederadel. In den verschiedenen Unterkapiteln werden dann jeweils die Territorien Osnabrück, Münster und Ravensberg untersucht. Dieser stringenten Gliederung bleibt die Autorin auch in den weiteren Kapiteln und Unterkapiteln treu. Im ersten Hauptkapitel kann sie herausarbeiten, dass alle drei Territorien unterschiedliche korporative Profile aufweisen: in Osnabrück war durch die „Spielregeln“ die Egalität der beteiligten Herren klar verankert, die Ritterschaft in Münster billigte einzelnen Protagonisten jedoch größere Handlungs- und Distinktionsräume zu. In Ravensberg konnte der

Landesherr erheblich in die Organisation der Ritterschaft eingreifen, deren Vorgehen überhaupt seltener als in den anderen Territorien korporativ handelnd nachzuweisen ist. Im Fokus des zweiten Hauptkapitels, der Autorität, steht die Generierung von Adligkeit durch Ahnenprobe und Aufschwörung. Während die Osnabrücker Ritterschaft der Ahnenprobenpraxis vergleichsweise geringe Aufmerksamkeit widmete, da, so das Ergebnis der Verfasserin, ständische Grenzen offensichtlich bereits im Vorfeld gezogen worden waren, praktizierte die Ritterschaft Münsters, veranlasst u. a. durch den Erbmannkonflikt, der die Ungleichheit von Adel und Stadtbürger in Frage stellte, ein besonders strenges Verfahren der Ahnenprobe. Im letzten Teil, der Repräsentation, werden die ritterschaftliche Sichtbarkeit und ihre Repräsentationspraktiken untersucht, einerseits im Gebrauch korporativer Zeichen wie Siegel, Amtskalender und Landtagsuniformen, andererseits als Akte performativer Repräsentation durch die Teilnahme an Huldigungen oder Gesandtschaften. Auch hier zeigen sich ähnliche Ergebnisse wie in den anderen Teilkapiteln: Für alle drei Auswahlritterschaften können Formen der dinglichen und performativen Repräsentation ausgemacht werden, die aber einige Unterschiede aufweisen. *Den* niederen Adel der Frühen Neuzeit gab es nicht. Zwar drängt sich dem Rezensenten nach der Lektüre des Buches die Frage nach der Wirkmächtigkeit – auch im Sinne einer symbolisch-expressiven Inszenierung – des „Kommunikationsgeschehens Landtag“ der Grafschaft Ravensberg auf, wenn sich dort über einen Zeitraum von knapp 80 Jahren nur einige Mitglieder der Ritterschaft ohne Proposition oder Geschäftsordnung in der Wohnung des Syndikus in Bielefeld trafen, zur Landratswahl 1786 nur vier Mitglieder zusammentraten und auch „Solennitäten“ außerhalb des Landtags nur selten von der Korporation der Ritterschaft wahrgenommen wurden, doch soll dieser Einwand die Ergebnisse nicht schmälern, die die luzide Studie zu den Ritterschaften der Fürstbistümer Münster und Osnabrück und aller drei Auswahlritterschaften im Vergleich vorlegt.

Rostock/Hamburg

MICHAEL BUSCH

DIRK HOERDER: *Geschichte der Deutschen Migration: Vom Mittelalter bis heute* (Beck'sche Reihe 2494/C.H. Beck Wissen). Beck, München 2010, 128 S., 8,95 €.

Dieser Band erscheint in der enzyklopädisch angelegten Reihe C.H. Beck Wissen. Laut Verlag wendet sich diese Reihe „an Leser, die sich anspruchsvoll, knapp und kompetent informieren wollen“. Eine wichtige Zielgruppe sind Studenten. Im Gegensatz zu dem von Jochen Oltmer verfassten Band „Migration im 19. und 20. Jahrhundert“, der gleichzeitig in der „Enzyklopädie Deutscher Geschichte“ erschienen ist, greift der an der Arizona State University lehrende Hoerder in einem kürzeren Text weiter aus. Das erleichtert den Überblick, geht aber selbst bei einem international ausgewiesenen Spezialisten wie Hoerder auf Kosten einer differenzierten Bewertung. Oltmer gibt auf über sechzig Seiten einen fundierten Überblick über die Forschungsentwicklung. Hoerder skizziert die Historiographie auf gerade einmal fünf Seiten. Für studentische und allgemein interessierte Leser wäre es vielleicht lohnend gewesen, mehr über die Ursachen der relativ marginalen Stellung der historischen Migrationsforschung in Deutschland (im Gegensatz etwa zu den Niederlanden oder den Vereinigten Staaten) zu erfahren.

Es stellt sich sicherlich die Frage, ob der Titel „deutsche Migration“ besonders glücklich gewählt ist, denn der Band behandelt – und das ist zu loben – nicht nur die Migration von „deutschen“ Personen, sondern Wanderungsbewegungen innerhalb, aus und nach Deutschland. Die Illustration auf dem Cover suggeriert, dass „deutsche Migration“ ausschließlich grenzüberschreitend gewesen sei bzw. ist. Hoerder dagegen dekonstruiert immer noch weit verbreitete Vorstellungen, die mit den Begriffen Einwanderung und Auswanderung verbunden sind. Er plädiert überzeugend für offenere Begriffe wie Zu- und Abwanderung. Im eigentlichen Text thematisiert er Binnenwanderungsprozesse nach 1800 allerdings nur am Rande.

Der eigentliche Überblick ist flüssig geschrieben, weitgehend lückenlos und differenziert. An mehreren Stellen scheint Hoerders umfassendes theoretisches Wissen und seine beachtliche Detail-

kenntnis globaler Wanderungsbewegungen durch. Die Phase des Nationalsozialismus wird denkbar knapp abgehandelt. Spätestens an dieser Stelle trifft das auf Faktenvermittlung ausgerichtete Konzept der Beck'schen Reihe an seine Grenzen, da komplexe Zusammenhänge und Transformationsprozesse nur skizzenhaft angedeutet werden können. Auch die Aufnahme deutschstämmiger Aussiedler und jüdischer Kontingentflüchtlinge nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 (und teilweise schon vorher) kann auf drei Seiten nur holzschnittartig beschrieben werden. Die meisten dieser Menschen sprechen russisch, aber sie stammen nicht alle aus Russland, sondern – und das wird in der Darstellung nicht deutlich – aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, also auch aus der Ukraine, Kasachstan und anderen Staaten. Das Literaturverzeichnis versammelt eine knappe Auswahl zum Thema „deutsche Migration“.

Leider haben sich einige Fehler in den Band eingeschlichen. Der bedeutende amerikanische Stadtsoziologe und Vertreter der „Chicago School of Sociology“ hieß Robert E. (nicht Ezra) Park (S. 14). Und der Sohn des russischen Juristen und Historikers Michael Kulischer, Eugene Michael Kulischer, nannte sich vor der Flucht aus Vichy-Frankreich nach Amerika nicht Michael, sondern schlicht Eugen Kulischer (S. 14). Unter diesem Namen publizierte er 1932 während seiner Lehrtätigkeit in Berlin mit seinem Bruder Alexander eine der Pionierstudien der internationalen Migrationsgeschichte: „Kriegs- und Wanderzüge: Weltgeschichte als Völkerbewegung“. Kulischer ebenso wie eine Reihe anderer jüdischer Migranten und Flüchtlinge bezeichnet Hoerder durchgängig als Personen „jüdischen Glaubens“ – eine Zuschreibung, von der sich viele der genannten Personen ganz ausdrücklich distanzierten.

University Park, PA

TOBIAS BRINKMANN

ANJA INGENBLEEK: *Die britische Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone 1945–1949* (Düsseldorfer Schriften zur neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 84). Klartext, Essen 2010, 612 S., 49,95 €.

Die in den 1990er Jahren zunehmend ins Hintertreffen geratene Geschichte der Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in Deutschland hat in den letzten Jahren durch einige wichtige Forschungsarbeiten neue Impulse erfahren. Neben biografischen Skizzen und Untersuchungen, in denen die veränderten, vor allem vom Aufstieg des tertiären Sektors geprägten Arbeitswelten beleuchtet werden, kommt insbesondere Studien, in denen transnationale Verflechtungen und Transferleistungen im Mittelpunkt stehen, eine wichtige Rolle zu. Im letztgenannten Themenspektrum ist auch die aus einer Düsseldorfer Dissertation hervorgegangene Arbeit von Anja Ingenbleek zu verorten, die sich mit dem Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften, namentlich unter alliierter Besatzung in der britischen Zone, im Zeitraum von 1945–1949 befasst. Diesem geografisch-politischen Raum kommt besondere Bedeutung zu; nicht zuletzt, weil der politisch wie wirtschaftlich sensible und hinsichtlich seiner künftigen Kontrolle äußerst kontrovers diskutierte Montanbereich hier schwerpunktmäßig angesiedelt war.

In den vergangenen Jahren ist wiederholt darüber räsoniert worden, inwieweit die gewerkschaftlichen Strukturen, die sich in der britischen Besatzungszone herausgebildet haben, eine Folge britischer Einflussnahme und der Umsetzung von Leitbildern und Zielsetzungen der alliierten Besatzer waren. Vor allem die Alternative Richtungsgewerkschaft vs. Einheitsgewerkschaft, aber auch die These, ob die Montanmitbestimmung – je nach Perspektive des Betrachters – entweder als Geschenk der Alliierten oder als Diktat der Besatzungsmächte zu betrachten sei, erzielten als politische und wissenschaftliche Streitthemen eine gewisse Aufmerksamkeit. Die von Ingenbleek vorgelegte Arbeit erlaubt nunmehr eingehenden Aufschluss über diese und weitere Fragen, bietet sie doch einen gleichermaßen quellengestützten wie differenzierten Überblick zur Haltung der britischen Besatzungsmacht gegenüber deutschen Gewerkschaften. Geschlossen wird mit der Studie zudem eine empfind-

liche Forschungslücke, die umso deutlicher wird, da vergleichbare Arbeiten zu den weiteren Besatzungszonen bereits seit längerem vorliegen.

Herangezogen wurden von der Autorin insbesondere die Akten der britischen Kontrollkommission und Regierungsakten der Attlee-Bevin Regierung in London, die von der Wissenschaft bislang für Untersuchungen zum Thema kaum genutzt worden sind. Unterteilt ist die Arbeit in fünf systematische Hauptkapitel, in denen zunächst die strukturellen Rahmenbedingungen und die allgemeinen Zielsetzungen britischer Deutschland- und Gewerkschaftspolitik beleuchtet und sodann die Praxis britischer Gewerkschaftspolitik im Hinblick auf die britischen Organisationsstrukturen, auf den gewerkschaftlichen Neubau in der britischen Besatzungszone und auf die den Gewerkschaften zugewiesenen Funktionen behandelt werden. Überzeugend wird von Ingenbleek gezeigt, dass die britische Gewerkschaftspolitik ungeachtet frühzeitiger Planung und Positionierung sowie einer hohen Aufmerksamkeit, die der künftigen Rolle von Gewerkschaften beigemessen wurde, nicht auf eine einfache Übertragung des eigenen nationalen Modells auf die britische Besatzungszone zielte. Allein schon aufgrund der unterschiedlichen Strukturen – in Großbritannien war die Kohleindustrie verstaatlicht worden – verboten sich einfache Analogieschlüsse. Hinzu kam, dass die Vielzahl der zu vereinbarenden Interessen – so etwa die Abstimmungen mit den weiteren Besatzungsmächten, aber auch die heterogenen Strukturen innerhalb der Militärverwaltung des Vereinigten Königreichs – zu komplexen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen führten. Zu den von Ingenbleek herausgearbeiteten Charakteristika zählt die zentrale Rolle der von ehemaligen Mitarbeitern Ernest Bevins dominierten „Manpower Division“ für die britische Gewerkschaftspolitik in Deutschland, die aber durch die erheblichen Unterschiede in der lokalen Praxis der britischen Besatzung gegenüber Gewerkschaften kontrastiert wurde. Dem von britischer Seite grundsätzlich favorisierten Industrieverbandsprinzip standen nicht zuletzt vielfältige Neuordnungsvorstellungen der deutschen Gewerkschafter gegenüber. Zu den detailliert dargelegten Merkmalen britischer Gewerkschaftspolitik zählt auch der breite Aufgaben- und Funktionskatalog, der den Gewerkschaften zugewiesen wurde, ohne dass ihnen jedoch zunächst umfassendere Mitbestimmungsrechte eingeräumt wurden. Und schließlich ist auch anzuführen, dass die Eindämmung des Einflusses kommunistisch dominierter Betriebsräte eine wichtige Zielsetzung darstellte, ohne dass die dabei zum Tragen kommenden Mittel notwendigerweise kategorisch vorgegeben wurden.

Mit diesen und zahlreichen weiteren Detailergebnissen legt Anja Ingenbleek eine gleichermaßen materialreiche wie analysefreudige Studie vor, die einen differenzierten Einblick in Leitbilder und Praktiken britischer Gewerkschaftspolitik bietet und dabei zeigt, wie komplex die Strukturen waren, die letztlich auch den Grundstein für die paritätische Unternehmensmitbestimmung im Feld von Kohle und Stahl legten.

Bochum

JÜRGEN MITTAG

ASTRID MIGNON KIRCHHOF: *Das Dienstfräulein auf dem Bahnhof. Frauen im öffentlichen Raum im Blick der Berliner Bahnhofsmision 1894–1939* (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 11). Steiner, Stuttgart 2011, 274 S. (22 Abb.), 52,00 €.

Die Dissertationsschrift von Astrid Mignon Kirchof befasst sich mit der Geschichte der evangelischen Bahnhofsmision in Berlin. Die 1894 erstmals aufgenommene soziale Arbeit wird bis zu ihrem im Nationalsozialismus erzwungenen Ende 1939 verfolgt. Zur Analyse verwendet die Autorin das relationale Raumkonzept der Soziologin Martina Löw und stellt die Frage, „welche Frauen in den bahnhofsmisionarischen Räumen (Handlungs-)Räume hatten“ und wie die Frauen ihre Räume konstituierten, abgrenzten und verteidigten (S. 25). Sie verbindet damit Stadt- und Urbanisierungsgeschichte mit der Diakonie- und Wohlfahrtsgeschichte. Sie verweist allerdings darauf, dass nach rund 40-jähriger Aktivität der Berliner Bahnhofsmision nur rund 15 Prozent der zuwandernden



Personen deren Hilfeleistungen in Anspruch nahmen. Dies limitierte den Handlungsraum der in der Bahnhofsmision meist ehrenamtlich sozial engagierten Frauen im öffentlichen Raum der Stadt.

Die Raumkonstitution betraf vor allem die Handlungsräume der Bahnhofsmisionarinnen, die sich im öffentlichen Raum am Bahnhof in ihrer praktischen Arbeit mit anderen Instanzen wie der Polizei oder dem Innenministerium vernetzen mussten. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden wie dem Deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels oder dem Verein Wohlfahrt der weiblichen Jugend, der als Trägerverein der Bahnhofsmision agierte, band diese in ein Netz fürsorgerischer Betreuung ein. Seit 1935 trat hier zudem die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt mit eigenen Bahnhofsdiensten in das Netzwerk ein und legte die Arbeit der konfessionellen Dienste bis zum Kriegsbeginn lahm.

In der bahnhofsmisionarischen Arbeit agierten großbürgerliche und adelige Frauen in den Vereinen und Verbänden sowie bürgerliche und kleinbürgerliche Frauen in der praktischen fürsorgerischen Tätigkeit mit Hilfe des Konzepts der „Gefährdeten“, das wesentlich auf junge wandernde Frauen der Unterschicht zielte. Deren Betreuung ermöglichte den fürsorgerisch tätigen Frauen die Konstitution des eigenen bahnhofsmisionarischen Handlungsraums. Die vermeintliche Gefährdung durch Prostitution spielte darin eine zentrale Rolle. „Das öffentliche Auftreten der Bahnhofsmisionarinnen wurde durch die vorgebliche Geschlechtslosigkeit und sexuelle Nicht-Verfügbarkeit möglich, was durch eine in Ansätzen vorhandene christliche Uniformierung der Bahnhofsmisionarinnen umgesetzt wurde und durch den kirchlichen Rahmen abgesichert war.“ (S. 17) Doch blieben sie dabei als Frauen im Sinne eines zeitgenössischen Weiblichkeitsbildes der „Mütterlichkeit als Beruf“ sichtbar.

Die Arbeit leistet eine umfassende Verbandsgeschichte der Berliner Bahnhofsmision einschließlich der Biografien der zentralen Protagonistinnen (Gertrud Müller und Theodora Reineck) und hängt diese in eine historische Beschreibung des städtischen wie sozialen bzw. wohlfahrtspflegerischen Kontextes auf. Sie ist informativ und liest sich flüssig. Ein kritischer Eindruck sei jedoch nicht verschwiegen. Das Raumkonzept erscheint in mehreren Hinsichten als Passepartout bisheriger sozialgeschichtlicher oder organisationssoziologischer Betrachtungen. Die Weite des Feldes, die es in dieser Hinsicht auslotet, erscheint einerseits als Vorteil und andererseits als Nachteil. Denn die Diskrepanz zwischen einem z. B. durch Plakataufhängung in 800 Bahnhöfen beanspruchten öffentlichen Raum zwischen Stadt und Provinz und der faktisch begrenzten Tätigkeit an Bahnhöfen mit einer geringen Dauerhaftigkeit und Flüchtigkeit der Hilfeleistung in Einzelfällen scheint in den konkreten historischen Rekonstruktionen immer wieder auf. So handelte es sich um die Jahrhundertwende um fünf festangestellte Frauen und rund 50 Helferinnen, ein Verhältnis, das sich im Sinne einer Professionalisierung der Arbeit bis 1925 auf 18 Festangestellte und 35 freiwillige Helferinnen der Berliner Bahnhofsmision verschob (S. 73 f.). Die geringe Repräsentativität dieser faktisch kleinen Zahl beteiligter Frauen lässt doch vorsichtiger argumentieren. Nicht umsonst nimmt die Beschreibung der Öffentlichkeitsarbeit und Werbetätigkeit der Bahnhofsmision einen wichtigen Platz in der Darstellung ein, denn nicht nur die notwendige begleitende mediale Raumkonstitution drückt sich darin aus, auch die Frage der möglichen Überschätzung der Bahnhofsmision als eine Art Propagandarie liegt darin verborgen. Auch wenn Astrid Mignon Kirchhof dieser Frage nicht nachgeht, stellt ihr Buch eine lesenswerte und anregende Darstellung der Berliner Bahnhofsmision unter dem Aspekt der Konstitution von Handlungsräumen für Frauen dar.

Berlin

UWE KAMINSKY

KLAUS LATZEL/FRANKA MAUBACH/SILKE SATJUKOW (Hg.): *Soldatinnen. Gewalt und Geschlecht im Krieg vom Mittelalter bis heute* (Krieg in der Geschichte 60). Schöningh, Paderborn u. a. 2011, 486 S. (15 Abb., 5 Tab.), 58,00 €.

Frauen im Krieg – dieses Thema hat bereits in vielfacher Weise die Aufmerksamkeit von Historikern/innen auf sich gezogen. Umfassende historische Analysen bezogen sich zunächst vornehmlich auf

Frauen als zivile Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen, Krankenschwestern des Roten Kreuzes oder auch als Mitglieder frühneuzeitlicher Trosse. Der vorliegende Sammelband, der auf die Tagung „Soldatinnen. Gewalt und Geschlecht im Krieg vom Mittelalter bis heute“ zurückgeht, die 2008 in Jena stattfand, ist hingegen Teil eines Perspektivenwechsels, der Frauen stärker als Kämpferinnen bzw. als Soldatinnen in den Fokus nimmt. Ziel des chronologisch angelegten Sammelbandes ist es, den Einsatz von Frauen als Kombattantinnen in diversen Kriegen zu dokumentieren und zu analysieren. Mit diesem Fokus soll, wie die Herausgeber in ihrem informativen, einleitenden Beitrag argumentieren, die immer noch wirkungsmächtige diskursive Unterteilung von männlicher Verletzungsmacht und weiblicher Verletzungsoffenheit im Krieg kritisch hinterfragt werden. In diesem Sinne eröffnen die Herausgeber drei Untersuchungsfelder, die es ermöglichen, sich dem Einsatz von Soldatinnen im Krieg systematisch zu nähern: Die (Selbst)Mobilisierung von Frauen für den Kriegseinsatz, die unterschiedlichen Betätigungsfelder, die Frauen in verschiedenen Kriegseinsätzen offenstanden, sowie die schon während oder nach dem Krieg erfolgende Demobilisierung von Soldatinnen.

Mit einigen wenigen Ausnahmen geht ein Großteil der insgesamt 19 Beiträge auf diese drei Untersuchungsfelder ein und fördert wichtige Ergebnisse zutage. Im Hinblick auf die Mobilisierung und Selbstmobilisierung von Soldatinnen belegen die einzelnen Beiträge eine Vielzahl von Gründen, die Frauen dazu bewegten, sich freiwillig zum Kriegseinsatz zu melden. Neben emanzipatorischen Motiven, die Nicola Spakowski für die Frauen der kommunistischen Revolution Chinas herausarbeitet, zählte für die Frauen der jugoslawischen Befreiungsarmee, die Barbara N. Wiesinger analysiert, das Verlangen nach Selbstschutz und Rache zu den Hauptgründen. Die Soldatinnen der Roten Armee folgten hingegen auch, wie Beate Fieseler zeigt, patriotischen Beweggründen.

Mit Blick auf das zweite Untersuchungsfeld zeigt der Sammelband ferner, dass der Einsatz von Frauen tradierte Geschlechterrollen verwischte und diese Grenzüberschreitungen immer auch einer Legitimation bedurften. Die Beiträge von Valentina Denzel und Marian Füssel verdeutlichen den rhetorischen Aufwand, den Chronisten im Europa des 17. und 18. Jh.s betrieben, um den Einsatz von bewaffneten Kämpferinnen einzuordnen und zu legitimieren. Darüber hinaus belegen Beate Fieselers Analyse der Roten Armee oder auch Rita Schäfers Diskussion des Unabhängigkeitskrieges in Simbabwe, dass der Einsatz von Kämpferinnen nicht immer dazu führen musste, die Vorstellung von Krieg und Militär als männliches Betätigungsfeld ganz in Frage zu stellen. Obwohl Frauen Bomber und Sturmgewehre bedienten, wurde der Kampfeinsatz mit der Waffe an vorderster Front, wie Urte Everts zeigt, immer noch als männliches Hoheitsgebiet deklariert.

Trotz der zahlreichen Fälle, in denen Frauen als Kämpferinnen an Kriegen beteiligt waren, verdeutlicht der Sammelband interessante Kontinuitäten im Hinblick auf die Demobilisierung von Frauen. Nur wenige wurden zu Heldinnen wie Jeanne d'Arc stilisiert, deren Mythos Gerd Krumeich in seinem Aufsatz nachvollzieht. Die wenigen Beiträge, die die Demobilisierung von Frauen diskutieren, verweisen auf einen *gendered* Prozess des Erinnerns. So zeigt Jutta Schwarzkopf, dass der Einsatz britischer Frauen im Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang aus dem kollektiven Gedächtnis des Landes ausgeschlossen wurde, während man sich an die Taten männlicher Soldaten erinnerte und sie feierte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es Klaus Latzel, Franka Maubach und Silke Satjukow gelungen ist, einen äußerst informativen und kohärenten Sammelband herauszugeben, der die vielseitigen Einsätze von Frauen als Soldatinnen in der Geschichte sichtbar macht. Zu bemängeln wäre, dass sich trotz des zeitlich breit angelegten Titels die meisten Beiträge auf das 17. und 18. Jh. und auf die 1940er Jahre konzentrieren. Andere Epochen – insbesondere das Mittelalter – kommen hierbei zu kurz. Jedoch erlaubt es gerade diese Beschränkung, transnationale Vergleiche zwischen verschiedenen politischen und kulturellen Systemen zu ziehen und Ähnlichkeiten sichtbar zu machen.

Chapel Hill, North Carolina

FRIEDERIKE BRÜHÖFENER

HANNES LUDYGA: *Obrigkeitliche Armenfürsorge im deutschen Reich vom Beginn der Frühen Neuzeit bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges (1495–1648)* (Schriften zur Rechtsgeschichte 147). Dunker & Humblot, Berlin 2010, 429 S., 84,00 €.

Die vorliegende Abhandlung, eine juristische Habilitationsschrift, die im Sommersemester 2009 von der Münchner Universität angenommen wurde, greift ein Thema auf, das in der Armutsgeschichte des Alten Reiches eine wesentliche, vielleicht maßstabsetzende Periode abdeckt: die Zeit des Wandels des Armen Denkens und seiner Praxis und der Neukonstituierung der entsprechenden staatlichen und städtischen obrigkeitlichen Strategien.

Die Untersuchung hat mit einer thematischen Grundorientierung (S. 27 ff.), dem Ausgangspunkt Reich – Worms/Lindau (S. 34 ff.), dem armenpolitischen Tun der Städte (Wittenberg, Augsburg, Nürnberg, Leisnig, Straßburg und Ypern) (S. 56 ff.) und wiederum dem Reich (S. 185 ff.) – hier werden die reichspolizeilichen sowie landesrechtlichen Fürsorgeordnungen abgehandelt – einen überschaubaren, wenngleich zu erwartenden Aufbau. Als Appendix, aber durchaus sinnvoll, wirken die Partien über die geschlossene Armenfürsorge (S. 293 ff.) und Sonderregelungen wie Luxus- und Heiratsverbote, Witwen- und Waisenkassen sowie medizinische Fürsorge (S. 333 ff.); das gewichtige Arbeitsfeld „Hexen und Armut/Bettel“ wird leider nicht thematisiert. Ein Quellenverzeichnis, das weiterhilft, eine Literaturliste, die rechtsgeschichtlich interessant, sozialgeschichtlich freilich arg lückenhaft ist, und ein sehr knappes Register (S. 426–433) schließen die Publikation ab.

Aus den Bestimmungen des Reiches seit 1495 ergab sich zunächst die Orientierung auf die Städte, da dort der erste Konzentrationspunkt der Armut lag, aber zugleich die kommunalpolitischen Voraussetzungen zur partiellen Regelung besser waren als in den Territorien. Hier zeigt Ludyga die zentralen Probleme über die jeweiligen Wege der städtischen Armenverwaltungen, der Finanzen, personellen Zugänge zu den Fonds durch die „Bedürftigen“ und die Maßnahmen gegen den Bettel in nahezu gleicher Reihung an und erleichtert damit das Verständnis für die allgemeinen Fragen der städtischen Armenpolitik (Kommunalisierung, Rationalisierung, Bürokratisierung, Pädagogisierung, Umgang mit den Bettlern und Schaffung städtischer Armenordnungen sowie deren Wirkung). Der Bettel von Kindern verschwindet leider unter dem der Erwachsenen.

Mit der Reichspolizeiordnung von 1530 setzten die Aktivitäten der staatlichen Obrigkeiten ein. Hier gibt der Verfasser einen überaus nützlichen Einblick in die rechtsverbindlichen Strategien, die in einzelnen Territorien entwickelt wurden und die die Grundlagen für die diesbezüglichen Nachfolge-Ordnungen bzw. die praktischen Umsetzungen abgaben. Zugleich macht er deutlich, dass es gegenseitige Absprachen zwischen den Obrigkeiten in Städten und Territorien gab, wie man mit den „guten“ und den „unwürdigen“ Armen umzugehen habe, die sich u. a. auf eigene Erfahrungen und auf solche Impulsgeber wie Geiler, Luther, Bugenhagen, Vives, Linck u. a. stützen konnten. So liegt der Wert der Abhandlung vorrangig im Bereich der Rechtsgeschichte. Das besagt aber der Titel der Schrift nicht; er suggeriert vielmehr Realitäten, und die Darstellung lässt vielfach den gleichen Sachverhalt erkennen. Der rechtsgeschichtliche Rahmen ist für die sozialgeschichtliche Forschung unabdingbar. Ebenso sollte das Bemühen des Rechtshistorikers darauf gerichtet sein, einen bestimmten Level an Wirklichkeiten zu beachten, sofern er so vorgeht, wie der Verfasser. Das wäre durch die Beachtung des sozialgeschichtlichen Forschungsniveaus durchaus möglich gewesen. Doch der Rezensent vermisst wichtige Arbeiten, die bereits vor 2009 benutzbar waren: Die Habilitationsschriften von G. Ammerer, M. Scheutz, K. Simon-Muscheid und E. Schlenkrich; Maßgebliches von A. Gestrich, L. Raphael, St. Oehmig, H. Lück, G. Jaritz, S. Schmidt, F. Irsigler, R. Voltmer, U. Sträter, H. Stekl, Cl. Sedmak, A. St. Weiß, F. Hatje, M. Montanari, F. Weinforth, H. Schnabel-Schüle, H. Neuhaus etc. etc. etc.

Und so bleibt ein recht zwiespältiger Eindruck: Mit dem Titel „Rechtsrahmen der obrigkeitlichen Armenfürsorge...“ und der inhaltlichen Ausrichtung auf dieses Phänomen wäre die Schrift klarer in die Forschungslandschaft einzubinden gewesen.

Leipzig

HELMUT BRÄUER

MONICA NEVE: *Sold! Advertising and the Bourgeois Female Consumer in Munich, 1900–1914* (Studien zur Geschichte des Alltags 28). Steiner, Stuttgart 2010, 257 S. (47 Abb.), 56,00 €.

Die Studie nimmt ihren Ausgangspunkt bei der Bedeutung des Konsums in westlichen Gesellschaften: Von der Kaufsucht bis zum „Habenwollen“ (Ullrich) gruppieren sich Ratgeber und wissenschaftliche Untersuchungen um das Einkaufen. Die im Jahr 2008 an der Universität Konstanz angenommene Dissertation fragt daher nach der historischen Kontur der Konsumgesellschaft, insbesondere nach dem Kaufen lernen und nach der Feminisierung des Konsums. Zur Beantwortung konzentriert sie sich auf die entscheidenden Jahre zu Beginn des 20. Jh.s, in denen durch intensivierete Werbestrategien, neue Konsumorte und neue Konsumformen die bürgerliche Käuferin auf spezifische Weise „erfunden“ wurde.

Zeitraum und Ort der Untersuchung bestimmen sich durch den gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung Münchens um 1900. Die Lokalstudie reiht sich in jene Untersuchungen ein, die für die Vorgeschichte der Massenkonsumgesellschaft die prägenden Jahre um die Jahrhundertwende herausstellen. Die „prehistory of German mass consumption“ (S. 13) markiert gleichermaßen den Ausgangspunkt und den Gegenstand der Studie. Neben Annoncen in Tageszeitungen nutzt die Autorin archivalische Quellen der Firmen Loden-Frey und Roeckl (als traditionelle Textilfachgeschäfte) sowie Warenhaus Tietz und Kaufhaus Oberpoldingen (als Orte eines neuen Einkaufsvergnügens). Im Zentrum der Observation der medialen Aufbereitungen der Konsumkultur stehen somit die Konfektionsindustrie und ihre Distribution. Dieser Konzentration auf den in seiner Spezifik meist vernachlässigten Konsum der Mode kommt in konsumhistorischer Perspektive seismographische Qualität zu. Es war klug, das Material auf diese vier Firmen kontrastiv zu beschränken, denn diese Konzentration erlaubt eine Dichte, die erstens überzeugt und zweitens hinreißendes Abbildungsmaterial bereithält.

Methodisch sieht sich die Autorin einem kulturhistorischen Ansatz verpflichtet, den sie auf eine „actor-oriented perspective“ und auf die bürgerliche Konsumentin als Akteurin zuspitzt (S. 12). Der argumentative Begründungszusammenhang der Akteursperspektive bezieht sich auf die Prämisse der Konsumentin als interpretativer Instanz, die aus den Narrativen der Verkaufsförderung spezifische Facetten der Ideale, Images und Informationen auswählt. Die rekonstruktive Zugangsweise fragt anhand des Werbematerials detailliert, wie Frauen mit dem Konsumieren verbunden und zum Kaufen verführt und welche Vermutungen über den Konsumentinnencharakter geäußert wurden. Die Anschauungen der sich etablierenden Werbeindustrie und die damit einhergehende Moralisierung des Konsums werden konsequent mit kulturellem geschlechterbasierten Handeln in Beziehung gesetzt sowie in die urbanen Dimensionen einer Bühne modischer Selbstdarstellungen eingebettet.

Werbeposter und Werbetexte, so resümiert Neve, spiegeln nicht einfach die existierenden Geschlechterstereotypen, sondern die Werbeimagerie ist aktiv an der symbolischen Konstruktion der Geschlechteridentitäten beteiligt. Die Narrative weiblichen Konsumverhaltens akzentuieren einerseits den verantwortungsvollen Konsum in Bezug auf Haushalt und Familie und andererseits das Einkaufen als Vergnügen und Verschönerungsinstrument. Das Verlangen nach schönen Dingen wird insbesondere in den Werbestrategien der Kauf- und Warenhäuser als weibliches Charakteristikum manifest.

Deutlich wird in der Untersuchung, wie die Entwicklung der Marketinginstrumente mit den Sichtbarkeitsstrategien im modernen sozialen Leben einherging. Normen und Ziele der Werbeindustrie wurden bestimmt durch das Projekt eines modischen weiblichen Selbst. Neve kann daher zeigen, wie geschickt die Werbebotschaften die Pflicht der häuslichen Reproduktionsarbeit als Vehikel der vergnüglichen Freizeitbeschäftigung nutzten und wie den bürgerlichen Frauen ein bipolares Betätigungsfeld zwischen Pflicht und Vergnügen, zwischen Verantwortung und Begehren, zwischen Sparsamkeit und Verschwendung offeriert wurde.

Die Studie ist gut gegliedert, geht souverän mit der Literatur und dem Quellenmaterial um. Sie erlaubt einen disziplinierten Zugriff auf den internationalen Forschungsstand; das ist ein Verdienst und eine Stärke. Zugleich eröffnet sie Fragen und Perspektiven auf den Stellenwert der Lokalstudie im internationalen Kontext. Einzelne (resümierende) Aussagen der Münchener Studie werden durch Verweise auf englische, australische und US-amerikanische Sekundärliteratur gestützt. Das ist eben-

so reizvoll wie bedenkenswert. Konsequenterweise wäre zu reflektieren, ob mit der Globalisierung um 1900 auch Muster geschlechterspezifischen Verhaltens „globalisiert“ wurden. Wenn das so wäre, dass „culturally and socially determined patterns of behaviour“ (S. 31) in der westlichen ökonomischen Welt um 1900 international verbindlich wurden, sollte es dann nicht explizit thematisiert werden? Es gibt Indizien für die Lesart einer globalen bürgerlichen Feminisierung des Konsums, die sich etwa auch an den internationalen Verflechtungen und Vereinigungen weißer bürgerlicher Konsumentinnen zeigt. Gerade im Hinblick auf den Modekonsum gibt es um 1900 jedoch Unterschiede zwischen Paris, New York, Sydney, London und München. Die Erträge der Untersuchung in zentralen Punkten mit internationalen Sekundärstudien parallelisiert, eröffnen daher im Anschluss anregende Fragen. Als Dissertation ist die Studie in Aufbau, Darstellung und Materialaufbereitung erfreulich.

Dortmund

GUDRUN M. KÖNIG

CORDULA NOLTE: *Frauen und Männer in der Gesellschaft des Mittelalters* (Geschichte kompakt). WBG, Darmstadt 2011, 138 S., 14,90 €.

Als im Jahre 2010 ein mit großem Aufwand produzierter Film über Hildegard von Bingen in die Kinos kam, stieß er auf breite Ablehnung. Kein Wunder, denn das dort visualisierte Problemverständnis von einem völlig der Männermacht unterworfenen weiblichen Dasein im Mittelalter, dessen Schranken nur die Titelheldin überwand, entspricht inzwischen nicht mehr verbreiteten Phantasien und Rezeptionsbedürfnissen. Die Geschlechterforschung hat umfassende Studien vorgelegt, wobei viele der älteren Vorurteile und Projektionen, die im Zusammenhang mit der Frauenbewegung des 19. Jh.s entstanden, widerlegt werden konnten. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse der letzten zwanzig Jahre fehlte bisher. Die knappe Übersicht aus der Feder von Cordula Nolte erfüllt daher ein wichtiges Desiderat. Die Autorin hat die Entwicklung der mediävistischen Genderforschung seit ihrer Studentinnenzeit verfolgt und breit zu entsprechenden Themen publiziert. Sie war bereits an der aus einem Projekt von Werner Affeldt hervorgegangenen, 1990 erschienenen Bibliographie beteiligt. Nolte folgt dem alltagsgeschichtlichen Ansatz von Hans-Werner Goetz, wobei sie interdisziplinär Ergebnisse aus den Natur- wie Kulturwissenschaften berücksichtigt. Der Fokus liegt auf Strukturen des Wandels, die sie durch ihr chronologisch den Phasen der Epoche folgendes Vorgehen besonders akzentuiert. Ihr Buch versteht sie als einen „Baustein“ zu einer eigentlichen „Geschlechtergeschichte des Mittelalters“ (S. 1). Eine solche könne es erst geben, wenn Erkenntnisse über das Männerleben aus einer genderorientierten Perspektive die vergleichende Einordnung der vielfältigen, über Frauen gewonnenen Ergebnisse ermögliche. Dieser Gedanke zieht sich als roter Faden durch das Buch.

Nolte beginnt mit den materiellen Grundlagen des Lebens im Mittelalter: Klima und Umwelt sowie den Deutungen, die Menschen diesen Phänomenen beimaßen. Demographische Angaben, so betont sie, sind im vorstatistischen Zeitalter mit Vorsicht zu betrachten. Doch scheint es weder den von der älteren Forschung behaupteten Frauenüberschuss noch eine häufige Tötung von weiblichen Babys gegeben zu haben. In der Erziehung wurden in den verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche Akzente gesetzt, doch gab es keine grundsätzliche „Missachtung von Mädchen“ (S. 11). Die Frage nach der „Männergewalt“ in Gesellschaft und Familie sei zur Zeit nicht eindeutig zu beantworten, vermutlich waren aber die Lebensrisiken auf beide Geschlechter verteilt. Es folgt die Darstellung der vielfältigen Entwürfe und Leitbilder für Weiblichkeit und Männlichkeit in Kirche und Wissenschaft. Erziehungsschriften zeigen, dass dieselben Ideale und Tugenden für weibliche wie männliche Mitglieder adeliger Familien als Orientierung galten. Die heute viel vertretene These Laqueurs, es habe während der Vormoderne ein „Eingeschlechtermodell“ bestanden, bestätigt Nolte zwar für den medizinischen Diskurs, relativiert sie aber für das Alltagsverständnis, denn „sie blendet [...] die überwiegenden Aussagen zur Zweigeschlechtlichkeit aus“ (S. 43). Das zentrale

Kapitel widmet sich den Tätigkeiten in Familie und Arbeitswelt. Trotz der Dominanz des Ehemannes über seine Frau sei von einer beiderseitigen Angewiesenheit aufeinander auszugehen. An dem klassischen und in der Tat ungemein aussagekräftigen Beispiel des Burkard Zink erläutert Nolte die Kooperation des städtischen Arbeitspaares. Die Basis der Ehegemeinschaft war in der Regel nicht durch einen „Beruf“ in getrennten Welten von Öffentlichkeit bzw. Privatheit, sondern durch eine Kombination verschiedener Tätigkeiten in durchlässigen Räumen gekennzeichnet; nur wenige Orte waren ganz dem einen oder anderen Geschlecht zugeordnet. Jenseits der Ehe gab es andere Vergemeinschaftungsweisen wie Freundschaft sowie klösterlich zölibatäre Lebensformen. Gerade in dem Bereich der Frömmigkeit und des religiösen Alltags finden sich analoge Konzepte; so galten etwa die Modelle von Heiligkeit für Männer wie Frauen. Am Schluss stehen Überlegungen zur Herrschaftsausübung. Zwar gab es einen grundsätzlichen Führungsanspruch des Mannes, doch wurde Macht im familiären Kontext ausgeübt, wobei es von der Persönlichkeit der Frau abhing, wieweit sie eigene Ansprüche realisieren konnte.

Das vorliegende Werk besticht durch eine umfassende Literaturkenntnis und eine souveräne, unaufgeregte Art, den umfangreichen Stoff zu bündeln und zu präsentieren. Es verzichtet auf die in der Genderforschung oft anzutreffende Übertheoretisierung und wählt einen verständlichen, lebendigen Stil der Darstellung; einige eingebaute Quellenbeispiele illustrieren die differenzierte Argumentation. Wünschenswert wären eine Erweiterung auf Islam und Judentum sowie ein Blick über Europa hinaus.

Flensburg/Berlin

BEA LUNDT

PÄIVI RÄISÄNEN: *Ketzer im Dorf. Visitationsverfahren, Täuferbekämpfung und lokale Handlungsmuster im frühneuzeitlichen Württemberg* (Konflikte und Kultur 21). UVK, Konstanz 2011, 369 S., 34,00 €.

Wenn eine Finnin in Göttingen über württembergische Täufer promoviert wird, weckt dies zunächst die (unbefriedigte) außerwissenschaftliche Neugier nach dem Warum? und dem Entstehungskontext dieser Arbeit. Mit der Lektüre werden die Gedanken allerdings schnell auf den Gegenstand – die Täuferpolitik sowie die Produktion von Bildern und Identitäten von Täufern und Obrigkeiten im Rahmen von Visitationen im Württemberg des 16. und frühen 17. Jh.s – diszipliniert. Räisänen zielt auf eine Verquickung der unterschiedlichen Perspektiven und Vorarbeiten aus Täufer-, Konfessionalisierungs-, Policy- und Visitationsforschung sowie neueren Arbeiten zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Integration der Täufer zu einer Gesamtdeutung. So will sie sowohl Ansätze erstens für eine Kulturgeschichte der Visitation und zweitens für eine der Täufer erarbeiten (S. 323). Sie baut ihren Text klassisch auf: Sie beschreibt den historisch-räumlichen Kontext ihres Gegenstandes (Kap. 2), befragt Täuferordnungen als normative Quellen auf ihre Qualität als Träger und Schöpfer von Täuferbildern hin (Kap. 3) und analysiert in den Kapiteln 4 bis 6 das Handeln der Akteure – Visitatoren, lokale Geistlichkeit und Vorgeladene – im Visitationsverfahren.

Räisänen versteht Visitationen als kommunikative Verfahren, die einen direkten Kontakt zwischen den beteiligten Gruppen und damit die Möglichkeit zum Aushandeln von Kategorien boten. So unterlagen die jeweiligen konfessionellen Identitäten einem Wechselspiel von (obrigkeitlicher) Fremdzuschreibung und Reaktionen von Seiten der betroffenen Gruppe. „Täufer“ bezeichnete somit kein eindeutiges Bild, sondern einen Diskussionsgegenstand auf allen gesellschaftlichen Ebenen und Projektionsflächen für die Herausbildung anderer konfessioneller Identitäten. Die in Visitationen verhandelten Kriterien für Nonkonformismus und Devianz konnten abhängig von einer Fülle an Faktoren variieren: nach sozialen, politischen, religiösen, aber auch gänzlich banalen Elementen sowie individuellen Persönlichkeiten. Das überlieferte Schriftgut hat seine primäre Aussagekraft demnach für Argumentationsweisen, Handlungsoptionen und das Auftreten der beteiligten Personen

und weniger als Quelle für tatsächliche Verhältnisse am Ort. Räsänen zeigt anhand der württembergischen Täufer auf, dass erstens Kategorien nicht nur in ihrer Entstehung, sondern immer wieder aufs Neue spezifischen Bedingungen unterliegen und zweitens sich ihre Inhalte kontinuierlich verändern.

Sorgfältig verschränkt Räsänen immer wieder ihre Empirie mit Theorie und Ergebnissen anderer Mikrostudien – insbesondere die Arbeiten Antje Flüchters und David Sabeans dienen ihr als Referenz und Inspiration. Empfehlenswert ist diese Studie als Muster für eine Qualifikationsarbeit; darüber hinaus bieten sich, auch dank des klaren, zielstrebigem Aufbaus, problemorientierte (Teil) Lektüren an. Im besten Sinne liegt hier Arbeitsmaterial vor; lohnenswert wäre etwa eine Fortführung des Konzepts „Visitation als Spiel“ (S. 15). Gleichfalls ist über die Visitationsforschung hinaus ein Dialog unausweichlich, der die „Doppelrolle“ der protestantischen und katholisch-geistlichen Landesherren als zugleich weltliche und spirituelle Häupter ihrer Territorien untersucht. Die Verbindung des kirchlichen Verfahrens mit politischen Interessen (S. 53) hat auch in anderen Visitationsvorgängen Entsprechungen und ist nicht allein als Vereinnahmung durch den sich herausbildenden Staat im Sinne des Konfessionalisierungsparadigmas zu verstehen. Zuletzt zeigt Räsänen, wie religiöse Praxis und Konfessionszugehörigkeit zu Elementen von Identität und damit profan wurden. Gilt also für den individuellen Glauben, was für soziale Kategorien Geltung hat: Auch er ist veränderlich – und bisweilen womöglich nur eine Stellungnahme zu Devianzvorwürfen ohne innere Entsprechung?

Stuttgart

MAREIKE MENNE

HANS GERHARD RISCH: *Der holsteinische Adel im Hochmittelalter. Eine quantitative Untersuchung* (Kieler Werkstücke. Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte 30). Lang, Frankfurt a. M. 2010, 481 S. (26 Abb., 174 Tab., 31 Übersichten), 76,80 €.

Quantitative Methoden finden in der Mediävistik eher selten Anwendung, obwohl ihr Wert unbestritten ist, da mit ihrer Hilfe Fragestellungen auf breiter Grundlage untersucht und übergreifende Strukturen erkannt werden können. Die Basis sind inhaltlich und formal gleichartig strukturierte Informationen in großer Zahl, die v. a. serielle Quellen liefern. Über diese verfügen wir jedoch für das Mittelalter nur in recht geringem Maß, so dass eine quantitative Arbeitsweise oft unmöglich scheint. Einen Ausweg erprobt Hans Gerhard Risch, der am Beispiel des holsteinischen Niederadels demonstriert, wie ein vorhandener Quellenkomplex zu einer entsprechenden Datenbasis transformiert werden kann. Um die Fragen der Binnengliederung und der Faktoren familiärer Entscheidungen mit statistischen Methoden untersuchen zu können, hat er aus den 150 niederadligen Familien Holsteins 50 Familien als repräsentative Stichprobe gewählt, für die 625 Familienmitglieder zwischen 1200 und 1400 belegt sind. Die Informationen über sie, die in gedruckten Urkunden vorliegen, überführt er mittels eines Fragebogens mit insgesamt 1.299 Variablen in gleichartige Datensätze, die mit statistischen Methoden und spezieller Software ausgewertet werden.

Die drei Hauptkapitel widmen sich den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Aspekten adligen Lebens. Zuerst werden – entlang der Zeitachse – Umfang und Strukturen von Empfängern bzw. Verkäufern und von Veräußerungen bzw. Erwerbungen untersucht und die Ergebnisse mit denen anderer Regionen und der Konjunktur in Norddeutschland verglichen. Auf dieser Basis wird die Kategorie des familiären Reichtums konstruiert und ein fünfstufiges Modell entwickelt, demzufolge 20 Prozent der Familien als reich, sechs Prozent als mittelreich und 74 Prozent als arm gelten. Dann werden demographische Faktoren erforscht. Dabei konstatiert Risch eine Konzentration der Macht in Händen des in der zweiten Hälfte des 14. Jh.s kleiner werdenden Kreises von Familien und zeigt, dass ökonomische und familiäre Faktoren den Erwerb des Ritterstatus und Eintritt in den geistlichen Stand in unterschiedlichem Maß bedingten. 30 Prozent der Adligen hatten eine niedrige, 50 Prozent eine mittlere und 20 Prozent eine hohe soziale Position, die als Summe

von Familiengröße, Anteil der Ritter und der Anzahl der Nennungen der jeweiligen Familienmitglieder in Urkunden konstruiert wird. Schließlich analysiert er die Beziehungen der Funktionsträger zum Landesherrn sowie die Konflikte der Adligen und ihre Lehnsbeziehungen. Während v. a. die Funktionsträger meist aus eher machtlosen Familien stammten, gehörten die Männer, die in Konflikte involviert waren, wie auch die, die den Lehnsherrn wechselten, vorwiegend eher mächtigen und großen Familien an. Macht wird als Summe von ökonomischen Ressourcen und gesellschaftlichem Ansehen definiert, wobei knapp die Hälfte der Familien als mächtig bzw. sehr mächtig gelten kann.

Auf der Grundlage der Fragebögen kann Risch für den holsteinischen Adel bislang mittels qualitativer Methoden entwickelte Thesen mit Zahlen belegen bzw. z. T. korrigieren. Das Zahlenmaterial wird dabei meist kritisch beurteilt, Ergebnisse präzise eingeordnet, indem sie mit weiteren Größen in Relation gesetzt oder mit Kontrollgruppen verglichen werden. Dabei scheint er jedoch zuweilen der Versuchung der „Berechenbarkeit“ zu erliegen. Die teils komplexen Rechnungen und exakten Zahlen suggerieren trotz der Hinweise auf die Grenzen des Materials eine Genauigkeit und Gültigkeit, die der Quellenlage nicht immer gerecht werden. So sind etwa bestimmte Zahlen nicht zu ermitteln (z. B. Anzahl der Frauen pro Familie) und Schätzungen notwendig. Die unbekanntenen Abweichungen fließen in die weiteren Berechnungen ein und vervielfältigen sich, ohne beziffert werden zu können. Auch scheinen vereinzelt Ergebnisse eher Scheinrelationen aufzuzeigen. Der Fokus der Arbeit liegt auf der statistischen Auswertung, was dadurch unterstrichen wird, dass die Ergebnisse nicht knapp präsentiert werden, wie es die zahlreichen Tabellen, Grafiken und mathematischen Formeln ermöglicht hätten. Deshalb kommt die Interpretation der durchaus interessanten Ergebnisse etwas kurz, wie auch die Erklärungen manch thematischer Entscheidung. Insgesamt wird aber gerade daran deutlich, wie viel Arbeit ein solcher Ansatz bedeutet und was hier geleistet wurde. Der Band, der einer sorgfältigeren Endkorrektur bedurft hätte, bietet das quantitative Datenmaterial zur weiteren Erforschung des holsteinischen Adels, was eines seiner ausdrücklichen Ziele ist.

Mainz

HEIDRUN OCHS

WALTER RÜEGG (Hg.): *Geschichte der Universität in Europa, Band IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts*. Beck, München 2010, 559 S., 88,00 €.

Mit dem vorzustellenden Band wurde ein wichtiges Referenzwerk der modernen Universitätsgeschichte zum Abschluss gebracht. In Gang gesetzt wurde dieses durch einen Beschluss der Europäischen Rektorenkonferenz im Jahr 1983, woran deren damaliger Generalsekretär Andris Barblan in einem „Epilog“ genannten Schlusskapitel erinnert. Dies geschah zum einen im Zeichen des Ost-West-Konflikts und des Scheiterns der Gründung einer gesamteuropäischen Vereinigung der Universitäten Europas (also unter Einschluss des Ostblocks), zum andern vor dem Hintergrund einer von Barblan so bezeichneten universitären Identitätskrise als Folge der Zersplitterung der damaligen europäischen Hochschullandschaft. Die Revolutionen in Ostmittel- und Osteuropa ab 1989 und die infolgedessen verstärkt voranschreitende europäische Integration veränderten zwar die Rahmenbedingungen des Veröffentlichungsprojekts und führten zu notwendigen Anpassungen, in gewissem Sinne erkenntnisleitend blieb aber das Ziel einer positiven Sinn- bzw. Identitätsstiftung. Dieser Umstand erklärt wohl auch, warum der Band im Hinblick auf die neuesten Entwicklungen in der europäischen Hochschulpolitik, insbesondere den Bologna-Prozess, wenig ergiebig ist; er endet im Wesentlichen Mitte der 1990er Jahre, bezieht also lediglich den Prozess der Wiedervereinigung Europas noch mit ein. Gekennzeichnet ist die Entwicklung nach 1945 durch einen sichtbaren Bedeutungsverlust der europäischen Universitäten innerhalb einer globalen Universitätslandschaft, in der die USA den ersten Rang einnehmen.

Der Band gliedert sich in insgesamt vier Teile: Themen und Grundlagen, Strukturen, Studenten und Wissenschaft. Im ersten Kapitel bietet der Schweizer Soziologe Walter Rüegg einen einführen-



den Überblick zu Themen, Problemen und Erkenntnissen, während im zweiten Kapitel der britische Historiker Guy Neave die Grundlagen der europäischen Universitätslandschaft nach 1945 beschreibt. Das dritte Kapitel ist den Hochschulträgern gewidmet (Walter Rüegg und Jan Sadlak), das vierte dem Management (Geoffrey Lockwood) und das fünfte den Universitätslehrern (Thomas Finckensstaedt, Gründungsdirektor des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung). Mit Lockwood wurde interessanterweise ein international ausgewiesener Vertreter universitären Managements als Autor gewonnen, der u. a. von 1972 bis 1996 Verwaltungsdirektor der Universität Sussex in Brighton war; wohl deshalb sucht man kritische Distanz zum Thema in diesem Beitrag vergebens. Das sechste Kapitel handelt vom Zugang zur Universität (Albert Henry Halsey, Oxford), das siebte vom Studium (Sheldon Rothblatt, Berkeley), das achte von den studentischen Bewegungen (Louis Vos, Löwen) und das neunte vom Berufsweg der Studierenden (Ulrich Teichler, langjähriger Direktor des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung an der Universität Kassel). Auffällig ist in diesem Teil, dass Formen studentischer Selbstorganisation nur in Gestalt letztlich politischer Bewegungen in den Blick genommen werden, das weite Feld des Brauchtums, das es ja keineswegs nur bei den von Vos zu Unrecht pauschal als restaurativ bis rechtslastig eingeschätzten deutschen, österreichischen, niederländischen und belgischen Studentenverbindungen gibt, bzw. der studentischen Geselligkeit bleiben weitgehend außen vor. Das zehnte Kapitel widmet sich den Geisteswissenschaften (Notker Hammerstein, Frankfurt/Main, und Dirk Heirbaut, Gent), das elfte den „Mathematische[n], exakte[n] Wissenschaften“ (John Ziman †, Bristol), das zwölfte der Biologie (Herbert C. Macgregor, Leicester und Exeter), das dreizehnte der Geologie (Gordon Y. Craig und Stuart K. Monro, beide Edinburgh), das vierzehnte der Medizin (John Ellis †, London Hospital) und das fünfzehnte der Technik (Christopher J. H. Watson, Oxford). Es versteht sich eigentlich von selbst, dass aufgrund der begrenzten Seitenzahl (153, davon 44 für alle Geisteswissenschaften) in diesem Teil nur Überblicksdarstellungen geboten werden können, keine wissenschaftsgeschichtlichen Spezialaufsätze.

Die Entwicklungen seit den späten 1990er Jahren werden in Form eines essayistisch angelegten Ausblicks in dem oben bereits erwähnten Epilog-Kapitel abgehandelt, welches den programmatischen Titel *Von der „Universität in Europa“ zu den Universitäten Europas* trägt. Dieses schrieb nicht ein ausgewiesener Bildungshistoriker, sondern der promovierte Politologe Andris Barblan, der sein Berufsleben v. a. in der europäischen Bildungsbürokratie verbrachte und als solcher die Entwicklungen, über die er schreibt, selbst mitgestaltet hat. Wohl deshalb werden die erheblichen Probleme, die der Bologna-Prozess mit sich bringt, in seinen Ausführungen nur verhalten angedeutet, etwa wenn Barblan, wie viele Bildungspolitiker auch, jene mit Mängeln bei der Umsetzung erklärt (S. 501–504), damit aber auch die Verantwortung auf die nationalstaatliche bzw. universitäre Ebene schiebt. Dieser Befund gilt cum grano salis auch für den Herausgeber Walter Rüegg, der in seinem Einleitungskapitel lapidar feststellt, nur die Universitäten würden von dieser Reform profitieren, „die den Bolognaprozeß und andere Elemente der Europäisierung ebenso eigenständig und überlegt auf ihre Umwelt ausrichten, wie es die Vorläufer der amerikanischen Spitzenuniversitäten bei der Übernahme europäischer Modelle taten“ (S. 45). Doch sollen derartige kritische Bemerkungen den hohen Wert dieses mit Gewinn zu lesenden Bandes nicht in Frage stellen. Er legt eine wichtige Basis, auf der die europäisch vergleichende universitätsgeschichtliche Forschung der kommenden Jahre und Jahrzehnte aufbauen kann.

Würzburg

MATTHIAS STICKLER

STEFAN RUPPERT (Hg.): *Lebensalter und Recht. Zur Segmentierung des menschlichen Lebenslaufes durch rechtliche Regelungen seit 1750* (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte 249/Lebensalter und Recht 2). Klostermann, Frankfurt a. M. 2010, XXXIII u. 360 S., 79,00 €.

Entstehungskontext des Bandes ist eine Tagung, organisiert von der wissenschaftlichen Nachwuchsgruppe „Lebensalter und Recht“, die seit 2005 am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsge-

schichte in Frankfurt forscht. Neben der Einleitung des Herausgebers enthält der Band insgesamt 16 Artikel, in drei Abschnitte gegliedert. Der Fokus liegt auf zeithistorischen und gegenwartsbezogenen Themen aus den Bereichen der Rechts- und der Sozialgeschichte. Einen gemeinsamen Rahmen konstituiert das von der Soziologie in den 1960er Jahren entworfene Lebenslaufmodell, das von der Jugend über die Erwerbsbiografie in die Rente führt. Die gesellschaftliche Präsenz dieses „Standardlebenslaufs“ wird für die letzten 250 Jahre angenommen – wobei nicht zu vergessen ist, wie verbreitet bis in die 1950er Jahre davon abweichende Modelle waren: in denen die Jugend von Kinderarbeit und fehlenden Ausbildungschancen geprägt, Erwerbsbiografien brüchig und diskontinuierlich waren, es für viele immer noch keine Rente gab.

Die Phase von „Kindheit und Jugend“ wird im ersten Abschnitt in insgesamt fünf Beiträgen thematisiert. Bei Christian Lange geht es um die öffentliche Kleinkindererziehung in Bayern im 19. Jh. an der Schnittstelle von gesellschaftlichem Engagement und Normierung vor dem Hintergrund eines zeitspezifischen Verwahrlosungsdiskurses. Mit Schwerpunkt auf dem Personenrecht beleuchtet Thilo Engel in einem deutsch-französischen Vergleich den Prozess des zunehmenden Schutzes von Kindern bei gleichzeitiger Einschränkung elterlicher Macht und verstärkter öffentlicher Kontrolle. Andreas Roth zeigt Kinder und Jugendliche sowohl vor dem Zivilgericht als auch vor dem Strafgericht. In Bezug auf Letzteres war das Ausbilden zunächst von Kriterien und später von klaren Altersgrenzen der Strafmündigkeit wesentlich. Tatjana Mill zeichnet im zaristischen Russland den Weg der Ausgliederung von Jugendlichen aus dem Strafsystem nach, indem an die Stelle von Bestrafung erzieherische Maßnahmen und Prävention traten. Sabine Arheidt schließt zeitversetzt und mit Blick auf Deutschland an, indem sie Jugendwohlfahrt und Jugendhilfe zwischen 1961 und 1991 entlang von Regelungen, Entscheidungen und den damit verbundenen Diskussionen untersucht. Ab den 1980er Jahren beobachtet sie eine gewisse Flexibilisierung von Altersgrenzen und eine stärkere Orientierung an Fähigkeiten.

Der Themenabschnitt „Alter“ umfasst sieben Beiträge. Zur Debatte stehen bei Ulrike Haerendel aus vergleichender Perspektive das Rentenalters für Frauen im Kontext der Forderung nach Gleichbehandlung und der Verabschiedung des *male breadwinner*-Modells; bei Dorothea Noll das spezifische Profil der Erwerbsbiografien von Frauen vor dem Hintergrund des Abbruchs oder der Unterbrechung durch Familienarbeit und die damit verknüpfte Diskussion um deren Rentenversicherung. Der Beitrag von Birgit Fastenmayer ist den gesetzlichen Regelungen des Altenteils als spezifische Form des Generationswechsels in der Landwirtschaft von den Diskussionen im Vorfeld des BGB über das Reichserbhofgesetz der NS-Zeit bis in die Nachkriegszeit gewidmet. Altersfiguren und -figurationen sind Inhalt der Artikel von Gerd Göckenjan über den diskursiven Übergang vom Greis zum Rentner sowie von Thomas Küpper über „die Alten“ als Ermittlerinnen und Ermittler in Krimiserien. Den sozialen Umgang mit alten Menschen machen Kathrin Linderer am Beispiel des Heimrechts, das in Deutschland zwischen 1965 und 1975 infolge öffentlicher Kritik an Altenheimen entstanden ist, und Ssoufian Bouchouaf in Bezug auf Altersdiskriminierung vornehmlich in beruflichen Zusammenhängen zum Thema.

Mit Lebenslaufmustern beschäftigen sich schließlich vier Beiträge. Simone Scherger fragt nach deren Wandel ausgehend von familialen Übergängen in der ersten Lebenshälfte – Auszug aus dem Elternhaus, erste Eheschließung, erste Elternschaft – im Sinne von Destandardisierung. Elke Loichinger diskutiert demografische Effekte von familienpolitischen Maßnahmen am Beispiel Schwedens, Helmut Landerer Zugangsbeschränkungen und Schutzbestimmungen für Kinder, Jugendliche und ältere StraßenverkehrsteilnehmerInnen sowie Gerd Hardach schließlich die Einkommensverteilung über die verschiedenen Abschnitte des Lebens hinweg.

Der Band fokussiert damit auf Schutz bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, die über Alter definiert sind, auf Renten- und Existenzsicherung und ist zugleich thematisch breit gestreut. In der Verkoppelung von „Lebensalter und Recht“ stellt sich immer wieder grundsätzlich die Frage, inwieweit das Ziehen fester Altersgrenzen – wie Volljährigkeit und vor allem Pensionsalters – Erleichterung, Transparenz, Demokratisierung bedeutet und inwieweit dadurch Zäsuren zementiert werden, die an individuellen Lebensentwürfen und persönlicher Verfasstheit vorbeigehen. Bemerkenswert ist das in den Beiträgen mehrfach konstatierte Phänomen, dass in Debatten um die Einfüh-

nung neuer (Alters-)Regelungen öfter gar nicht die Betroffenen im Zentrum standen, sondern der Schutz und das Wohl Dritter oder der Gesellschaft insgesamt. Die Abgrenzung gegenüber der Frühen Neuzeit wird an mehreren Stellen strikter als nötig bzw. als sinnvoll gezogen. Ein epochenübergreifender Blick auf „Alter und Recht“ wäre spannend – das wäre dann aber ein neues Projekt.

Wien

MARGARETH LANZINGER

SABINE SCHRATZ: *Das Gift des alten Europa und die Arbeiter der Neuen Welt. Zum amerikanischen Hintergrund der Enzyklika Rerum Novarum (1891)* (Römische Inquisition und Indexkongregation 15). Schöningh, Paderborn u. a. 2011, 562 S., 78,00 €.

Aus dem von Hubert Wolf geleiteten und durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten großen Projekt „Römische Inquisition und Indexkongregation“ (an der Universität Münster) ging die vorliegende Untersuchung zur Vorgeschichte der Sozialenzyklika Rerum Novarum hervor. Wie so oft verrät erst der Untertitel, worum es geht: Die mittlerweile zugänglichen Archivbestände des Vatikans sollen Auskunft darüber geben, ob die Auseinandersetzungen, die in den 1880er Jahren die katholische Kirche der USA bzw. deren Klerus beschäftigten, die schließlich 1891 erschienene Enzyklika veranlassten oder wenigstens deren Vorbereitung beeinflussten.

Die Verfasserin gliedert ihre äußerst umfangreiche Darstellung in vier Abschnitte, indem sie sich zunächst mit den Diskussionen um die „Knights of Labor“ und dann mit Henry George, Edward McGlynn und Richard Burtzell befasst. Da die Rolle der beiden Letztgenannten aber unlösbar mit den Diskussionen um Henry Georges Ideen, v. a. seinem Vorschlag einer „Single Tax“ verbunden ist, besteht das Buch eigentlich aus zwei Teilen. In dem ersten geht es um die umstrittene Bewertung der Knights of Labor, wobei bereits die Herausbildung eines „konservativen“ und eines „liberalen“ Lagers im amerikanischen Episkopat sichtbar wird. Während eine amerikanische (und kanadische) Fraktion in Rom auf ein Verbot drängte und dabei auf der Linie früherer päpstlicher Verlautbarungen auf den Charakter einer Geheimgesellschaft verwies, betonten andere Bischöfe unter der Führung von Gibbons die mangelnde Staats- und Kirchenfeindlichkeit und die Legitimität der organisierten gegenseitigen Hilfe und der Interessenvertretung. Rom folgte (mit dem Verbot der Knights von 1884) zunächst der einen und dann (mit der Aussetzung dieses Verbots im Jahr 1888) der anderen Position. Von dieser Korrektur hin zur Betonung der Koalitionsfreiheit in Rerum Novarum, ja der seitherigen Aufforderung zur Bildung katholischer Verbände, lässt sich eine klare Linie ziehen, so dass in diesem Falle die Ausgangsfrage nach dem Einfluss der amerikanischen Querelen deutlich zu beantworten ist.

Schwieriger liegen die Dinge bei dem weit umfangreicheren zweiten Teil, nämlich der Frage, ob Henry Georges Kritik der Bodenrente und sein Vorschlag, nur diese (als im Vergleich zu Kapital und Arbeit unproduktiv) zu besteuern, als Ablehnung des Privateigentums zu bewerten sei, bzw. tatsächlich so verstanden wurde. Leider hat George in seinem damals einflussreichen Buch (*Progress and Poverty*, 1879) beides vertreten. Obwohl Schratz sich mehrfach auf die Seite derer stellt, die betonen, er habe nur die Konfiszierung der Bodenrente, nicht aber des Bodens gefordert, findet sich, wie sie selbst zeigt (S. 40, 42), in seinem Buch beides an verschiedenen Stellen. Abgesehen von dieser Unklarheit war die Wirkung von Georges Ideen auf die angloamerikanische Diskussion beschränkt, die zunächst um die „Irische Frage“ kreiste. Fast alle Beteiligten tragen irische Namen.

Stärken und Schwächen der vorliegenden Arbeit ergeben sich daraus, dass die Verfasserin die nun gegebene Möglichkeit der Auswertung v. a. vatikanischer Quellen mehr als reichlich genutzt hat. So referiert sie z. B. das (nach ihrer Angabe 54 Druckseiten umfassende) Gutachten des Benediktiners Bernard Smith über Henry Georges Buch ihrerseits auf 34 Seiten, während ihre Darstellung der Ideen des Henry George recht blass ausfällt. Daher ist es auch nicht unerheblich, dass sie, wie viele andere Autoren, Herbert Spencer und William Graham Sumner mit denjenigen Etiketten abtut,

die in der Sekundärliteratur gängig sind. Spencers oder Mills Überlegungen zur Bodenrente geraten gar nicht in den Blick.

Kurzum, es handelt sich um eine im wörtlichen Sinne gewichtige und verlässliche Schilderung der umweghaften Prozesse römischer Meinungs- und Entscheidungsbildung, nicht jedoch um eine Erklärung der intellektuellen Kontroversen, also der Gesellschaftskonzepte der Beteiligten oder gar der entsprechenden transatlantischen Differenzen, z. B. der römischen Amerika-Stereotypen und umgekehrt der amerikanischen Vorstellung von Romanita.

Bayreuth

MICHAEL ZÖLLER

BIRGIT SCHWELLING: *Heimkehr – Erinnerung – Integration. Der Verband der Heimkehrer, die ehemaligen Kriegsgefangenen und die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft* (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Schöningh, Paderborn u. a. 2010, 324 S., 44,90 €.

Die Perspektive des „Nachkriegs“, d. h. der anhaltenden Kriegsfolgen, hat in den letzten Jahren in der Historiographie der Bundesrepublik zunehmend Raum eingenommen. Die lange vertretene These einer reibungslosen Integration der Millionen von Veteranen, Kriegsversehrten, Ausgebombten, Flüchtlingen und Vertriebenen ist mittlerweile einer differenzierteren Analyse gewichen, die die vielfältigen Kosten, massiven Konflikte, wie auch die anhaltenden Defizite dieses Integrationsprozesses betont. Birgit Schwellings verdienstvolle Studie des westdeutschen Verbands der Heimkehrer (VdH) liefert einen weiteren Beitrag zu diesem „verhältnismäßig gelungene[n]“, wenn auch nicht „konfliktfreie[n]“ oder „geräuschlose[n] Integrationsprozess“ (S. 10). Während die Verbände der ehemaligen Berufssoldaten bereits Gegenstand mehrerer Monographien waren, ist dies die erste umfassende organisations- und ideologiegeschichtliche Studie des VdH. Basierend auf dem erstmals umfassend ausgewerteten Verbandsarchiv arbeitet die Autorin überzeugend heraus, wie die vielfältigen gedenkpolitischen Aktivitäten des Verbandes – etwa die Organisation der Kriegsgefangenen-Gedenkwochen in den frühen 1950er Jahren oder auch die Errichtung von nahezu 1.800 lokalen Mahnmahlen – eingebettet waren in eine breitere westdeutsche Erinnerungskultur, die sich auf deutsches Leiden kaprizierte und kategorische Unterschiede wie die zwischen „Kriegsgefangenen“ und „Kriegsverbrechern“ zunehmend verwischte. Darüber hinaus unterstreicht die Autorin die Rolle des VdH in der politischen Bildungsarbeit auch nach der Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen im Jahr 1955. Foren wie die „Mehlemer Diskussionswochen“ beförderten die „Rezivilisierung“ und diskursive Integration der ehemaligen Kriegsgefangenen in die westdeutsche Demokratie. Dies ist auch deswegen bedeutsam, da die Studie ebenso das im VdH bis in die 1960er Jahre durchaus vorhandene Droh- und Konfliktpotential herausstellt, etwa in dem Versuch des Verbandes, die Erfahrung der Weimarer Republik als Drohkulisse in sozialpolitischen Auseinandersetzungen zu mobilisieren. Die politische und symbolische Integration der Kriegsgefangenen bestand demnach in einem längerfristigen, bis in die 1960er Jahre hineinreichenden Aushandlungsprozess, indem der Verband die Grenzen des Sagbaren auslotete, gleichzeitig aber auch immer wieder auf die von der Politik vorgegebenen vergangenheitspolitischen Normen stieß.

Das Verdienst dieser Arbeit besteht darin, in der Historiographie bereits existierende Thesen zu erweitern, weiter zu verfeinern und zumindest partiell zu revidieren, insbesondere im Hinblick auf die Verbandsaktivitäten nach 1955. Die Analyse überzeugt insbesondere dann, wenn es der Autorin gelingt, die vielfältigen Aktivitäten des VdH mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung der frühen Bundesrepublik zu verbinden. An anderen Stellen stößt die verbandszentrierte Perspektive allerdings auch an ihre konzeptionellen Grenzen. So versäumt es die Autorin weitgehend, das Schweigen und die verbandspolitische Abstinenz der ehemaligen Kriegsgefangenen, etwa im Zusammenhang mit der Arbeit der wissenschaftlichen Kommission zur Geschichte der Kriegsgefangenen, weitergehend zu analysieren: Der weitaus größte Teil der ehemaligen Russlandheimkehrer (und erst recht der

Westheimkehrer) war nie im VdH organisiert und entzog sich demnach auch dem durch vielfältige Aktivitäten propagierten Sinnstiftungsangebot des Verbandes. Bei der Analyse dieser offensichtlichen Diskrepanz zwischen öffentlicher und privater Erinnerung wäre eine breitere Rezeption der existierenden Literatur – etwa der Arbeiten von Svenja Goltermann oder auch von Teilen der englischsprachigen Historiographie – möglicherweise hilfreich gewesen. Dies soll jedoch nicht die Verdienste dieser gut recherchierten, elegant konzipierten und zugänglich geschriebenen Monographie schmälern, die einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der politischen Erinnerung und der symbolischen Vergemeinschaftung in der frühen Bundesrepublik liefert.

San Diego

FRANK BIESS

GERD SCHWERHOFF: *Historische Kriminalitätsforschung* (Historische Einführungen 9). Campus, Frankfurt a. M./New York 2011, 234 S., 16,90 €.

Eine Einführung in die Historische Kriminalitätsforschung hat sich der Aufgabe zu stellen, ein sich ständig erweiterndes Arbeitsgebiet für den akademischen Unterricht kompetent und übersichtlich zu präsentieren. Der Verfasser, einer der führenden deutschen Kriminalitätshistoriker, hat eine Arbeit vorgelegt, die an wissenschaftlicher Dichte und darstellerischem Gliederungsgeschick voll überzeugt. Schwerhoff stellt sie in den Kontext eines früheren Forschungsüberblicks und zieht die Linien bis zur aktuellen Diskussion über Themen und Methoden. Der Text enthält Verweise auf 17 Quellen, die über das Internet abrufbar sind. Der Leser gewinnt einen Überblick über „Forschungsfelder und Forschungskonzepte“, „Quellen und Methoden“, „Kriminalität und Recht“, „Kriminalität und Gesellschaft“ und „Kriminalität und Öffentlichkeit“. An diese Kapitel schließen sich Auswahlbibliographie und Register an. Mit Recht stärkt der Verfasser die Argumente für das „Konzept der sozialen Kontrolle“ als Bezugsrahmen für die historische Arbeit an Kriminalitätsthemen. In juristischer Einführung sieht er eine Blockade von Forschungskreativität. Die Erträge dieses relativ neuen Zweigs der modernen Sozialgeschichte lagen bislang auf den Zeitstrecken des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit. Die Darstellung weitet den Blickwinkel und sieht in Forschungen zur „späteren Neuzeit das eigentliche Signum des letzten Jahrzehnts“ (S. 22). So wird z. B. die Darstellung von Tanja Hommen über „Sexuelle Gewalt im Kaiserreich“ in die lange Geschichte von Gewaltkriminalität eingeordnet (S. 134). Auch wird ausführlich auf den innovativen Ansatz von Rebekka Habermas eingegangen, über eine Zergliederung des Strafverfahrens bei Eigentumsdelikten die Mechanismen freizulegen, die um die Mitte des 19. Jh.s die Planken für die Entstehung der modernen Rechtsordnung bildeten (S. 151). Die historische Kriminalitätsforschung, auch hier bilanziert die Arbeit, hat inzwischen zwar die Epochenschwelle zur Neueren Geschichte überwunden, ist aber „in der deutschen Zeitgeschichte noch nicht wirklich angekommen“ (S. 25). Diese Schwachstelle könnte behoben werden, wenn Gegenstände und Zugriffsweisen der Kriminologie stärker in den Blick gerieten. Der Verfasser selbst verweist an mehreren Stellen auf das einschlägige „Kriminologische Wörterbuch“, wo Begriffe wie „Kriminelle Karrieren“ oder „kriminelle Subkultur“ der Ausgangspunkt für weitere historische Forschungen sein könnten (S. 138). Aber auch „Wirtschaftskriminalität“ ist keine Erscheinung unserer Zeit. Historische Kriminalitätsforschung hätte z. B. in den Jahren der Weimarer Republik ein weites Betätigungsfeld.

Der Verfasser hat ein Buch vorgelegt, das auf knappem Raum eine Überfülle von Informationen und Anregungen enthält. Es wird die Geschichtswissenschaft weiterbringen.

Essen

DIRK BLASIUS

STEFANIE WALTHER: *Die (Un-)Ordnung der Ehe. Normen und Praxis ernestinischer Fürstenehen in der Frühen Neuzeit* (Ancien Régime, Aufklärung und Revolution 39). Oldenbourg, München 2010, 421 S. (12 Abb.), 69,80 €.

Stefanie Walthers Untersuchung zu den Ernestinern ist, um es gleich vorwegzunehmen, ein weiterer wichtiger Beitrag zur systematischen Erforschung des hohen Adels. Das Geflecht sozialer und rechtlicher Normen bestimmte nicht nur die Eheschließung, sondern auch das Eheleben. Standesungleiche Ehen, Ehebruch, Bigamie und Scheidung werden anhand einzelner Fallbeispiele diskutiert und aufgezeigt, um damit eine Verbindung zwischen mikrohistorischen Aspekten und einer makrohistorischen Ebene herzustellen und die Vielfalt der ehelichen Praxis zu beleuchten.

Neben dem gesellschaftlichen Status, der Position innerhalb des Familienverbandes und der Geschlechtszugehörigkeit, die wiederum vor allem mit Rang und Alter verbunden ist, sind diese Faktoren innerhalb der unter dem Hochadel subsumierten Reichsfürsten und Reichsgrafen zu beachten.

Nach einem Überblickskapitel zu Forschungsstand und Quellenüberlieferung (S. 11–25) folgen Erklärungsmodelle semantischer Natur zu den Ernestinern als Familienverband, der Ehe als Ordnungsmodell (S. 47–59) und der (Un-)Ordnung der Ehe bei den Ernestinern (S. 75–326). Ein letztes Kapitel widmet sich dann dem Thema „Von der ‚Unordnung‘ zur Umordnung: Gestaltungsspielräume und Handlungsmuster innerhalb der Ehepraxis“ (S. 327–360).

Hervorragend eingearbeitet wird die relevante Literatur und das Gelesene wird im entsprechenden Kontext durchwegs sinnvoll weiterentwickelt. Aber auch die entsprechenden Quellen erfahren eine grundlegende Diskussion und Bewertung, wodurch deren Bedeutung auch für zukünftige Forschungen hervorgehoben wird.

Anhand verschiedener Fallbeispiele zeigt die Autorin dann die entsprechenden Handlungsspielräume der hochadeligen Familienverbände und deren praktische Auswirkungen. Die vorliegende Untersuchung stellt eine kluge Anwendung bekannter historiographischer Methoden auf ein neues Quellengebiet dar und dient auf diese Weise der weiteren Erforschung eines noch immer spannenden und aufarbeitungswürdigen Themas: „Analysen einzelner Familienverbände, wie sie in dieser Studie durchgeführt wurden, setzen an der Basis kollektiver und individueller Verhaltensmuster an und stellen als solches Grundmuster und Referenzquellen für künftige Forschungen zur Verfügung.“ (S. 366 f.)

Wien

BEATRIX BASTL

SIEGRID WESTPHAL/INKEN SCHMIDT-VOGES/ANETTE BAUMANN (Hg.): *Venus und Vulcanus. Ehen und ihre Konflikte in der Frühen Neuzeit* (Bibliothek Altes Reich 6). Oldenbourg, München 2011, 273 S. (11 Abb.), 49,80 €.

Der vorliegende Band stellt den sechsten Band der Reihe ‚Bibliothek Altes Reich‘ dar, der sich folgende Ziele gesetzt hat: – Anregung zur inhaltlichen und methodischen Neuausrichtung der Erforschung des Alten Reichs, – Bündelung der Forschungsdiskussion, – Popularisierung von Fachwissen, – institutionelle Unabhängigkeit.

Um es vorwegzunehmen, scheinen mir die letzten drei Punkte erreicht worden zu sein, während die erste Ausrichtung eigentlich nicht mehr Thema sein sollte, sondern der Forschung inhärent. Wie auch immer: Die drei Herausgeberinnen teilen sich auch das Buch, wobei Anette Baumann den ersten Teil: Eheanbahnung und Partnerwahl (S. 25–88), Inken Schmidt-Voges den zweiten Teil: Bestand- und Krisenphasen in ehelichen Beziehungen in der frühen Neuzeit (S. 89–162) und Siegrid Westphal: Die Auflösung ehelicher Beziehungen in der Frühen Neuzeit (S. 163–241) übernommen hat.

Der Band versteht sich als Überblick von Norm und Praxis quer durch alle Schichten und Konfessionen und dient daher und vor allem den Studierenden, um sich einen schnellen Überblick zu

verschaffen.

So geht es im ersten Teil von Baumann um eine Konkretisierung des Forschungsstandes und der Quellen und dann um Eheanbahnung und Eherwerb (S. 32–48), es folgen die Eheverträge (S. 50–70) und die Hochzeitsfeierlichkeiten sowie die Trauung (S. 71–85).

Im Beitrag von Schmidt-Voges wird innerhalb der Forschungsgeschichte festgehalten: „Von dem Blick auf die Zeiten vor jenem ‚bürgerlichen‘ Ehemodell – dessen hegemonialer Gültigkeitsanspruch just in diesen Jahrzehnten verloren gegangen war – versprach man sich zunächst die Aufdeckung des kulturellen Konstruktionscharakters und der historischen Veränderbarkeit solcher Ehenormen. Zugleich konnte festgestellt werden, dass die eheliche Beziehungspraxis und die Handlungsspielräume der Eheleute weitaus bunter und vielfältiger waren, als dies für die bürgerliche Kultur des späteren 19. Jahrhunderts erschien.“ (S. 100) Der weitere Artikel erstreckt sich über ‚Normative, institutionelle und kulturelle Prägungen des Ehealltags‘ bis zu einem eigenen Kapitel über ‚Konflikte in Bestands- und Krisenphasen im Spiegel von Gerichtsakten‘ (S. 100–160).

Im dritten Teil des Bandes beschäftigt sich Westphal mit der ‚Auflösung ehelicher Beziehungen in der Frühen Neuzeit‘ durch Tod und/oder Scheidung (S. 163–237). „In der Frühen Neuzeit bildete der Tod den Normalfall einer Auflösung einer Ehe. [...] Umso verwunderlicher ist es jedoch, dass sich die frühneuzeitliche Gesellschaft im Umgang mit Witwen schwer tat, insbesondere wenn es um ihren Status, ihren Stellenwert und ihre Rechte ging.“ (S. 233)

Der vorliegende schmale Band wird vor allem von Studienanfängern, aber auch Personen genutzt werden, die an einer Einführung in das komplexe Thema von Erwartungen, Notwendigkeiten und Normen von Ehe interessiert sind. Dass dabei – fast zwangsmäßig – auch die innere Konflikthaftigkeit dieser Lebenspraxis und Lebensnorm zum Ausdruck kommt, wird auch im 21. Jh. niemanden verwundern.

Wien

BEATRIX BASTL

#### D. Wirtschaftsgeschichte

RALF AHRENS/HARALD WIXFORTH (Hg.): *Strukturwandel und Internationalisierung im Bankwesen seit den 1950er Jahren* (Geld und Kapital 10). Steiner, Stuttgart 2010, 214 S., 38,90 €.

Während die historische Forschung über die deutschen Banken im Nationalsozialismus nicht zuletzt dank unternehmensfinanzierter Forschungsprojekte weit fortgeschritten ist, wurde der strukturelle Wandel des Bankwesens seit den 1950er Jahren kaum aus historischer Perspektive erforscht. Dieser von zwei anerkannten Bankhistorikern edierte Sammelband ist ein erster Schritt, um diese große Forschungslücke zu schließen.

Einige der Aufsätze präsentieren die Ergebnisse längerer Forschungsprojekte, die zum Teil noch nicht abgeschlossen sind. Während sich Friederike Sattlers Beitrag über die Anfänge des Investmentsparens an eine bereits veröffentlichte Biographie über den Pionier des Investmentsparens in Deutschland anschließt, betritt die Studie von Ralf Ahrens über die Reform der Dresdner Bank um 1970 thematisches Neuland. Sein Beitrag über die Modernisierung der Organisationsstruktur und des Marketing schließt sich an eine geplante Biographie des Vorstandsvorsitzenden Jürgen Ponto an.

Erfreulicherweise verlässt der Sammelband eine rein nationalstaatliche Perspektive. Mehrere Beiträge zum Wandel des französischen (Laure Quennouelle-Corre), österreichischen (Christian Dirninger) und niederländischen Bankwesens (Joost Jonker) ermöglichen einen Vergleich der deutschen Entwicklungen mit den Entwicklungsprozessen in strukturell vergleichbaren kontinentaleuropäischen Universalbankensystemen.

Harald Wixforths Untersuchung der internationalen Expansionsstrategien der deutschen Großbanken leistet einen ersten wichtigen Beitrag zur Erforschung des Globalisierungsprozesses im

deutschen Kreditsektor, der für die Zeit bis Ende der 1980er Jahre primär als Europäisierungsprozess anzusehen ist. In seiner Studie entwickelt er wichtige thematische und methodische Leitfragen zur Erforschung eines epochalen Prozesses, der von Hans Büschgen (1995) bislang nur aus betriebswirtschaftlich-deskriptiver Perspektive untersucht wurde. Christopher Kobras umfassende Darstellung über die Entwicklung des Amerikageschäfts der Deutschen Bank (2009) ist trotz ihrer Beschränkung auf die Präsenz im *commercial banking* und *investment banking* auf dem amerikanischen Markt ein erster wichtiger Forschungsschritt, dem andere folgen müssen. Eine Verknüpfung der politischen Integrationsgeschichte der EG mit der Unternehmensgeschichte des Banking in den 1980er Jahren erscheint sinnvoll, um die wirtschaftspolitischen Entstehungsbedingungen und die stark erweiterten bankwirtschaftlichen Handlungsspielräume mit ihren Ursachen und ihren strukturellen Tiefenwirkungen zu verstehen. Die 1980er Jahre waren die „Sattelzeit“ der Europäisierung und Globalisierung im deutschen Bankensektor und verdienen daher die künftige Aufmerksamkeit der Forschung.

Bielefeld

CHRISTOPHER KOPPER

FELIX BUTSCHK: *Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2011, XVI u. 616 S. (37 Abb., 113 Tab.), 49,00 €.

Ein neues Buch zu einem bereits ausführlich behandelten Thema kann zwei Funktionen erfüllen: zum einen die Datenbasis erweitern, zum anderen die bereits bekannten Fakten neu interpretieren. Letzteres ist etwa bei der vom Rezensenten vor kurzem vorgestellten Analyse (Reiches Österreich. Fleiß oder Glück – warum geht es uns so gut? Innsbruck/Wien 2011) der Fall, in der versucht wurde, die an sich bekannte Wirtschaftsgeschichte Österreichs unter neuen Gesichtspunkten zu erklären. Darin wird die Entwicklung Österreichs zu einem der reichsten Länder der Welt weniger – wie zuvor – als gesamtstaatlicher Prozess, sondern vielmehr als die Summe mehrerer regionaler Entwicklungen interpretiert, die letztlich – auch dies ist neu – von unterschiedlichen Bevölkerungsdichten bestimmt waren. Ein ähnlicher Versuch, die Wirtschaftsgeschichte Österreichs in einem neuen Licht erscheinen zu lassen, wird in der Einleitung des vorliegenden Bandes mit dem Hinweis auf die Neue Institutionenökonomie zwar angekündigt, will jedoch in der Folge nicht wirklich gelingen. Die kausale Verbindung zwischen einer spezifisch europäischen Institutionenstruktur auf der einen und der modernen Wirtschaftsentwicklung auf der anderen Seite wird zwar behauptet, nicht aber überzeugend dargelegt. Sie vermag weder die innereuropäischen Unterschiede zwischen Westeuropa und dem restlichen Kontinent noch die außereuropäische Erfahrung etwa Japans, Kanadas, der USA oder Australiens zu erklären. Einfach zu sagen, dass die außereuropäischen Industrieländer die europäische Institutionenstruktur übernommen hätten, die bislang weniger industrialisierten Länder der so genannten Dritten Welt jedoch nicht, erscheint etwas zu billig und bedürfte auf jeden Fall einer eingehenden Analyse etwaiger kausaler Beziehungen.

Dies trifft erst recht auf Österreich und seine wirtschaftliche Entwicklung zu. Butscheck beschränkt sich weitgehend auf ein Aneinanderreihen bereits bekannter und lediglich für das 20. Jh. auch neuer Fakten und Tabellen – ohne Versuch, sie vielleicht neu zu interpretieren oder kausal miteinander zu verknüpfen. So wird zwar zu Recht auf die Bedeutung der mittelalterlichen Städtebildung verwiesen – dass diese vielleicht in der gegenüber dem Frühmittelalter weiter entwickelten Arbeitsteilung, in der damit verbundenen höheren Produktivität oder in der Entwicklung eines für die spätere Industrialisierung unentbehrlichen handwerklichen Know-how bestand, bleibt hingegen unerwähnt. Dass für die Bedeutung der Neuen Institutionenökonomie in weiterer Folge vor allem die Zeit des Merkantilismus herangezogen wird, liegt nahe. Allerdings tun sich bei genauerem Hinsehen einige Widersprüche auf wie z. B. die Tatsache, dass die kräftigeren Anzeichen einer frühen Industrialisierung nicht während der relativ aufgeklärten Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte des 18. Jh.s zu beobachten waren, sondern vielmehr während des Vormärz, der in Österreich laut Butscheck von



einer reaktionären Atmosphäre eines spätfеudalen Absolutismus geprägt war. So wuchs etwa die Eisenproduktion zwischen 1750 und 1800 lediglich von 20.000 auf 30.000 t, zwischen 1800 und 1850 hingegen zunächst auf 46.300 (1830) und dann sprunghaft auf 94.800 t (S. 88). Diesem Widerspruch zwischen der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung und den einer solchen wenig förderlichen Institutionen eines Polizeistaates versucht Butschek nicht etwa dadurch zu begegnen, dass er die Theorie in Frage stellt, sondern vielmehr dadurch, dass er „die autonomen Kräfte, die den Industrialisierungsprozess vorantrieben“, entsprechend stärker gewichtet (S. 125). Worin allerdings die autonomen Kräfte des Industrialisierungsprozesses bestanden, bleibt offen – obwohl sich etwa die Nachfrage einer damals auf mehrere hunderttausend Einwohner wachsenden Haupt- und Residenzstadt Wien als Erklärung anbieten würde. Sie wird von Butschek stattdessen bereits für das erst 50.000 Einwohner zählende Wien des 17. Jh.s angesprochen, als die „geballte Nachfrage nach Gütern und Leistungen“ zwar zu einer Belebung der städtischen Wirtschaft führte (S. 58), noch nicht jedoch zu den grundlegenden wirtschaftlichen Umwälzungen, die den Industrialisierungsprozess im 19. Jh. kennzeichneten.

Die Neue Institutionenökonomie vermag auch nicht die regionalen Unterschiede in diesem Prozess zu erklären, weshalb Butschek abermals zu anderen, allerdings ebenso wenig überzeugenden Erklärungsversuchen greift. Wenn er für die vorerst geringe Industrialisierung in Ländern wie Tirol oder Salzburg die mangelnde Ost-West-Verbindung im damaligen Eisenbahnnetz verantwortlich macht, übersieht er das Beispiel des ebenfalls westlich gelegenen Landes Vorarlberg, das sich trotz diesem vermeintlichen Handicap schon früh industrialisierte. Seine diesbezügliche Ausnahmestellung als „Overspill der Schweiz“ zu erklären (S. 111), ist wohl zu einfach und ignoriert die besonderen sozioökonomischen Strukturen einer relativen Übervölkerung, die diesen Teil der Monarchie von anderen unterschied.

Leider werden auch einige der seit Jahren tradierten Gemeinplätze nicht kritisch genug hinterfragt. Beispielsweise geht auch Butschek von einem Mangel an unternehmerischen Persönlichkeiten in Österreich aus, obwohl er dem Land wiederholt und durchaus zu Recht einen positiven Industrialisierungsprozess attestiert. Die zahlreichen Fabrikgründungen weisen einen hohen Anteil heimischer Unternehmer aus und beweisen gleichzeitig, dass es auch am nötigen Gründungskapital – entgegen einem weiteren, gern gepflegten Gemeinplatz – keineswegs mangelte. Entschieden zu weit geht in diesem Zusammenhang die Behauptung, der Mangel an Unternehmern sei auf eine umfangreiche Emigration und Vertreibung von Protestanten im Zuge der Gegenreformation zurückzuführen (S. 63).

Ein weiteres Defizit des vorliegenden Bandes liegt in der mangelnden Gewichtung einzelner Phänomene und ihrer Relevanz für die wirtschaftliche Entwicklung und Strukturen. Auch wenn wir über die Metall- und Salzgewinnung der Frühgeschichte vielleicht mehr wissen als über andere Wirtschaftszweige, blieben sie auch in Österreich neben der überwiegend landwirtschaftlichen Tätigkeit eine Randerscheinung, die weit davon entfernt war – wie Butschek meint –, die Wirtschaft des Landes zu prägen (S. 23). Auch in den späteren Jahrhunderten der frühen Neuzeit war der Bergbau neben den sehr viel umfangreicheren und weit mehr Menschen beschäftigenden Sparten von Handel und Gewerbe zu keiner Zeit in der Lage, „das Rückgrat der nichtlandwirtschaftlichen Produktion im heutigen Bundesgebiet“ zu bilden (S. 65). Ebenso übertrieben erscheint es, schon für die Zeit Karls des Großen anzunehmen, dass „die meisten Grundherrschaften weit über den eigenen Bedarf hinaus produzierten, diese Überschüsse auf Märkten absetzten und auf diese Weise der Geldwirtschaft Impulse verliehen“ (S. 27). Kaum weniger gewagt ist es, aus der Existenz von gerade einmal 13 Wassermühlen eine besondere ökonomische Potenz des Erzbistums Salzburg im Frühmittelalter abzuleiten (S. 28). – Neben all diesen Schwächen, deren Aufzählung fast beliebig erweitert werden könnte, liegen die Stärken des Bandes v. a. in einigen zusätzlichen Informationen, insbesondere in Form zahlreicher statistischer Daten speziell zum 20. Jh., dem allein rund 70 Prozent des Buches gewidmet sind. Somit eignet es sich zwar als Nachschlagewerk, weniger hingegen zur Analyse der österreichischen Wirtschaftsgeschichte.

YOUSSEF CASSIS: *Crises and Opportunities. The Shaping of Modern Finance*. Oxford U. P., Oxford 2011, XVI u. 200 S., 29,99 €.

Seit dem Sommer 2007 erleben wir eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die schon jetzt die historische Forschung maßgeblich beeinflusst hat. Auch das hier zu rezensierende Büchlein von Youssef Cassis, einem durch zahlreiche finanzhistorische Monographien ausgewiesenen Experten, der derzeit Professor am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz ist, trägt zu dieser Literatur bei.

Nach einer kurzen Einleitung beschreibt Cassis in zwei chronologisch geordneten Kapiteln Ursachen, Verlauf und Wirkung von acht Finanzkrisen: die Baring Krise von 1890, die amerikanische Panik von 1907, die Finanzkrise bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die Bankenkrise während der Weltwirtschaftskrise, die Finanzkrisen nach dem Ende des Systems von Bretton Woods, die internationale Schuldenkrise von 1982, die japanische Bankenkrise von 1997/98 sowie die aktuelle Finanzkrise. Auf nur 45 Seiten fasst Cassis die wichtigsten Fakten zu diesen Krisen gekonnt zusammen, wobei er immer auf die aktuelle Forschungsliteratur zurückweist. Jedem Leser, der sich einen schnellen Überblick über eine der behandelten Krisen verschaffen möchte, seien diese beiden Kapitel wärmstens empfohlen.

Die nunmehr bekannten oder in Erinnerung gerufenen Fakten werden in den folgenden fünf Kapiteln, die den innovativen Kern der vorliegenden Monographie ausmachen, verwendet, um die Rolle einzelner Institutionen oder Akteure in Finanzkrisen zu analysieren. Cassis untersucht im Folgenden auf jeweils rund 20 Seiten die Rolle von Banken, Governance, Regulierung, internationaler Kooperation sowie die Machtbalance zwischen Finanzzentren.

Im Hinblick auf Banken geht Cassis drei Fragen nach: Sind große Banken im Verlauf von Krisen zusammengebrochen oder wurden sie regelmäßig gestützt? Folgten auf Finanzkrisen Konsolidierungs- und Konzentrationswellen im Bankenwesen? Wie sah die Erfolgsbilanz von Banken nach Krisen aus? Cassis stellt fest, dass lediglich in drei Krisen (1890, 1931, 2007) Bankenrettungen notwendig waren und folgert daraus, dass Finanzkrisen nicht notwendigerweise mit dem Zusammenbruch von großen Banken einhergehen müssen (S. 54–56). Auch Konsolidierungswellen treten nicht notwendigerweise nach oder während Finanzkrisen auf. Lediglich im Verlauf der deutschen und amerikanischen Bankenkrise von 1931 sowie im Zuge der japanischen Krise von 1997/98 lässt sich eine drastisch zunehmende Konzentration feststellen – im ersten Falle aufgrund des Zusammenbruchs vieler kleiner Banken, im zweiten Falle aufgrund von Großfusionen angeschlagener Großbanken. Hinsichtlich der dritten Frage – der nach der Performanz von Banken nach Krisen – stellt Cassis zunächst und überraschend fest, dass diese Frage bisher systematisch nicht untersucht wurde (S. 65). Dementsprechend fallen seine Ausführungen zu diesem Sachverhalt nur sehr knapp aus.

Auch in den folgenden Kapiteln wirft Cassis einige Fragen auf, die dann anhand der Evidenz aus den acht genannten Krisen untersucht werden. Im Kapitel über das Governance von Finanzinstitutionen fragt Cassis, wer für Entscheidungen verantwortlich war, wem die Banken gehörten und wer die Bankmanager kontrollierte und aus welchen Kreisen sich die Finanzelite rekrutierte.

Im nun folgenden fünften Kapitel wird die Regulierung von Banken und Finanzmärkten in den Mittelpunkt gestellt. Dabei untersucht der Autor zunächst, wie eine Krise gesellschaftspolitisch wahrgenommen wurde und ob revolutionäre Änderungen des Finanzsystems gefordert wurden. Interessanterweise gab es derartige systemverändernde Forderungen lediglich in der „Great Depression“ und während der „Great Recession“. Nun geht es um die Rolle innovativer Finanzprodukte und Finanzintermediäre sowie deren Regulierung. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass in einigen Krisen ein deutlicher Einfluss bestimmter Finanzinnovationen auf die Systemstabilität vorlag (S. 97). Unklar ist laut Cassis auch, ob Regulierung oder Deregulierung immer eine Krisenursache oder Krisenfolge waren. Der Zusammenhang von Krise und regulatorischem Regime wurde vielmehr von anderen – gesellschaftspolitischen – Faktoren beeinflusst (S. 105).

Das sechste Kapitel des Buches ist der internationalen Kooperation von Zentralbanken und internationalen Organisationen gewidmet. Auch hier lässt sich kein allgemeines Muster, sondern vor allem eine den gesamtpolitischen Umständen geschuldete Varianz feststellen. Im abschließenden siebten Kapitel geht Cassis schließlich der Frage nach, inwieweit Finanzkrisen die weltweite Macht-

balance zwischen Finanzinstitutionen, Finanzzentren und Volkswirtschaften verändert haben. Er stellt zwar durchaus einen Zusammenhang fest, merkt aber zutreffend an, dass zwischen einer Finanzkrise und dem Stabwechsel der Weltfinanzherrschaft durchaus mehrere Dekaden vergehen können. Die weltweite Machtbalance dürfte sich somit auch nach der derzeitigen Krise nur langsam nach Asien verschieben.

Kurzum: Cassis ist ein kurzweiliges, flott geschriebenes und sehr informatives Buch gelungen, dass wichtige historische Finanzkrisen in den von der aktuellen Krise determinierten Rahmen einordnet.

Bonn

CARSTEN BURHOP

TOBIAS CRAMER: *Die Rückkehr ins Pharmageschäft. Marktstrategien der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Lateinamerika nach dem Ersten Weltkrieg* (Deutsch-Lateinamerikanische Forschungen 7). WVB, Berlin 2010, 101 S. (9 Abb., 19 Tab.), 14,80 €.

Die moderne Unternehmensgeschichte widmete sich der Erforschung der Zwischenkriegszeit bisher nur vereinzelt. Auch die Internationalisierung deutscher Unternehmen hat erst in den letzten Jahren größere Berücksichtigung in der unternehmenshistorischen Forschung gefunden.

Insofern ist es erfreulich, dass sich Tobias Cramer in seiner vorliegenden Studie über das Pharma-Geschäft der „Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.“ (fortan: Bayer) sowohl der Zeit zwischen den Weltkriegen als auch der Re-Internationalisierung nach dem Ersten Weltkrieg widmet. Die Untersuchung, die weitgehend auf der Diplomarbeit des Autors beruht, bedient sich eines institutionenökonomischen Zugriffs, um die Rückkehr der Bayer-Pharma auf die lateinamerikanischen Schwerpunktmärkte Argentinien, Brasilien und Mexiko nach 1918 zu analysieren.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg steuerte Bayer sein umfangreiches Lateinamerika-Geschäft in Arzneimitteln von seiner New Yorker Niederlassung aus. Nach Kriegsende wurden sämtliche Vermögenswerte der US-amerikanischen Bayer-Gesellschaften konfisziert und an die Firma „Sterling Products Inc.“ aus West Virginia versteigert. Sie erlangte im Zuge der Versteigerung auch die Bayer-Patente und -Warenzeichen für den lateinamerikanischen Raum. Frühzeitig, schon 1919, suchte Sterling indes den Kontakt zum Bayer-Management in Leverkusen. Das US-amerikanische Unternehmen sah sich aufgrund fehlenden technischen Know-hows und eines Mangels an qualifiziertem Personal nicht dazu in der Lage, das ehemalige Bayer-Geschäft mit Aspirin in Lateinamerika erfolgreich weiterzuführen. Nach zähen Verhandlungen kam es im Oktober 1920 zum Abschluss des „Latein-Amerika-Aspirin-Vertrags“ (LAAV). Ziel dieses Vertragswerks war es, das Aspirin-Geschäft in Lateinamerika unter dem Warenzeichen „Aspirin“, der Wortmarke „Bayer“ und dem „Bayer-Kreuz“ großzügig auszuwerten. Die Ware sollte von Leverkusen aus geliefert werden, den lokalen Verkauf organisierte die ehemalige Bayer-Niederlassung in New York. Die Gewinne aus dem Aspirin-Geschäft wurden zwischen Bayer und Sterling aufgeteilt. Im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss zwischen Bayer und Sterling betont Cramer die herausragende Bedeutung von Vertrauen in internationalen Prinzipal-Agent-Beziehungen. Und tatsächlich, dies kann er eindrucksvoll im weiteren Gang seiner Untersuchung zur Umsetzung des Vertrags belegen, war es doch das Vertrauensverhältnis zwischen den Verantwortlichen in Leverkusen und New York, das den Vertrag – trotz auftretender Abrechnungsdifferenzen zwischen den Unternehmen – erfolgreich bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs fortbestehen ließ.

Doch mit Abschluss des Vertrags war die Rückkehr von Bayer ins profitable Aspirin-Geschäft in Argentinien, Brasilien und Mexiko noch nicht gelungen. Vielmehr, so der Schluss des Autors, bedurfte es einer systematischen Kommunikations-, Preis-, Produkt- und Distributionspolitik, um den langfristigen Geschäftserfolg in Lateinamerika zu sichern. Durch ein innovatives Marketing gelang es Bayer in Kooperation mit Sterling, die Umsätze in Aspirin in Lateinamerika in den 1920er

Jahren drastisch zu steigern. Erst die Weltwirtschaftskrise stoppte den weiteren Ausbau des Aspirin-geschäfts. Das in den Anfangsjahren des LAAV aufgebaute Vertrauen zwischen den Unternehmen bildete schließlich, so eine der Kernthesen von Cramer, auch die Grundlage für den Abschluss der sogenannten „Weiss-Verträge“ 1923, die eine Ausweitung der Kooperation zwischen Bayer und Sterling auf weitere Produktbereiche und geografische Regionen vorsahen.

In den 1930er Jahren hatte sich die Wettbewerbssituation insbesondere in Argentinien deutlich verschärft. Trotz eines differenzierten Marketings gelang es nur schwerlich, die Erfolge aus den 1920er Jahren zu wiederholen. Die Kooperation zwischen Bayer und Sterling endete schließlich auf Betreiben der US-Justizbehörden Anfang der 1940er Jahre.

In seinem Fazit stellt Cramer nochmals die Bedeutung des Vertrauens zwischen den Unternehmen und deren Verantwortlichen sowie die innovative Marketingstrategie als Voraussetzung für die erfolgreiche Rückkehr der Bayer-Pharma auf die lateinamerikanischen Märkte heraus. Diese Argumentation kann voll überzeugen. Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, stärker zu betonen, dass es letztlich auch der geschäftliche Erfolg für die beiden Unternehmen war, der das anfänglich reine Zweckbündnis zu einer fast freundschaftlichen Beziehung gedeihen ließ.

Insgesamt hinterlässt Cramers Studie einen sehr positiven Eindruck. Die methodisch fundierte, inhaltlich dichte und quellengesättigte Untersuchung leistet einen wertvollen Beitrag zur Unternehmens- und Marketinggeschichte der Zwischenkriegszeit. Das positive Gesamtbild wird durch einen sorgfältig zusammengestellten Anhang mit umfangreichen Statistiken zum Lateinamerika-Geschäft der Bayer-Pharma abgerundet.

Bonn

HEIKO BRAUN

BARBARA EGGENKÄMPER/GERD MODERT/STEFAN PRETZLIK: *Die Staatliche Versicherung der DDR. Von der Gründung bis zur Integration in die Allianz*. Beck, München 2010, 287 S. (135 Abb.), 29,95 €.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs endete in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unter anderem auch die Tätigkeit der privaten Versicherungswirtschaft, die auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht von der staatlichen Verwaltung übernommen wurde. Damit waren in diesem Wirtschaftssektor die Grundlagen für ein Staatsmonopol gelegt, das fast bis zum Ende der DDR Bestand haben sollte. Die damit einhergehende Zentralisierung beseitigte den Versicherungsmarkt mit seinen diversen Anbietern weitgehend. Aus Anlass des zwanzigjährigen Bestehens der Deutschen-Versicherungs-AG (heute Bestandteil der Allianz Deutschland AG) haben Mitarbeiter des Firmenhistorischen Archivs der Allianz eine Studie vorgelegt, die den Charakter einer firmeneigenen Festschrift hat. Die Autoren schildern zunächst die Enteignung, Verstaatlichung und die Gründung von Monopolgesellschaften auf Landesebene nach 1945. Die dabei gebildeten Landesversicherungsanstalten wurden 1952 in der Deutschen-Versicherungs-Anstalt (DVA) zusammengefasst, die 1956 auch noch die Sozialversicherung der Bauern, Handwerker und Selbständigen übernahm. 1969 erfolgte die Umbenennung in Staatliche Versicherung der DDR. Der Aufgabenbereich war quantitativ gesehen gewaltig: Bereits 1952 gab es bei der DVA „mehr als 10 Millionen Sachversicherungen, von denen etwa drei Millionen Pflichtversicherungen waren“ (S. 75). Das breit gefächerte Aufgabenfeld reichte von der freiwilligen Hausratsversicherung über die Feuerpflicht- und Bauwesenversicherung bis hin zur bereits erwähnten Sozialversicherung. In der Staatlichen Versicherung der DDR arbeiteten überwiegend Frauen: 1979 immerhin 77,1 Prozent (S. 103). Die Leitungspositionen waren allerdings fast ausschließlich von Männern besetzt. An Hand der bis 1989 gesunkenen Zahl an Eingaben versucht die Studie zu belegen, dass die Staatliche Versicherung beim Zusammenbruch der SED-Herrschaft „eine ausgesprochen große Kundenzufriedenheit erreicht hatte“ (S. 111). Zu Recht wird in dem Buch darauf hingewiesen, dass das DDR-Versicherungswesen ein integraler Bestandteil der Planwirtschaft war. Es war dem Finanzministerium direkt unterstellt und eng an den Staatshaushalt gekoppelt. Nach

Einschätzung Eggenkämpers gehörte die Versicherungswirtschaft mit durchschnittlichen Zuwachsraten von 6,8 Prozent im letzten Jahrzehnt der DDR „zu den erfolgreichsten Wirtschaftszweigen“ (S. 151).

Während die erste Hälfte des Buches der historischen Entwicklung des DDR-Versicherungskonzerns gewidmet ist, geht es in der zweiten Hälfte um disparate Themen, z. B. die Geschichte der Datenverarbeitung in der DDR und die Versicherungswerbung. Den Abschluss bilden Interviews mit zwei Versicherungsmanagern. In einem umfangreichen Kapitel zeichnet Eggenkämpfer die Privatisierung der Staatlichen Versicherung 1989/90 nach. Mit dem Mauerfall verlor die Staatliche Versicherung nicht nur Kunden, sondern auch Mitarbeiter. Innerhalb der Führungsriege der Staatlichen Versicherung wurde Ende 1989 bzw. Anfang 1990 immer mehr die Option einer Zusammenarbeit mit westlichen Partnern erwogen, um einen drohenden Zusammenbruch zu verhindern. Andererseits hatte der Vorstandsvorsitzende der Allianz, Wolfgang Schieren, bereits am 14. November 1989 den Auftrag erteilt, den Versicherungsbetrieb der Staatlichen Versicherung der DDR zu akquirieren. Erste Vorgespräche zwischen beiden Seiten fanden statt, bevor der DDR-Ministerrat beschloss, die Staatliche Versicherung in eine Aktiengesellschaft mit Minderheitsbeteiligung eines ausländischen Versicherers umzuwandeln. Während die Allianz an dem neuen Unternehmen 49 Prozent der Anteile hielt, verfügte die Treuhandanstalt über die restlichen 51 Prozent, die ihre Anteile schließlich im Dezember 1991 an die Allianz verkaufte. Die Zusammenarbeit löste in der Presse und bei der Konkurrenz heftige Reaktionen aus. Eggenkämpfer stützt ihre Darstellung im Wesentlichen auf Dokumente aus dem Firmenhistorischen Archiv. Hier wäre die Auswertung weiterer Quellen erforderlich gewesen, um das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen west- und ostdeutscher Versicherung sowie den beteiligten Regierungen in Bonn und Ost-Berlin kritisch zu beleuchten. Stattdessen vermittelt die Studie den Eindruck einer Erfolgsgeschichte aus Sicht der Allianz und spart auch nicht mit Lobpreisungen für den größten deutschen Versicherer. Insofern ist die Studie kein besonders gelungener Beitrag zur historischen Aufarbeitung der Privatisierung der DDR-Wirtschaft.

Berlin

DIERK HOFFMANN

GUIDO GOLLA: *Konjunkturpolitik und Krisenüberwindung in der Rezession 1966/67. Keynes und die Große Koalition* (Berichte aus der Volkswirtschaft). Shaker, Aachen 2010, 268 S. (5 Abb., 10 Tab.), 49,80 €.

Keine Wirtschaftskrise hat die Geschichtsschreibung über die Bonner Republik so intensiv beschäftigt wie die aus heutiger Sicht so harmlose Wachstumsdelle von 1966/67. Das jähe Ende der Regierung Erhard und die Bildung der ersten Großen Koalition, der studentische Protest und der plötzliche Zulauf für die rechtsradikale NPD, grundlegende wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitische Reformen und die daran geknüpfte Erneuerung staatlicher Legitimationsformen – das alles konnte nur vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise verstanden und erklärt werden. Guido Golla wählt einen vorwiegend wirtschaftswissenschaftlichen Blickwinkel und rekonstruiert einerseits Ursachen und Verlauf der Krise, andererseits fragt er nach der Bedeutung des keynesianischen Instrumentariums für ihre Überwindung. Auf diese Weise erstreckt sich die Untersuchung nicht nur auf die geld-, fiskal- und konjunkturpolitischen Akteure, sondern bezieht auch die Entwicklung wirtschaftstheoretischer Ideen mit ein.

Golla rekonstruiert den Weg in die Krise und arbeitet heraus, dass importierte Inflation im Festkurssystem von Bretton Woods und der Arbeitskräftemangel seit dem Mauerbau zu einem allgemeinen Preisauftrieb führten, den die Haushaltspolitik der Regierung Erhard noch zusätzlich befeuerte. Am Ende schritt die Bundesbank energisch ein, hob die Leitzinsen an und würgte die Konjunktur regelrecht ab. Bei der Überwindung der Krise hingegen hatten die Impulse der Außenwirtschaft das größte Gewicht – demgegenüber dürfte das entschlossene politische Handeln von Bundeswirtschafts-

minister Karl Schiller und Finanzminister Franz Josef Strauß wohl vor allem psychologisch wirkungsvoll gewesen sein, denn die Konjunkturprogramme des Bundes waren viel zu gering bemessen, um den prozyklischen Effekt der Etats von Bund, Ländern und Gemeinden wirkungsvoll zu konterkarieren.

Zwar werden auch die zeitgenössischen wirtschaftswissenschaftlichen Debatten über den angemessenen Weg aus der Krise betrachtet, aber letztlich bleibt die ausschließlich auf veröffentlichtem Material basierende Arbeit bei der Frage stehen, ob die damaligen Wirtschafts- und Finanzpolitiker nun „richtig“ oder „falsch“ gehandelt haben. Die Forschung ist darüber in den letzten Jahren weit hinausgegangen. Autoren wie Gabriele Metzler, Alexander Nützenadel, Wilfried Rudloff oder Jan-Otmar Hesse zeichnen stattdessen das Bild eines grundlegenden Umbruchs unter dem Schlagwort von der „Verwissenschaftlichung“ des politischen Handelns. Anders als Golla rekonstruieren sie vor allem den institutionellen, personellen und generationellen Wandel in Wirtschaftswissenschaft und Politik, ohne den die Expertenäußerungen oder die inhaltlichen Veränderungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik während der sechziger Jahre gar nicht erfasst werden können. Wirtschaftswissenschaftliche Gutachten, die Golla lediglich darauf befragt, ob sie eine aus seiner Sicht zutreffende Beschreibung der damaligen Gegebenheiten liefern, wurden erst von diesen Autoren nachdrücklich historisiert. Demnach trugen die offen keynesianische Krisenpolitik und vor allem die rasche Rückkehr auf den Wachstumspfad maßgeblich zur Entstehung jener „Planungseuphorie“ bei, deren langfristige Effekte das wirtschafts- und finanzpolitische Handeln bis in die achtziger Jahre bestimmten.

Dass Golla über diese umfassende und quellengestützte Forschung hinweggeht, kann wohl nur historisch erklärt werden. Sein Manuskript entstand vor 17 Jahren als Habilitationsschrift, und erst die massiven Staatsinterventionen der jüngsten Finanzkrise bewogen den Verfasser dann offenbar zu seiner Veröffentlichung. Grundlegend überarbeitet wurde der Text nicht, so dass die Arbeit nur als überholt gelten kann.

Jena

TIM SCHANETZKY

JOHN HILLMAN: *The International Tin Cartel* (Routledge Explorations in Economic History 48). Routledge, London/New York 2010, 484 S. (15 Grafiken, 5 Landkarten, 63 Tab.), 125.00 £.

Ein umfassendes Buch, das kaum Fragen offenlässt – wenn man es intensiv genug liest. Das ist allerdings erforderlich, denn zum „Querlesen“ eignet sich der Text nicht. Er ist zu wenig erklärend-einführend, eher „insiderisch“ geschrieben und es gibt keine Zusammenfassungen. Selbst das Resümee verrät dem Leser z. B. nicht, wann das Zinnkartell denn nun gegründet bzw. beendet wurde (1929–1985). Wer sich schnell über die Entstehung des Zinnkartells und sein Schicksal bis 1945 orientieren möchte, sollte weiterhin zum alten Erwin Hexner (*International Cartels*) von 1945 greifen. Wer jedoch Genaueres wissen will, wann welche Fraktion welchen Vorstoß gemacht hat und mit welchem Ergebnis, wird nur bei Hillman fündig. Zu den Literaturstudien hat er enorm umfassend Quellen eingesehen, vor allem in Großbritannien, den Niederlanden und den USA, die sowohl staatliche als auch private Bestände umfassen.

Ein gewisses Überraschungsmoment bergen die vielen Tabellen, immerhin 63 Stück, auf denen ein wesentlicher Teil der Argumentation beruht. Das Buch beginnt mit einer kurzen historischen Übersicht über die Zinnindustrie und die Verwertung des Metalls von den Römern bis heute und schließt auch Lateinamerika, Afrika und China mit ein. Die erste Überraschung ist der Graf 2.1 „European tin production and prices, 1200–1700“. Hier wird auf ca. 100 t genau die europäische Zinnherstellung seit 1150 bis 1710 ununterbrochen dargestellt. Die Zinnpreise gibt Hillman, in reale Preise umgerechnet, fortlaufend seit 1280 an. Wer weiß, wie stark mittelalterliche Preise sich regional differenzierten, wird hier skeptisch; wer erfahren hat, welcher Aufwand betrieben werden musste, um die historische Statistik des 19. Jh.s zu entwickeln, ist so lange tief beeindruckt, bis er

merkt, dass die Quellenangaben fehlen! Die Grafik ist also kaum glaubhaft, es fehlt ihr die Dimension der Nachprüfbarkeit, mit anderen Worten, sie muss auf den wissenschaftlichen Anspruch verzichten. Das ist leider kein Ausrutscher. Keine Grafik und nur ca. die Hälfte der Tabellen verfügen über eine Quellenangabe! Das ist schlecht. Aber es wird noch schlechter, wenn man die Zahlen mit zuvor veröffentlichten vergleicht: Z. B. produzierte Bolivien nach Hillman 1937 46.490 t, nach Hexner aber nur 25.024 t; bei einer Weltproduktion von knapp 200.000 t ist die Differenz signifikant (allerdings entsprechen sich die meisten übrigen Zahlen ungefähr). Nach Meisners Weltmontanstatistik betrug die Weltzinnproduktion 1901 87.200 t, während Hillman 92.140 t angibt (S. 49). Erneut entsprechen sich auch hier die meisten anderen Zahlen. Umso mehr hätte man sich gewünscht, dass sich Hillman mit solchen partiellen Abweichungen konstruktiv auseinandersetzt. Möglicherweise stand ihm tatsächlich besseres Quellenmaterial zur Verfügung als anderen. Obwohl eine Abschätzung und Vergleich der Zahlengrundlage für jeden Wirtschaftshistoriker absolut unerlässlich ist, hat Hillman darauf leider verzichtet. Hier zeigt es sich, dass Hillman eben Soziologe und kein Historiker ist. Auch hat er sich leider nicht erkennbar mit der (Un-)Zuverlässigkeit seiner verschiedenen Quellen auseinandergesetzt. Dieser Mangel an kritischem Umgang mit seinem Material wiegt schwer. Mir persönlich erscheint seine Darstellung allerdings als überzeugend, jedoch mögen „böse Zungen“ schlankweg ungestraft das Gegenteil behaupten. Mein Kritikpunkt bezieht sich aber ausschließlich auf die quantitativen Aussagen, die nur den geringeren Teil von Hillmans Werk umfassen. Wichtiger sind für ihn die erklärenden, narrativen und wertenden Elemente. Und hier, im Text, belegt er seine Darstellung minutiös.

Im Zinnkartell arbeiteten private Produzenten und auch Verbraucherinteressen während Regierungen (insbesondere die britische und die niederländische) eng zusammen, mit dem Ziel, die Schwankungen von Produktion und Preisen zu minimieren. Vor allem nachdem große Interventionslager eingeführt wurden, erreichte das Kartell einen entscheidenden Einfluss auf die Märkte. Die Teilnahme von Regierungen verlieh dem Kartell zusätzliches Gewicht, allerdings nicht nur bezüglich der Durchsetzungsfähigkeit, sondern auch bezüglich der moralischen Intensität von Klagen, Beschwerden und Auseinandersetzungen. Ökonomisch wurden zwei Kartellziele erreicht: das Dämpfen der wirtschaftlichen Wechsellagen und die Steigerung des Preisniveaus (um 5 % für Mitglieder und um 18 % für Außenseiter [S. 367] – auch bei dieser präzisen, jedoch zeitunrelatierten Auskunft wünschte man sich Angaben zur Berechnungsmethode). Interessant ist, dass der Angelsachse Hillman jenseits der ökonomischen Darstellung die wichtigeren Existenz- und Beweggründe des Kartells auf einer anderen Ebene sieht: „They are all inherently political and moral.“ (S. 369) Als Soziologe greift bei ihm nicht der Automatismus: Kartelle = übel. Sein bemerkenswertes Fazit ist deshalb auch nicht die Wiederholung des standardmäßigen Verdammens des Zinnkartells. Im Gegenteil, der letzte Satz des Buches beinhaltet die indirekte Aufforderung, es das nächste Mal besser zu machen: „The result should lead to better scholarship and to better public policy.“ (S. 372) Bemerkenswert!

Bergen, Norwegen

HARM G. SCHRÖTER

LOUIS HYMAN: *Debtor Nation. The History of America in Red Ink* (Politics and Society in Twentieth-Century America). Princeton U. P., Princeton/Oxford 2011, 392 S., 35.00 \$.

Die Vereinigten Staaten von Amerika stecken tief in den roten Zahlen. Was durch die Finanzmarktkrise nach 2007 an zusätzlicher Brisanz gewann, hatte sich bereits seit vier Jahrzehnten abgezeichnet: Die USA hängen am Tropf internationaler Geldgeber. Der größte davon ist mittlerweile die Volksrepublik China, was bei amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitikern die Alarmglocken schrillen lässt. Denn eine Nation, die notorisch über ihre Verhältnisse lebt, begibt sich zusehends in die Abhängigkeit eines Landes, das angetreten ist, auch weltpolitisch zum Global Player des 21. Jh.s zu werden. Und spätestens nachdem, wie im Sommer 2011 geschehen, eine renommierte Ratingagentur

die USA herabgestuft hat, da sie ihr strukturelles Haushaltsdefizit nicht in den Griff zu bekommen scheinen, ist die Debatte über ein nachhaltiges Finanzgebaren in den Niederungen der amerikanischen Innenpolitik angelangt. Dort gehört sie, folgt man Louis Hyman, auch hin. In seiner eindringlichen und mit großer Umsicht arrangierten Studie über die Geschichte der Verschuldung in den USA legt er den Finger in die Wunde des amerikanischen Nachkriegskapitalismus, der letztlich an einer klassischen Krise der Überakkumulation leide, daher immer waghalsigeren Finanzierungsmodellen Vorschub leiste und darüber die zwingend notwendigen Investitionen in die teilweise marode Realwirtschaft sträflich vernachlässige. Auch wenn Hyman zu Beginn mit polemischem Zungenschlag dem *cultural turn* in der Wirtschaftsgeschichte den Wind aus den Segeln nehmen will, liest sich seine Harvard-Dissertation über weite Strecken doch wie eine Kultur- und Sozialgeschichte der Schuldenproblematik privater Haushalte.

Nach mühsamen Anfängen im Umfeld der Automobilindustrie legten Kleinkredite für Konsumenten nach dem Ersten Weltkrieg den Hautout des moralisch Verwerflichen ab und sollten „a bridge from owing to owning“ (S. 18) bilden. Hyman schildert detailliert die rechtlichen und institutionellen Veränderungen, die der Ausweitung des Privatkredits den Weg ebneten. Die Suburbanisierung Amerikas wurde in der Ära des New Deal von der Federal Housing Administration forciert, die den Kreis der Hauseigentümer durch eine Kreditversicherung erheblich erweiterte. Die so entstehenden „federally made markets“ (S. 72) sind nur eins von vielen Beispielen, die Hyman anführt, um zu belegen, wie sehr staatliche und privatwirtschaftliche Akteure Hand in Hand gingen, um amerikanischen Mittelschichtenfamilien die Kreditaufnahme zu ermöglichen. Mit Hilfe des revolvierenden Kredits etablierte sich sogar eine Art Konsumentensouveränität, denn der individuelle Schuldner konnte nun in einem gewissen Rahmen entscheiden, wann er welche Summe zurückzahlen wollte. Nach 1945 fungierte der Konsumentenkredit als Triebfeder eines „virtuous circle“ (S. 133), der zukünftiges Einkommen zur Grundlage des Wohlstands in der Gegenwart machte. Freilich konnte der Wohlstand auf Pump nach wie vor Grenzen: Ethnische Minderheiten und Frauen wurden von den Finanzinstitutionen bis in die siebziger Jahre hinein als Schuldner zweiter Klasse behandelt. Erst die Bürgerrechtsbewegung und die entsprechende Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung haben daran etwas geändert. Doch selbst nach Verabschiedung des Fair Credit Reporting Act 1970 fanden die dank moderner Computertechnologie elaborierteren Programme immer neue Schlupflöcher, um eine allzu offensichtliche Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen bei der Kreditvergabe zu verschleiern. Mit dem Siegeszug der Kreditkarte, die aus Gründen der Profitabilität in den achtziger Jahren massiv in Subprime-Märkte expandierte und mittels Kreditverkauf die Bilanz der Banken schonte, war die „care-free consumption of the affluent“ (S. 247) für alle Amerikaner zum Greifen nah. Fallende Hauspreise und sinkende Realeinkommen überzogen Kreditkarten seit Beginn der neunziger Jahre indes mit einer „patina of desperation“ (S. 262) und warfen einen langen Schatten voraus auf die Finanzmarkturbulenzen des folgenden Jahrzehnts.

Hyman gelingt eine klar strukturierte und anschaulich erzählte Geschichte der amerikanischen Konsumentenverschuldung. Sie spiegelt die Hoffnungen und Nöte der Amerikaner in einem an ökonomischen Wechselfällen reichen Jahrhundert wider und verdeutlicht zugleich, welche wirtschaftspolitischen Voraussetzungen gegeben sein müssen, um diese Wechselfälle nicht aus dem Ruder laufen zu lassen.

Korb

GERHARD ALTMANN

GEOFFREY JONES: *Beauty Imagined. A History of the Global Beauty Industry*. Oxford U. P., Oxford 2010, 412 S. (47 Illustrationen, 8 Tab., Schlagwortregister), 16.99 £.

Der Altmeister der Unternehmensgeschichte in Bestform! Allerdings mit ein wenig Hilfe: Jones konnte seine Forschungsassistentin Oona Ceder mehrere Jahre in verschiedenen Unternehmensar-



chiven für sich arbeiten lassen. (Wir hoffen, dass auch sie etwas zum Thema veröffentlichen wird; z. Zt. weist auch der Katalog der Library of Congress keinen Eintrag auf ihren Namen aus.) Bei diesem Buch handelt es sich tatsächlich um einen Meilenstein. Jones' Werk wird der Beziehungspunkt der weiteren Forschung über die Geschichte der Kosmetikindustrie der Welt in den kommenden Jahren sein. Unter den merkwürdig diffusen Überüberschriften „Beauty Imagined“, „Beauty Diffused“ und „Beauty Reimagined“ bietet Jones einen Überblick über die Kosmetikindustrie von ihren Anfängen bis heute. Dabei verspricht er drei Perspektiven einzunehmen (S. 7–9, allerdings ohne im laufenden Text jeweils auf sie hinzuweisen). Erstens: Die des industriellen Unternehmers und der Firma. Ausdrücklich stellt er den von ihm untersuchten Industriezweig in Gegensatz zu Alfred Chandlers Forschung unternehmerischen Wachstums: In diesem Werk geht es nicht um kapitalintensive, von Massenproduktion und Massenmarkt geprägte Großunternehmen, sondern um kleine und mittelgroße, oft Familienunternehmen, in denen Kreativität wichtiger ist als Kapital oder Organisationsvermögen. Allerdings schießt Jones an dieser Stelle ein wenig über das Ziel hinaus, denn Großunternehmen wie Avon oder die Kosmetiksparte von Colgate-Palmolive allein setzten schon in den 1970er Jahren mehr als eine Milliarde US-Dollar um. Der zweite Blickwinkel, den Jones einzunehmen verspricht, ist, wie der Markt für Schönheitsprodukte konstruiert und erweitert wurde, und auf welche Weise die so definierten Ideale in Handelsmarken übersetzt wurden. Schließlich möchte er in einer dritten Sichtweise die „Legitimität“ und damit Definitionsmacht sowie Veränderung und Dynamik von Schönheitsidealen hinterfragen. Die zentrale Frage, auf die sich Jones dann im Buch tatsächlich weitgehend konzentriert, steht am Beginn seiner Einleitung: „What are consumers really buying when they buy a perfume, or a face cream, or a lipstick?“ (S. 1) Zwar weist Jones darauf hin, dass in Griechenland „Schönheit“ und der Gebrauch von fördernden Mitteln vor allem eine männliche Domäne waren, doch handelt das Buch fast ausschließlich von den weiblichen Schönheitsidealen. Das ist nur logisch; auch wenn der Markt für männliche Kosmetikartikel seit ca. 20 Jahren besonders stark wächst, umfasst er nur einen Bruchteil des Marktes weiblicher Nachfrage.

Die vorindustrielle Welt mit ihren oft toxischen Anwendungen streift Jones nur kurz, sein Buch setzt mit der industriellen Produktion und Distribution von Kosmetika ein. Die formativen Gründungsjahre der Industrie lagen in den ca. letzten drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg. Viele der heute noch bedeutenden Firmen gehen auf diese Zeit zurück; so u. a. Beiersdorf mit der Marke Nivea. Jones widmet dieser Phase seine ersten drei Kapitel (S. 15–96), in denen er u. a. die besondere Rolle von Paris hervorhebt, die Entstehung von (relativ) unschädlichen Haar- und Hautpflegemitteln oder die Relation von Sauberkeit und Zivilisation, wie sie in jener Zeit verstanden wurde. Die „unsicheren Jahre“ zwischen 1914 und den 1950ern beschreibt Jones in vier Kapiteln unter der Überschrift „Beauty Diffused“ (S. 97–274). Bei näherer Betrachtung verwischt aber am Ende des Abschnitts die zeitliche Zäsur. Er nimmt viele Aspekte der Internationalisierung auf, schreibt über die Rolle eines neuen Mediums für Werbung und Distribution (Fernsehen) sowie die Widersprüche zwischen lokalen und globalen Erfordernissen. Die beiden letzten Kapitel beschäftigen sich vor allem mit sehr jungen Entwicklungen, wie dem Wachstum des ostasiatischen, insbesondere des chinesischen Marktes (S. 275–349). In seinem Abschlusskapitel „The Dream Machine“ fasst Jones seine Ergebnisse zusammen (S. 350–365). Hier schlägt er auch wieder den Bogen zu Alfred Chandler und kombiniert dessen Voraussetzungen für Unternehmenswachstum mit den Erfolgsbedingungen in der Kosmetikindustrie: „Success rested on the challenging task of combining creative people and energy with the marketing and financial discipline required of a large business organization.“ (S. 356 f.)

Besonders interessant ist der immer wieder thematisierte Gegensatz zwischen Tendenzen der Globalisierung und regionalen Präferenzen. So war das Schönheitsideal vor allem aus westlicher Sicht definiert. Helle Haut und große Augen dominierten; das Ideal wurde auch in Japan übernommen. Erst in den letzten Jahren wurden vor allem aus China andere Augenschnitte und aus Brasilien dunklere Hauttypen als anzustrebendes Ideal in den Vordergrund gestellt. Gleichzeitig existieren auch in der westlichen Welt trotz praktisch identischer Schönheitsideale weiterhin große Unterschiede: Französinnen geben signifikant mehr für Parfüm aus als Frauen aus anderen Ländern; und während Amerikanerinnen doppelt so viel für Make-up als für Hautpflege ausgeben, verhalten sich Asiatinnen anders. In China ist der Markt für Hautpflege viermal größer als der Make-up-Markt. Nur ein einziges

Parfum (Chanel No. 5) verkauft sich gut in der ganzen Welt; dagegen ist der in Deutschland verbreitetste Duft (leider nicht benannt) in Frankreich und den USA nahezu unbekannt. Den Spagat zwischen globalen Marken, die ja per Definition weltweit (fast) identisch sein sollen, und regionaler Variation sieht Jones als die stärkste Herausforderung der zukünftigen Jahrzehnte an, weil sich neben den wirtschaftlichen Gewichten zwischen Europa und den USA auf der einen Seite und Ostasien und Lateinamerika auf der anderen auch die kulturellen Präferenzen mit verschieben werden.

Es ist gerade diese differenzierte Sicht auf allgemeingültige Tendenzen, die das Buch lesenswert, ja geradezu spannend macht. Die zweite Dimension, die ebenso wirkt, ist der souveräne, fast spielerische Übergang von der makroökonomischen Ebene zur mikroökonomischen und zurück. Eine Dimension, die die souveräne Beherrschung des entsprechenden Themas voraussetzt. Gelungen!

Bergen, Norwegen

HARM G. SCHRÖTER

STEFAN KIEKEL: *Die deutsche Handelsschifffahrt im Nationalsozialismus. Unternehmerinitiative und staatliche Regulierung im Widerstreit 1933 bis 1940/41* (Deutsche Maritime Studien 12). Hauschild, Bremen 2010, 517 S. (59 Abb., 12 Tab.), 45,00 €.

Zum Themenkomplex Handelsschifffahrt während des Nationalsozialismus sind in den letzten Jahren einige Untersuchungen entstanden. Von der ungebrochenen Attraktivität des Forschungsfeldes zeugt nun die von Stefan Kiekel vorgelegte Studie, die aus einer an der Universität Hamburg eingereichten Dissertation hervorgegangen ist. Mit seiner „Detailstudie“ möchte er sich dem „spannungsreichen Verhältnis von Lobbyismus und totalitärer Diktatur“ annähern, um die Spielräume „gruppenegoistisch-lobbyistischer Zielsetzung im totalitären Staat“ auszuloten. Als maßgebliche Akteure sind dabei die Verbände der Reeder, die Ministerien, die Kriegsmarine sowie die NS-Parteioorganisationen auszumachen. Der Band besteht aus zwei Teilen: Einer Darstellung der Verbandspolitik im Kontext von Unternehmensinteressen und deren Gleichschaltung folgt ein biographischer Anhang, der ca. 200 Personen umfasst, davon waren etwa zur Hälfte bislang nur rudimentäre Erkenntnisse bekannt.

Die branchenspezifischen Krisenbewältigungsstrategien für die seit 1931/32 sanierungsbedürftigen Schifffahrtsunternehmen sind auf wirtschaftshistorischer Basis bereits hinreichend analysiert worden. Es handelt sich um die verdeckte Subventionierung von Schiffbau- und Schiffsbetrieb, vor allem aber die von dem Entschuldungsverfahren verknüpfte Konzernentflechtung; letztere die Prämisse für die sich bis 1942 hinziehende Reprivatisierung der Reedereien. Unter den sich wandelnden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von Neuem Plan und Zweitem Vierjahresplan wurden dabei jeweils andere Machtkonstellationen wirksam. In der Kontroverse um die Ausländerbeschäftigung gelang es z. B. der Unternehmenslobby, ihren Bedarf gegen die rassistischen Parameter der DAF durchzusetzen. Neue Gestade kann der Verfasser also nicht entdecken, aufgrund intensiver Archivforschungen vermag er jedoch durchaus neue Einzelaspekte aufzuzeigen.

Bislang unterbelichtet, wenn auch nicht – wie angemerkt – völlig unbekannt, sind die ausgebreiteten Einzelheiten über die schwarzen Konten der Großreedereien („Fundus-Affäre“). Außerdem bemerkt der Verfasser weitere Divergenzen („Lohmann-Affäre“, „Curio-Haus-Affäre“ etc.), die jedoch eher als Geplänkel hanseatischer Wirtschaftskreise gelten dürften. Angesichts der gelenkten bzw. kontrollierten Öffentlichkeit des „Dritten Reichs“ sind „Skandale“ oder „Affären“ ohnehin definitionsbedürftige Termini. Anpassungsleistungen, Verdrängungskämpfe, Kompetenzstreitigkeiten oder Kontingentsrangeleien sollten deshalb weder als strukturelle Repression noch als politische Verfolgung ausgelegt werden.

Insofern wirken die Bemühungen Kiekels, den mit der Reorganisation der Handelsschifffahrt beauftragten – und dabei zeitweilig in Ungnade gefallenen – „Führer der deutschen Seeschifffahrt“, John T. Eßberger, mit Verweis auf die in der offiziellen Firmengeschichte nicht belegten Verfolgungsvorgänge, indirekt in einen Widerstandszusammenhang zu bringen, nicht überzeugend. Dessen

Einsatz für eine gegenüber dem Duopol Hapag-Lloyd unabhängige Privatreederei war weniger altruistisch motiviert, als vielmehr von eigennützigen Absichten geleitet. Besonders die Expansion hanseatischer Wirtschaftsinteressen in die okkupierten Länder seit 1940 gereichte Eßbergers Tankreederei zum Vorteil. Der NS-Funktionsträger erfährt nicht nur eine unverdiente Ehrenrettung, sondern überdies einen immensen Bedeutungszuwachs. Insgesamt erweist sich der biographische Fokus der Arbeit als proportionsverzerrend. Wichtige Entscheidungsträger wie z. B. Reichswirtschaftsminister werden nur cursorisch eingeführt und nicht ihrem Stellenwert entsprechend behandelt.

Der von Kiekel zugrunde gelegte Polykratieansatz entideologisiert die Entscheidungsprozesse. Zudem bleiben die politischen Implikationen ebenso wie die ökonomischen Beweggründe der Akteure hinter den Verbandsinteressen verborgen. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten sind die fehlende Einbettung in die NS-Wirtschaftsgeschichte, besonders aber die Ausklammerung des Engagements in den besetzten Ländern die gravierenden Defizite der Untersuchung.

Berlin

HARTMUT RÜBNER

GERT KOLLMER-VON OHEIMB-LOUP/JOCHEN STREB (Hg.): *Finanzierung von Innovationen* (Stuttgarter historische Studien zur Landes- und Wirtschaftsgeschichte 15). Thorbecke, Ostfildern 2010, 285 S., 46,00 €.

Der Ausgangspunkt dieses Tagungsbandes entspricht einer bedeutenden Lücke in der deutschen Wirtschaftsgeschichtsschreibung. Wie die Herausgeber in ihrer Einleitung schreiben, „ist das Themenfeld ‚Finanzierung von Innovationen‘ ein ziemlich weißer Fleck auf der Landkarte der wirtschafts- und unternehmenshistorischen Forschung“. Über die Entwicklung von Banken und Finanzmärkten seit Anfang der Industrialisierung haben wir inzwischen eine umfangreiche Literatur. Außerdem verfügen wir über eine Reihe von aufschlussreichen Fallbeispielen aus der Geschichte einzelner Großunternehmen, wie die ersten Eisenbahngesellschaften, Krupp, Mannesmann oder Siemens. Über die Finanzierung der hunderte von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU), die in Schlüsselindustrien wie Maschinenbau dominiert haben, wissen wir aber kaum Zusammenhängendes. Deshalb stellt sich hier die Frage: Inwiefern trägt das vorliegende Werk zum Schließen dieser Lücke bei?

Einiges, kann man konstatieren. Weil die Herausgeber in ihrer Einführung die einzelnen Beiträge kurz vorstellen, wird hier keine ausgewogene Wiedergabe versucht. Bei der Lektüre wird man feststellen, dass sich nur fünf der Beiträge direkt mit der Finanzierungsproblematik befassen, außerdem noch drei Kapitel indirekt. Tim Guinnane informiert über einen theoretischen Ansatz, der erklärt, weshalb die Innovationsfinanzierung überhaupt ein schwieriges Problem bleiben muss, und weist auf die vermutlich große Bedeutung der Unternehmensrechtsform „GmbH“ im späten Kaiserreich hin. Dieser Hinweis hängt mit der Erkenntnis zusammen, dass KMU – für die diese Rechtsform geschaffen wurde – seit Anfang der Industrialisierung eine starke Rolle bei Innovationen gespielt haben könnten. Das wird hier freilich nur angedeutet. Drei Kapitel (von acht Kapiteln, die Finanzierung ansprechen) zeigen einen statistisch signifikanten positiven Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Innovation auf, der die Bedeutung der Finanzierung für Innovationen andeutet und auch die führende Rolle der Selbstfinanzierung verdeutlicht und so indirekt die Behauptung stützt, dass KMU, besonders junge KMU, unter einem Mangel an „Venture Capital“ litten und leiden. Es ist eben dieser Mangel, der aktuell das relativ große Gewicht staatlicher Finanzierungsquellen bei „High-Tech“ KMU erklären kann (Rothgang). Ein interessantes Kapitel zur Geschichte der deutschen Maschinenbauindustrie (Richter) erinnert daran, dass Imitation als eine Art Innovation gelten und sogar als Reaktion auf knappe Finanzmittel – d. h. als eine Form der Innovationsfinanzierung – verstanden werden kann.

Es ist kein Zufall, dass dieser Tagungsband im Bundesland Baden-Württemberg entstanden ist, denn in keinem anderen Land der BRD dürfte die wirtschafts- und ordnungspolitische Umwelt so

unternehmensfreundlich und die Pflege der Unternehmenskultur so ausgeprägt gewesen sein wie in diesem. Es überrascht deshalb nicht, dass sich fünf der Beiträge mit historischen und aktuellen Beispielen aus der Unternehmensgeschichte Baden-Württembergs beschäftigen oder, dass fünf der Autoren in Unternehmen des Landes tätig sind.

Trotz der Mühe der Herausgeber und guter Qualität der einzelnen Beiträge muss man insgesamt feststellen, dass man hier zwar viel über Innovationen erfährt, aber wenig Neues über deren Finanzierung. Das reflektiert sicherlich z. T. die Quellenlage, vermutlich aber auch den hohen Risikograd der Finanzierung von innovationsgeneigten KMU. Wegen fehlender Finanzierung ausgebliebene Innovationen hinterließen keine Spuren. Denn „dead men tell no tales“.

Dettelbach

RICHARD TILLY

JULIA LUXI: *Der unternehmenspolitische Aspekt Wissen in der Weltwirtschaft (1893–1913) und der Globalisierung (1985–2005). Ein Vergleich am Beispiel der Bayer AG* (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 118). Steiner, Stuttgart 2011, 247 S., 46,00 €.

Der Titel der vorliegenden Arbeit, die im Jahr 2010 an der Geistes- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bamberg angenommen wurde, klingt ein wenig spröde, jedoch vielversprechend, sollen doch hier Fragen des Wissens- und Innovationsmanagements in der ersten und zweiten Globalisierungsphase am Beispiel der Bayer AG miteinander verglichen werden. In einem Geleitwort wird von der Betreuerin der Arbeit zudem eine „methodisch bemerkenswerte“ Herangehensweise angekündigt. Diese „leitfadengestützte Dokumentenanalyse“ entpuppt sich dann wenige Seiten später – abstrahiert man von einigen begrifflichen Ausschmückungen – als traditionelle Quellenkritik. Dass eine solche Selbstverständlichkeit historischen Arbeitens eigens in einem kurzen Kapitel mit dem bemerkenswerten Satz: „Da es sich bei der vorliegenden Studie um eine reine Dokumentenanalyse handelt, wurden die vorliegenden Quellen im folgenden Abschnitt kritisch in Bezug auf ihre Aussagekraft analysiert“ (S. 30) beginnt, macht bereits stutzig. Im weiteren Verlauf der Arbeit wird man dann mit einer inhaltlichen und methodischen Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand konfrontiert, die zunehmend deutlich macht, dass diese dem Anspruch, der an eine wissenschaftliche Unternehmensgeschichte auf dem Niveau einer Dissertation gestellt werden sollte, in weiten Teilen nicht entspricht.

Das macht auch ein Blick auf den Quellenkorpus deutlich. An nicht gedruckten Quellen werden für den Untersuchungszeitraum vor dem Ersten Weltkrieg ganze neun Signaturen aufgeführt, die vor allem Fragen der Organisation bei Bayer betreffen. Hinzu kommen an gedruckten Quellen acht Zeitungsartikel aus dem Bundesarchiv sowie Geschäftsberichte der Bayer AG. Für den Zeitraum ab 1985, der wegen entsprechender Sperrfristen nur die Auswertung gedruckter Quellen zulässt, wurden ausschließlich Geschäftsberichte und einige Internetquellen zur Themenbearbeitung herangezogen. Was sich im Anhang unter der Formulierung „weitere recherchierte Archive“ verbirgt, bleibt unklar. Die Untersuchungsebene bezieht – so zeigen die ausgewerteten Quellen – die entsprechenden Abteilungen des Unternehmens, in denen Wissen und Innovationen generiert werden (z. B. F&E), nicht mit ein, so dass die Autorin zu den eigentlichen Orten der Wissensproduktion gar nicht erst vordringt. Der theoretische Aufwand, der dafür betrieben wird, ist allerdings überproportional groß. Ein Drittel der Arbeit widmet sich den theoretischen Grundlagen (Kap. II), die sich allerdings in erster Linie als Begriffsdefinitionen und -erläuterungen erweisen. So wird über viele Seiten der Begriff „Wissen“ in all seinen Varianten definiert: „Wissen als Produktionsfaktor“, „Wissensmanagement“, „Wissensziele“, „Wissensidentifikation“, „Wissenserwerb“, „Wissensentwicklung“, „Wissensverteilung“, „Wissensnutzung“, „Wissensbewahrung“ etc. Definiert werden neben dem Begriff der Globalisierung auch noch einmal das Konzept des „Scientific Management nach Taylor“ (S. 48 ff.) sowie der Transaktionskostenansatz, so dass man nach diesem Marathon etwa auf der Hälfte der Arbeit angelangt

ist. Nach einem 20-seitigen Überblick über die ebenfalls schon mehrfach publizierte Geschichte der Bayer AG beginnt der Kernbereich der empirischen Untersuchung dann ab Seite 124 (!) – interessanterweise und ohne Begründung zunächst mit der Globalisierungsphase ab 1985. Hier wird dann auch deutlich, was mit der „methodisch bemerkenswerten“ leitfadengestützten Dokumentenanalyse gemeint ist: dass nämlich jeweils eines der Kriterien, die für den Untersuchungsgegenstand „Wissen“ im Unternehmen als zentral erachtet werden, quellenorientiert (zumeist auf Basis von Geschäftsberichten) erläutert wird. Zum Thema „Internationaler Wettbewerbsdruck“ informiert die Autorin dann beispielsweise zunächst darüber, dass Bayer ein international ausgerichtetes Management einsetzte. Dieses Faktum wird dann durch ein entsprechendes Quellenzitat belegt. So heißt es etwa im Geschäftsbericht von 1988: „Um im globalen Wettbewerb langfristig zu bestehen, ist es notwendig, das internationale Konzerngeschäft mit einem international ausgerichtetem Management zu führen.“ (S. 132) Und so geht es weiter: Für die erste Globalisierungsphase und mit Blick auf die Kategorie „Forschung und Entwicklung“ wird konstatiert, dass „allein die Gründung eines eigenen wissenschaftlichen Labors die Bedeutung, die dem Bereich Forschung und Entwicklung in Bezug auf die interne Wissensvermittlung beigemessen wurde“, zeige. Belegt wird diese Feststellung mit einem Zitat aus der Bayer-Festschrift von 1988, in der es lapidar heißt: „Ein pharmazeutisch-wissenschaftliches Laboratorium wird in Elberfeld eingerichtet.“ (S. 184) Auf die Auswertung evtl. Archivmaterials zum Laboratorium verzichtet die Autorin. Dieses Prinzip durchzieht die gesamte Arbeit. Das ist nicht nur bisweilen belanglos und führt zu Redundanzen, sondern macht den Text, der aus einer endlosen Abfolge von Erläuterungen und Zitaten besteht, auch noch schwer lesbar. Insgesamt umfasst der auf diese Art gestaltete Text, der den Kern der Dissertation ausmacht, ganze 90 Seiten. Nun ist Quantität nicht gleich Qualität, aber wenn man auf die Auswertung ungedruckten Quellenmaterials weitgehend verzichtet und die Textanalyse auf die hier exemplarisch vorgestellte Weise durchführt, so bleibt der Erkenntnisfortschritt gering. Hier wurde eine Chance vertan.

Insgesamt entpuppt sich der vielversprechende Titel dieser Arbeit als eine weitgehend belanglose und den Kriterien an eine wissenschaftliche Unternehmensgeschichte nur in Ansätzen entsprechende Untersuchung. In Zeiten, in denen Dissertationen aus formalen Gründen ins Gerede kommen, sollten auch die inhaltlichen Ansprüche nicht zu niedrig gehängt werden.

Marburg

CHRISTIAN KLEINSCHMIDT

ALESSANDRO MONTI: *Der Preis des „weißen Goldes“. Preispolitik und -strategie im Merkantilssystem am Beispiel der Porzellanmanufaktur Meißen 1710–1830*. Oldenbourg, München 2011, 557 S., 59,80 €.

Mit seiner Kölner Dissertation von 2010 begibt sich Alessandro Monti auf ein wirtschaftshistorisches Forschungsfeld, das in den letzten Jahren gerade in Deutschland kaum vertiefte Beachtung gefunden hat: das der vorindustriellen Preisgeschichte. Dass er sich dabei nicht – wie in den meisten preishistorischen Arbeiten der vergangenen Jahrzehnte – auf Agrarpreise stützt und diese für konjunkturelle Aussagen heranzieht, sondern die Preispolitik und die Preisstrategie eines der modernsten Gewerbebetriebe des 18. Jh.s in ganz Europa analysiert, stellt ein bemerkenswertes Novum auf diesem Gebiet dar. Dabei nutzt er die Methoden der Geschichtswissenschaft wie die der Betriebswirtschaft gleichermaßen und gelangt durch seinen innovativen Forschungsansatz in bester wirtschaftshistorischer Manier zu überzeugenden Ergebnissen. Die Konzentration einer preishistorischen Arbeit auf eine einzelne Manufaktur mit ihrer Luxusgüterproduktion – hier das Porzellan – entbehrt nicht eines gewissen Wagnisses, denn eine Verallgemeinerung der getroffenen Aussagen auf gesamtwirtschaftlich-konjunkturelle Entwicklungen muss hier weitgehend unterbleiben, lag aber auch nicht in der Intention des Verfassers. Da ‚seine‘ Manufaktur, die Porzellanmanufaktur Meißen, aber die einzige dieser Art in Sachsen und eine von weniger als zwanzig (im ausgehenden 18. Jh.) im gesamten Alten

Reich war, kommt dieser Arbeit nicht zuletzt aufgrund der Fülle an ausgewerteten Quellen eine Pionierrolle in der Erforschung von Preisen im Groß- bzw. Manufakturgewerbe, des „einzelwirtschaftlichen Aspekt[s] der Preispolitik“ (S. 2), im 18. und frühen 19. Jh. zu.

Im Kern seiner Arbeit untersucht Monti die Preispolitik und -strategie der Meißner Porzellanmanufaktur von ihren ersten Anfängen unter dem „Goldmacher“ Böttger über alle Brüche der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Kurfürstentum bzw. Königreich Sachsen hinweg bis zum Vorabend des Industrialisierungsprozesses, d. h. über einen Zeitraum von etwa 130 Jahren. Die Langzeitanalyse macht es dem Verfasser möglich, sehr klar und detailliert herauszuarbeiten, welche Schwierigkeiten die kostendeckende Preiskalkulation der gefertigten Porzellanstücke und die Abstimmung der Preise auf die unterschiedlichen und sich rasch wandelnden Marktgegebenheiten bereiteten. Vor dem Hintergrund einer ausführlichen Erörterung allgemeiner Grundsätze von Preispolitik im Merkantilsystem legt er das Auf und Ab von strategischen Preisentscheidungen und ihren Konsequenzen für die Einnahmen der Manufaktur und damit auch des sie tragenden Staates dar. Dass es sich in Meißen – anders als bei zahlreichen anderen Manufakturen – keinesfalls um einen andauernd defizitären Staatsbetrieb gehandelt hat, auch wenn oft jahrelang Verluste eingefahren wurden, belegt die langfristige Perspektive: Zwischen 1719 und 1810 wurden mehr als 2,22 Mio. Taler in Geld (38 %) und Porzellan (62 %) an die verschiedenen Staatskassen bzw. das Fürstenhaus abgeführt; die höchsten Zahlungen im Jahresdurchschnitt gingen übrigens während des Siebenjährigen Krieges an Friedrich d. Großen. Nichtsdestoweniger produzierte die Manufaktur im Augusteischen Zeitalter Sachsens (bis 1763) zu mehr als der Hälfte für den Hof und den Regenten, was aber zugleich auch der Auslastung der Produktionskapazität in Zeiten geringer Nachfrage – bei einer schon aufgrund der Hochpreisigkeit des Produkts generell eher schwachen privaten Nachfrage – diente. Hinzu kam der Wettbewerb mit den Porzellanmanufakturen anderer deutscher Landesherren, der zu unvorteilhaften Rabattverkäufen und Auktionen führte, die letztlich für die Marke „Meißen“ schädlich waren. Eine langfristig klare Preispolitik war nicht erkennbar, und zusammen mit der Tatsache, dass die Verkaufspreise pro Stück stärker als die Stückkosten fielen, war dies einer der Hauptgründe für die immer kritischere finanzielle Situation der Manufaktur seit dem ausgehenden 18. Jh. Die dominierende Position in der Preisgestaltung, die Meißen aufgrund seiner monopolähnlichen Stellung bis zum Siebenjährigen Krieg innehatte, war danach unwiederbringlich verlorengegangen: „Die Manufaktur verlor den Nimbus des führenden Porzellanherstellers und des aktiven Preisführers im Markt.“ (S. 461) Erst durch die 1814 eingeleiteten Reformen, die u. a. auf Vollkostenrechnung, qualitative Preisdifferenzierung und eine Erweiterung der Produktlinie im Niedrigpreissegment abzielten, begann der ökonomische Wiederaufstieg der Manufaktur in der ausgehenden vorindustriellen Zeit.

Monti liefert mit seiner unternehmens- wie preishistorisch gleichermaßen interessanten wie wichtigen Studie ein geradezu ideales Beispiel für die sinnvolle und ertragreiche Verquickung historischer und betriebswirtschaftlicher Forschungsansätze. Er leistet zugleich eine auf vorzüglicher und minutiöser Quellenauswertung beruhende Pionierarbeit auf dem Gebiet der Preisgeschichte, die hierdurch einen durchaus innovativen Schub erhalten hat. Es bleibt zu wünschen, dass künftige Studien verstärkt Montis Ansatz, Preispolitik und -strategie anhand vorindustrieller Unternehmen zu analysieren, aufgreifen und weiterführen.

Leipzig/Bozen

MARKUS A. DENZEL

ROMAN SANDGRUBER: *Lenzing. Anatomie einer Industrie Gründung im Dritten Reich* (Oberösterreich in der Zeit des Nationalsozialismus 9). Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz 2010, 476 S. (58 Tab., 18 Abb.), 35,00 €.

Im Zentrum dieses Werkes des österreichischen Wirtschaftshistorikers Roman Sandgruber steht die 1938 in Oberösterreich gegründete Lenzinger Zellwolle AG und ihre Entwicklung in der NS-Zeit

und den Nachkriegsjahren. Doch das Buch ist mehr als eine Fallstudie eines Unternehmens. Das Beispiel Lenzing bietet eine Vielzahl an Aspekten und damit, so Sandgruber, „die Chance, aber auch die Herausforderung einer vernetzten Analyse statt einer isolierten Betrachtung“ der einzelnen Subthemen (S. 15). Sandgruber bettet seine Studie zunächst in die Geschichte der Zellwollindustrie in Deutschland und ihrer Expansion ein. Nach der Gründung der Zellwolle Lenzing AG, die die enge Verschränkung von Staat, Politik und Wirtschaft zeigte, setzte sofort ein überstürzter Ausbau des Werkes ohne Rücksicht auf Kosten ein; technische Probleme und Versorgungsengpässe führten schließlich Ende 1944 zur Stilllegung. Die Wahl des Standortes hing u. a. mit der bereits in Lenzing bestehenden Papier- und Zellulosefabrik des Bunzl'schen Industrieimperiums zusammen, die – gedacht für die Zellstoffversorgung der Neugründung – im Juni 1938 von der Thüringischen Zellwolle AG „arisiert“ wurde (S. 37 ff.). Der Enteignung der jüdischen Vorbesitzer, der Gebrüder Bunzl, dem, so Sandgruber „größte[n] und komplexeste[n] ‚Arisierungsfall‘ in Österreich“ widmet der Autor breiten Raum (S. 15, 52 ff.).

Lenzing steht geradezu paradigmatisch für einige Themenfelder und „Konfliktlinien“, die für die NS-Herrschaft in Österreich charakteristisch waren (S. 14 f.), jene zwischen Deutschen und Österreichern auf unterschiedlichen Ebenen (der Führung, der Belegschaft etc.), jene zwischen Partei, SS, Berliner Ministerialbürokratie, regionalen Instanzen und privaten Kapitalgebern, eine weitere zwischen Unternehmen und Arbeitskräften bzw. innerhalb der „rassisch“, geschlechtlich und politisch untergliederten Belegschaft. Die Studie liefert tiefe Einblicke in die vielfältigen Netzwerke der Führungsebene und über wenig bekannte Wirtschaftsführer wie Generaldirektor Dr. Walther Schieber (einem der fünf ranghöchsten Beamten im Rüstungsministerium!), dessen Konflikt mit dem Leiter des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner 1944 zu Schiebers Ausscheiden führte, ihn aber auch „nach Kriegsende eher als Opfer denn als Täter erschienen ließ“ (S. 88). Es sind neben dem Reiz der thematischen Vielfalt diese facettenreichen Personenbeschreibungen, die das Buch zu einer spannenden Lektüre machen.

Lenzing steht weiters für einen der größten Korruptionsfälle im Dritten Reich, den Sandgruber als Ausdruck deutsch-österreichischer Konflikte interpretiert (S. 121 ff.). Besonders ausführlich wird auf die Arbeitskräfte eingegangen, v. a. den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern/innen (S. 147 ff.). Weiteres Thema ist die Einrichtung des Konzentrations-Außenlagers für Frauen in Lenzing-Pettighofen (S. 227). Sandgruber gelingt hier auch eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Erinnerungsliteratur. Dies war nicht die einzige geschäftliche Verbindung mit dem KZ Mauthausen. In Lenzing wurde künstliches Eiweiß produziert, das dann in Konzentrationslagern erprobt wurde (S. 287 ff.). Sandgrubers Ausführungen werfen somit auch ein Streiflicht auf die Auswüchse der nationalsozialistischen Autarkiekonzepte. Zuletzt befasst sich der Autor mit der Entwicklung Lenzings nach 1945; neben der erst 1949 erfolgten Rückstellung der Lenzinger Zellulose- und Papierfabrik an die Bunzl-Holding stehen dabei die Sanierung (mit Hilfe der Amerikaner) und die umstrittene neue Aktionärsstruktur der Zellwolle Lenzing AG (allen voran Länderbank und Creditanstalt-Bankverein) im Vordergrund.

In der abschließenden Zusammenfassung (S. 357 ff.) gewinnt man dann fast den Eindruck, dass Sandgruber noch ein zweites Buch schreiben wollte. Es geht hier weniger um die vernetzte Analyse der unterschiedlichen Untersuchungsfelder – Lenzing kommt kaum mehr vor – als vielmehr um die Frage, ob Oberösterreich in der NS-Zeit eine „Sonderrolle“ zugekommen sei bzw. welchen Beitrag der Nationalsozialismus für die Industrialisierung des Landes und die Erfolgsgeschichte der oberösterreichischen Wirtschaft der Nachkriegszeit geleistet habe. Sandgruber zufolge sei die Sonderrolle Oberösterreichs überbetont worden, und 1938 stelle nicht jenen tiefen Einschnitt dar, „der Oberösterreich zu einem modernen Industrieland gemacht“ (S. 361) habe. Sandgruber schließt seine Ausführungen: „Österreich und Oberösterreich wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht deswegen reich, weil es den Nationalsozialismus gegeben hat, sondern obwohl es ihn gegeben hat.“ (S. 409) Dieser Befund fällt mir zu eindeutig aus. Sonderrolle hin oder her, auf die Bedeutung der NS-Zeit für die Wirtschaftsentwicklung Oberösterreichs lässt sich nicht nur aus der Unmenge an Literatur schließen, auch die Reihe, in der diese Publikation erscheint, zeigt das Interesse des Landes an der Aufarbeitung seiner NS-Geschichte. Sandgruber selbst spricht von einer „doch

massive[n] Veränderung der Branchenstruktur in Richtung Grundstoffindustrie und Großbetriebe“ (S. 365). Von diesem Erbe profitierte Oberösterreich doppelt: durch die Bevorzugung der Grundstoffindustrie nach 1945, hinsichtlich Betriebsgröße durch die bald einsetzende Hochkonjunktur, die jede Größendiskussion verstummen ließ. Ebenso wesentlich war, dass Oberösterreich wenige Kriegsschäden verzeichnete und im Gegensatz zum ebenfalls stark industrialisierten Niederösterreich in der amerikanischen Besatzungszone zu liegen kam und dem Land somit die Hilfsmaßnahmen des Marshallplans uneingeschränkt zufließen.

Dieser Kritik zum Trotz hat Roman Sandgruber mit seiner Lenzing-Studie einen wichtigen Baustein nicht nur für die NS-Unternehmensgeschichte vorgelegt, seine Befunde zu einzelnen Themenkomplexen fügen sich gut in die bisherigen Forschungsergebnisse und ergänzen diese. Er hat ferner eine Debatte um eine etwaige Sonderrolle Oberösterreichs entfacht. Sandgrubers Studie basiert auf umfangreichen Archivarbeiten, aufgearbeitet wurde insbesondere der umfassende Bestand der Lenzinger Mutterfirma im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt. Und dass Sandgruber ein guter Schreiber ist, beweist er auch mit vorliegender Publikation.

Wien

PETER EIGNER

ANGELIKA WESTERMANN/STEFANIE VON WELSER (Hg.): *Beschaffungs- und Absatzmärkte oberdeutscher Firmen im Zeitalter der Welser und Fugger*. Matthiesen, Husum 2011, 312 S. (7 Abb., 6 Diagramme, 25 Tab., 9 Karten), 29,00 €.

Der durchweg anspruchsvolle Band fasst die 13 Beiträge einer Tagung des Jahres 2009 im Welser-Schloss Neuhof/Lauf a. d. Pegnitz zusammen, die Angelika Westermann einleitend vorstellt. Zahlreiche interessante und weiterführende Aspekte werden dargeboten, ohne auf alle eingehen zu können.

Die hohe Bedeutung von Briefen für die Unternehmenskommunikation betont Walter Bauernfeind am Beispiel Anthoni und Lienhard Tucher, wobei es sich bei den überlieferten nicht um die eigentlichen Geschäftsbriefe handelt, welche weitgehend vernichtet wurden. Im Zentrum stehen die Ausbildung der jungen Kaufleute sowie strategische Überlegungen zu Unternehmensaktivitäten. Für das Botenwesen lassen sich tägliche Reisstrecken von immerhin 60 bis 70 km belegen. Den Handel mit italienischem Safran analysiert Kurt Weissen, leider verhinderte das Erdbeben vom Frühjahr 2009 weitere Aufenthalte und Forschungen in L'Aquila, doch zeigt das Engagement zahlreicher Handelsgesellschaften die Bedeutung dieser Region, welche in der Literatur in diesem Bereich des Handels deutlich hinter der Iberischen Halbinsel zurücksteht. Anhand des Pfefferhandels präsentiert Maximilian Kalus mit der Produktion des Pfeffers bzw. der Gewürze in Indien und weiteren asiatischen Gebieten und dem Verkauf an den Endverbraucher Forschungsdesiderate, die im Gegensatz zum Transport nach Europa und zum Großhandel wenig untersucht sind. Inhaltlich damit verbunden sind die Ausführungen von Kim Siebenhüner zur Beschaffung von Juwelen auf den asiatischen Märkten. Michael Rothmann betont nochmals die Bedeutung der Frankfurter Messen für den Tuchhandel.

Zwar nutzten auch mittlere Handelshäuser das Verlagswesen (in Erweiterung zu Stromer), doch lassen sich diese Beziehungen bspw. bei den Grimmel nur aus den Buchungen in verschiedenen Konten erkennen, sind schwierig und wohl unvollständig zu erfassen. Zu Recht wird betont, dass nicht vorschnell von einseitigen Abhängigkeiten ausgegangen werden soll und auch in diesen Fällen das Verlagswesen wenig Bargeld beansprucht. Zwei Hauptabsatzgebiete für Waid aus Thüringen stellt Astrid Schmidt-Händel mit der Oberlausitz und Nürnberg bzw. Oberdeutschland vor, analysiert detailliert den Handel und dessen Organisation nach Nürnberg, getätigt überwiegend von Kaufleuten der oberen Mittelschicht. Große Mengen von Vieh gelangten bekanntlich überwiegend aus Ungarn auf die oberdeutschen Märkte, während im Frühjahr der regionale Handel mit Rindvieh dominierte. Anna-Maria Grillmaier verdeutlicht die Schwierigkeiten einer quantitativen Erfassung, kann dennoch



hohe Zahlen präsentieren, verweist zudem auf andere Strukturen im Schweinehandel; die Publikation ihrer Dissertation wird weitere wichtige Informationen liefern. Erste Ergebnisse zu Wandlungen im Lederhandel, einem noch wenig untersuchten Sektor, stellt Rolf Kießling zur Diskussion, betont einen Konzentrationsprozess im 16. Jh. sowie die hohe Nachfrage der Bergbaubetriebe. Ralf Schürer thematisiert Beschaffung, Bearbeitung und Absatz Nürnberger Silberprodukte. Auf Basis von Prozessakten dokumentieren Angelika und Ekkehard Westermann den Handel der Straßburger Prechter und ihrer Gesellschaft(en), müssen aber auf große Überlieferungslücken verweisen. Über den Weg des Silbers nach dem Abbau bis zum Verkauf ist bisher nur wenig bekannt. Dem schon mehrfach untersuchten Konkurs der Höchstetter wendet sich Thomas Max Safley zu und stellt den gescheiterten Versuch zur Errichtung eines Quecksilbermonopols in das Zentrum. Zudem betont Safley die ungünstigen Konditionen für die Höchstetter in der Region Idria, eine relationale Vertragsgestaltung zugunsten der Habsburger. Abschließend unterstreicht Philipp Robinson Rössner die Bedeutung schlechter Münze für die Unruhen in der zweiten Hälfte des 15. und im ersten Viertel des 16. Jh.s. Mindestens 80 Prozent des im Reich geförderten Silbers seien exportiert worden, was zu einer Silberknappheit und deflationären Tendenzen im frühen 16. Jh. geführt habe.

Durchgängig handelt es sich um lesenswerte, fundierte und anregende Beiträge, die nicht zuletzt offene Forschungsfragen thematisieren und damit weitere Diskussionen und Untersuchungen anregen. Angesichts der zahlreichen Namen und Handelswaren wäre ein Register von Vorteil gewesen.

Siegen

BERND FUHRMANN

Besprechung in Band 99 / 2012 · Heft 1:

Die Besprechung des Buches von MANUEL SCHRAMM: *Wirtschaft und Wissenschaft in DDR und BRD. Die Kategorie Vertrauen in Innovationsprozessen* (Wirtschafts- und Sozialhistorische Studien 17) in VSWG Band 99 / 2012 / Heft 1 wurde von Herrn André Steiner verfasst. Leider ist die Zeile des Rezensenten auf die nächste Seite gerutscht. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.